

ZAHLENKOMPASS 2007

Für die Bundesrepublik Deutschland

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49(0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49(0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erschienen im Oktober 2007

Einzelpreis: EUR 7,00 [D]

Bestellnummer: 1040100-07700-1

ISBN: 978-3-8246-0809-6

ISSN: 0072-4114

Recyclingpapier aus 100% Altpapier.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet unter www.destatis.de
oder bei unserem Informationsservice
- Telefon: +49(0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49(0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt

Fotorechte: Seite 7 adpic / G. Graziano
Seite 43 PantherMedia / Helma S.
Seite 99 PantherMedia / Klaus-Peter A.
Seite 133 ccvision GmbH / sF2-2-20.EPS

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Liebe Leserinnen und Leser,

»wissen.nutzen.«

Das Leitmotto des Statistischen Bundesamtes ist aktueller denn je. Wir liefern statistische Informationen als Entscheidungsgrundlage für die in der Öffentlichkeit und der Politik erörterten Reformprojekte. Wissen über die soziale und wirtschaftliche Lage in Deutschland ist aber auch für die Bürgerinnen und Bürger entscheidend, wenn sie sich eine eigene Meinung bilden wollen. Durch den gesetzlichen Auftrag und unsere politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bieten wir Ihnen alle erforderlichen Informationen objektiv, neutral, unabhängig und wissenschaftlich erarbeitet.

Der Ihnen vorliegende „Zahlenkompass“ gibt einen Überblick über „Land und Leute“, die „Lebensbedingungen“ in Deutschland, Entwicklungen in der „Wirtschaft“ und vergleicht „Deutschland und die Welt“. In dieser Ausgabe neu aufgenommen wurden Informationen zu den sogenannten „allgemeinverbindlichen Mindestlöhnen“ im Kapitel „Verdienste und Arbeitskosten“; Daten über Erwerbstätigkeit finden Sie nun unter der Rubrik „Arbeitsmarkt“.

Bei Fragen zu einzelnen Sachgebieten kontaktieren Sie bitte die angegebenen Ansprechpartner. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses helfen Ihnen gerne weiter.

Das gesamte Datenangebot der amtlichen Statistik finden Sie auf unserer Homepage unter www.destatis.de. Darüber hinaus beantwortet unser Informationsservice Ihre individuellen Anfragen gerne unter www.destatis.de/kontakt.

Abschließend möchte ich an dieser Stelle all jenen danken, die durch ihre Auskünfte bei Befragungen unsere statistische Arbeit erst möglich machen. Auch den Kolleginnen und Kollegen in den Statistischen Ämtern der Länder gilt mein Dank für die gute Zusammenarbeit.

Nutzen Sie das Taschenbuch als verlässlichen Begleiter.

Wiesbaden, im Oktober 2007

Walter Radermacher

Präsident des Statistischen Bundesamtes

ALLGEMEINE VORBEMERKUNGEN

Gebietsstand

Deutschland: Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990

Früheres Bundesgebiet: Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.

Neue Länder und Berlin-Ost: Angaben für die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie für Berlin-Ost.

Abkürzungen

Maßeinheiten

Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde
%	=	Prozent
mm	=	Millimeter
m	=	Meter
m ²	=	Quadratmeter
m ³	=	Kubikmeter
km	=	Kilometer
km ²	=	Quadratkilometer
ha	=	Hektar
kg	=	Kilogramm
t	=	Tonne

tkm	=	Tonnenkilometer
kWh	=	Kilowattstunde (10 ³ Wattstunden)
GWh	=	Gigawattstunde (10 ⁹ Wattstunden)
PJ	=	Petajoule (10 ¹⁵ Joule)
Std.	=	Stunde

Sonstige Abkürzungen

JD	=	Jahresdurchschnitt
JS	=	Jahressumme

Zeichenerklärung

·	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten	()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist
–	=	nichts vorhanden			
...	=	Angabe fällt später an	I	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts	X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug			

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Vorwort	3
Allgemeine Vorbemerkungen	4
Land und Leute	
Geographie und Klima	8
Die Bundesrepublik Deutschland	12
Deutschland nach Ländern	20
Bevölkerung	25
Bildung	30
Arbeitsmarkt	37
Lebensbedingungen	
Verdienste und Arbeitskosten	44
Verbraucherpreise	51
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte	54
Ausstattung privater Haushalte	58
Soziale Sicherung	60
Gesundheitswesen	66
Kultur	71
Bauen und Wohnen	75
Verkehr	80
Umwelt	84
Justiz	94
Wirtschaft	
Gesamtwirtschaft	100
Land- und Forstwirtschaft	105
Produzierendes Gewerbe	109
Handwerk	113
Freie Berufe	115
Handel	116
Banken, Bausparkassen, Versicherungen	118
Tourismus, Gastgewerbe	121
Finanzen und Steuern	125
Deutschland und die Welt	
Deutschland als Handelspartner	134
Deutschland in Europa	140
Europäische Währungsunion	148
Ansprechpartner/-innen im Statistischen Bundesamt	155
Anschriften der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	157

Land und Leute



Flächennutzung 2004

Landesfläche insgesamt	357 050 km ²	(100%)
Landwirtschaftsfläche (einschl. Moor und Heide)	189 324 km ²	(53,0%)
Waldfläche	106 488 km ²	(29,8%)
Gebäude- und Freifläche	23 938 km ²	(6,7%)
Verkehrsfläche	17 446 km ²	(4,9%)
Wasserfläche	8 279 km ²	(2,3%)
Betriebsfläche	2 518 km ²	(0,7%)
Erholungsfläche	3 131 km ²	(0,9%)
Flächen anderer Nutzung	5 925 km ²	(1,7%)

Grenzlänge mit Anliegerstaaten

Länge der Grenzen insgesamt	3 757 km
Dänemark	67 km
Niederlande	567 km
Belgien	156 km
Luxemburg	135 km
Frankreich	448 km
Schweiz (mit Exklave Büsingen, ohne Obersee des Bodensees)	316 km
Österreich (ohne Bodensee)	815 km
Tschechische Republik	811 km
Polen	442 km

Ortshöhenlagen (in m über/unter Normalnull)

Balderschwang (höchste)	1 044 m
Neuendorf bei Wilster (niedrigste)	- 3,5 m

Ausgewählte Berge (über 2 500 m über Normalnull)

Zugspitze (Wettersteingebirge)	2 962 m
Höllentalspitze (Wettersteingebirge)	2 745 m
Watzmann (Berchtesgadener Alpen)	2 713 m
Hochfrottspitze (Allgäuer Hochalpen)	2 649 m
Mädelegabel (Allgäuer Hochalpen)	2 645 m
Alpspitze (Wettersteingebirge)	2 628 m
Hochkalter (Berchtesgadener Alpen)	2 607 m
Hochvogel (Allgäuer Hochalpen)	2 592 m
Östliche Karwendelspitze (Karwendelgebirge)	2 537 m
Hoher Göll (Berchtesgadener Alpen)	2 522 m

Bundesrepublik Deutschland

Gebietsstand 1.1.2007



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0301

Flüsse (über 160 km schiffbare Länge)¹⁾

	Länge	Dar.: schiffbar
Donau	647 km	387 km
Rhein	865 km	778 km
Neckar	367 km	203 km
Main	524 km	384 km
Mosel	242 km	242 km
Ems	371 km	238 km
Weser	440 km	440 km
Elbe	700 km	700 km
Havel	343 km	243 km
Elde	208 km	180 km
Oder	162 km	162 km

Schiffahrtskanäle (Länge über 80 km, Tragfähigkeit mindestens 650 t)

Mittellandkanal	321,3 km
Dortmund-Ems-Kanal	269,0 km
Main-Donau-Kanal	171,0 km
Elbeseitenkanal (Nord-Süd-Kanal)	115,2 km
Nord-Ostsee-Kanal	98,7 km
Oder-Spree-Kanal	83,7 km
Oder-Havel-Kanal	82,8 km

Natürliche Seen (Fläche über 20 km²)

Bodensee	535,9 km ²
Müritz	109,2 km ²
Chiemsee	79,9 km ²
Schweriner See	61,5 km ²
Starnberger See	56,4 km ²
Ammersee	46,6 km ²
Plauer See	38,4 km ²
Kummerower See	32,5 km ²
Großer Plöner See	29,1 km ²
Steinhuder Meer	29,1 km ²
Selenter See	21,4 km ²
Kölpinsee	20,3 km ²

1) Innerhalb Deutschlands.

Stauseen (Stauration über 100 Mill. m³)

Bleiloch (Saale)	215,0 mn m ³
Schwammenauel (Rur)	202,6 mn m ³
Edersee (Eder)	199,3 mn m ³
Hohenwarte (Saale)	182,0 mn m ³
Bigge (Bigge)	171,8 mn m ³
Forggensee (Lech)	165,0 mn m ³
Großer Brombachsee (Brombach)	145,0 mn m ³
Möhne (Möhne)	134,5 mn m ³
Rappbode (Rappbode)	109,1 mn m ³
Schluchsee (Schwarza)	108,0 mn m ³
Sylvensteinsee (Isar)	104,0 mn m ³

Inseln (Fläche über 20 km²)

Rügen	930,0 km ²
Usedom ¹⁾	373,0 km ²
Fehmarn	185,4 km ²
Sylt	99,2 km ²
Föhr	82,9 km ²
Nordstrand	50,4 km ²
Pellworm	37,4 km ²
Poel	34,3 km ²
Borkum	30,7 km ²
Norderney	26,3 km ²
Amrum	20,4 km ²

Klima

Gemäßigte ozeanisch/kontinentale Klimazone mit häufigem Wetterwechsel und vorwiegend westlicher Windrichtung.

Jährliche Niederschlagsmengen

Norddeutsches Tiefland	unter 500 bis 700 mm
Mittelgebirge	um 700 bis über 1 500 mm
Alpen	bis über 2 000 mm

1) Anteil der Bundesrepublik Deutschland, Gesamtfläche 445,0 km².

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Ihre Verfassung ist das Grundgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034). Ihre Gliedstaaten sind seit der Herstellung der Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die Bundeshauptstadt ist Berlin.

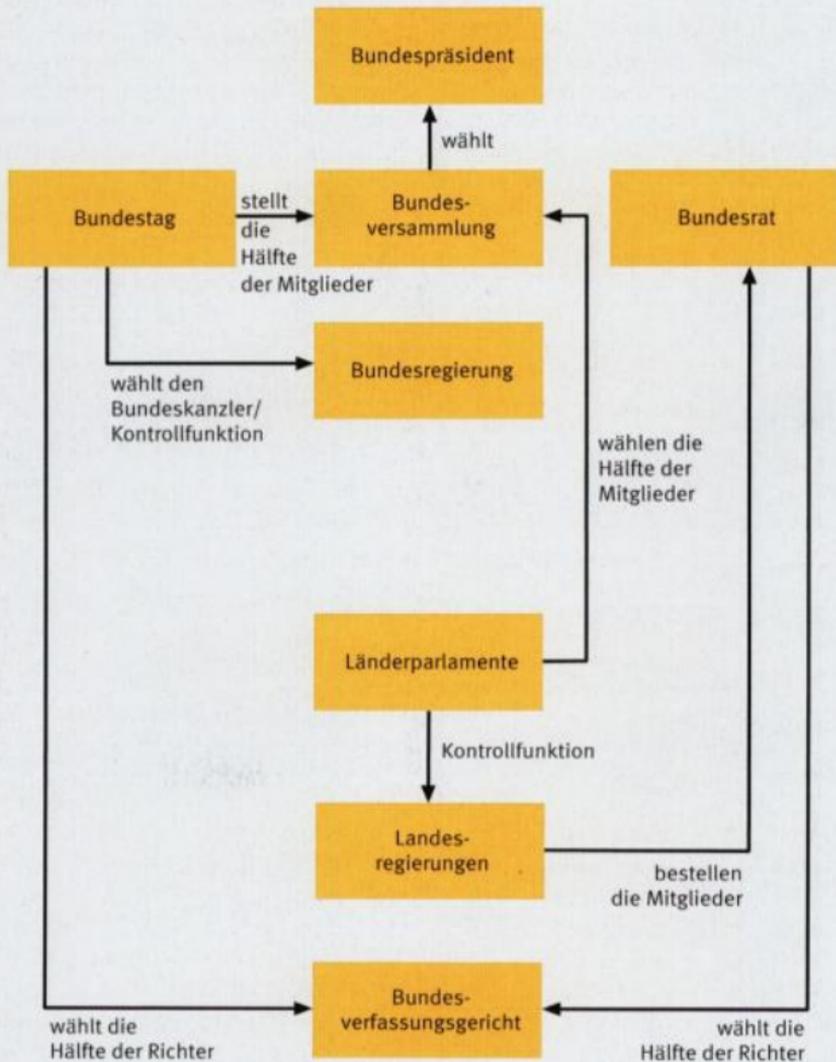
Nach Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes ist die Würde des Menschen unantastbar und alle staatliche Gewalt verpflichtet, sie zu achten und zu schützen. Die Würde des Menschen ist oberster Wert und Mittelpunkt der Verfassung. Eine wesentliche Aufgabe des Staates ist deshalb der Schutz der Menschen- und Bürgerrechte. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Rechtsstaat, das heißt die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden; jedermann steht gegen die öffentliche Gewalt der Rechtsweg offen. In Bund und Ländern können alle Deutschen in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen ihre Vertretungen wählen und befinden so darüber, wer – auf Zeit – regieren soll. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es im Grundgesetz (Artikel 20 Abs. 2).

Das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland ist der Bundespräsident. Er wird von der Bundesversammlung für fünf Jahre gewählt und kann einmal wieder gewählt werden. Die Bundesversammlung besteht aus allen Abgeordneten des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Länderparlamenten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland waren

- von 1949 bis 1959 Theodor Heuss,
- von 1959 bis 1969 Heinrich Lübke,
- von 1969 bis 1974 Gustav Heinemann,
- von 1974 bis 1979 Walter Scheel,
- von 1979 bis 1984 Karl Carstens,
- von 1984 bis 1994 Richard von Weizsäcker,
- von 1994 bis 1999 Roman Herzog,
- von 1999 bis 2004 Johannes Rau,
- als dessen Nachfolger wurde 2004 Horst Köhler gewählt.

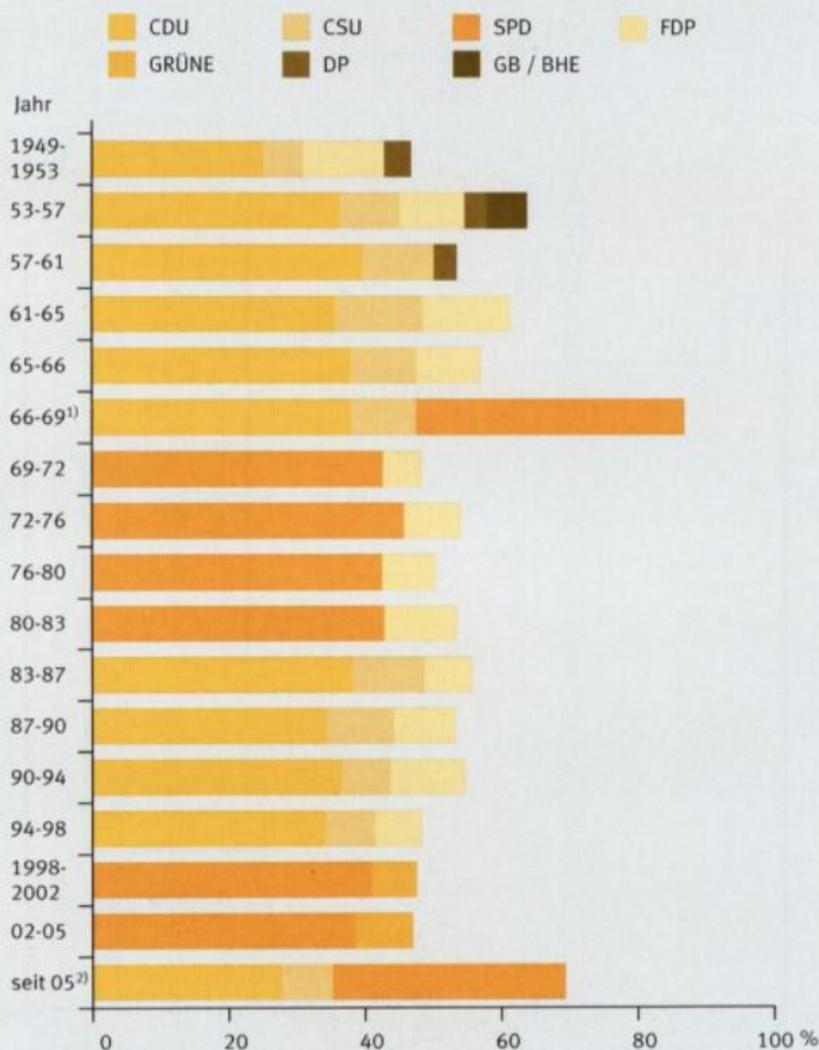
Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden alle vier Jahre gewählt. Das Bundeswahlgesetz sieht für die Wahl der 598 Abgeordneten eine personalisierte Verhältniswahl (299 mit relativer Mehrheit in Wahlkreisen, die Übrigen nach Landeslisten) vor, bei welcher die Wahlberechtigten eine Erststimme für die Wahl im Wahlkreis und eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste haben. Die Parteien, die 5% oder mehr der Zweitstimmen im Wahlgebiet erreichen oder in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben, nehmen an der Sitzverteilung teil.

Staatlicher Aufbau



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0302

Stimmanteile der Koalitionsparteien der Bundesregierung 1949 bis 2005



1) Ab 1.12.1966 Große Koalition. – 2) Ab 11.11.2005 Große Koalition.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0303

Ergebnisse der Parlamentswahlen in Prozent

Wahl	Wahl-jahr	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
		SPD	CDU, in Bayern CSU	FDP	GRÜNE ¹⁾	Die Linke. ²⁾	Sonstige
Landtagswahlen							
Baden-Württemberg ..	2006	25,2	44,2	10,7	11,7	–	8,4
Bayern	2003	19,6	60,7	2,6	7,7	–	9,4
Berlin ³⁾	2006	30,8	21,3	7,6	13,1	13,4	13,7
Brandenburg ³⁾	2004	31,9	19,4	3,3	3,6	28,0	13,8
Bremen	2007	36,7	25,7	6,0	16,5	8,4	6,7
Hamburg	2004	30,5	47,2	2,8	12,3	–	7,1
Hessen ³⁾	2003	29,1	48,8	7,9	10,1	–	4,1
Mecklenburg- Vorpommern ³⁾	2006	30,2	28,8	9,6	3,4	16,8	11,3
Niedersachsen ³⁾	2003	33,4	48,3	8,1	7,6	0,5	2,0
Nordrhein-Westfalen .	2005	37,1	44,8	6,2	6,2	0,9	4,8
Rheinland-Pfalz ³⁾	2006	45,6	32,8	8,0	4,6	–	9,0
Saarland	2004	30,8	47,5	5,2	5,6	2,3	8,6
Sachsen ³⁾	2004	9,8	41,1	5,9	5,1	23,6	14,5
Sachsen-Anhalt ³⁾	2006	21,4	36,2	6,7	3,6	24,1	8,1
Schleswig-Holstein ³⁾ ..	2005	38,7	40,2	6,6	6,2	0,8	7,5
Thüringen ³⁾	2004	14,5	43,0	3,6	4,5	26,1	8,3
Bundestagswahl³⁾							
Deutschland	2005	34,2	35,2 ⁴⁾	9,8	8,1	8,7	3,9
Europawahl							
Deutschland	2004	21,5	44,5 ⁵⁾	6,1	11,9	6,1	9,8

1) In Brandenburg GRÜNE/B90; in Hamburg GRÜNE/GAL. – 2) Bei Wahlen vor dem 17.7.2005 PDS. – 3) Zweitstimmen. – 4) CDU: 27,8%, CSU: 7,4%. – 5) CDU: 36,5%, CSU: 8,0%.

Bundestag und Bundesrat sind die gesetzgebenden Organe der Bundesrepublik Deutschland. Hauptaufgaben des Bundestages sind neben der Gesetzgebung die Wahl des Bundeskanzlers und die Kontrolle der Bundesregierung. Die Arbeit des Bundestages vollzieht sich nicht nur im Plenum, sondern vor allem in den Ausschüssen. Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

Die Bundesratsmitglieder werden von den Länderregierungen bestellt und abberufen. Sie können je Bundesland nur geschlossen abstimmen und sind an die Weisungen ihrer Länderregierung gebunden. Die insgesamt 69 Stimmen verteilen sich nach den Einwohnerzahlen auf die 16 Länder, von denen jedes mindestens drei und höchstens sechs Stimmen besitzt.

Die Bundesregierung wirkt an der Rechtsetzung vor allem durch Einbringen von Gesetzesvorlagen und durch Erlass von

Rechtsverordnungen aufgrund besonderer gesetzlicher Ermächtigung mit. Sie besteht aus dem Bundeskanzler, den der Bundestag auf Vorschlag des Bundespräsidenten wählt, und den Bundesministern, die auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen werden.

Die vollziehende Gewalt liegt grundsätzlich bei den Ländern, soweit das Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zulässt.

Die rechtsprechende Gewalt ist nach dem Grundgesetz den Richtern anvertraut. Sie wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die im Grundgesetz vorgesehenen Bundesgerichte und die Gerichte der Länder ausgeübt. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ eine Sonderstellung. Es entscheidet insbesondere über die Auslegung des Grundgesetzes bei Verfassungskonflikten zwischen Staatsorganen, über die Vereinbarkeit des Bundes- und Landesrechts mit dem Grundgesetz (Normenkontrolle) sowie über Verfassungsbeschwerden einzelner Bürgerinnen und Bürger.

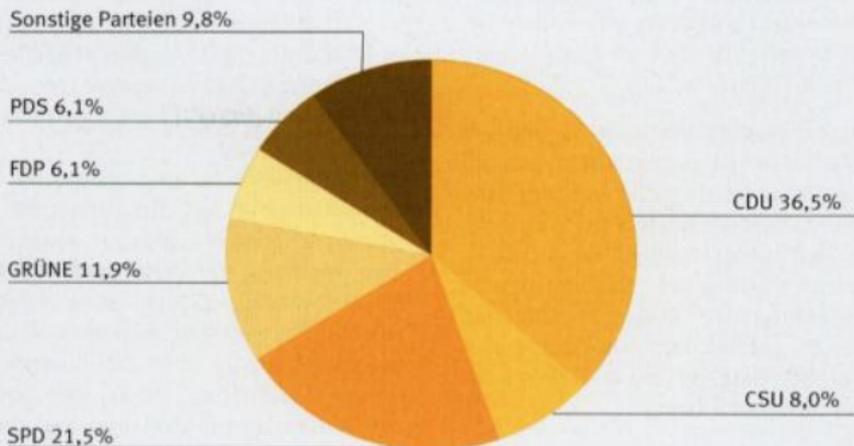
Die Gerichtsbarkeit des Bundes beschränkt sich – vom Bundesverfassungsgericht abgesehen – auf die obersten Gerichte der einzelnen Gerichtszweige: Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht, Bundessozialgericht sowie Bundespatentgericht. Im Übrigen fällt die Gerichtsbarkeit in die Zuständigkeit der Länder.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nahm Deutschland aktiv am Prozess der europäischen Einigung teil. Bereits im Mai 1948 forderten beim Ersten Haager Kongress die Delegierten aus 19 europäischen Ländern die Einberufung einer europäischen Versammlung – und gaben damit den Anstoß zur Bildung des Europarates in Straßburg.

Den Grundstein zur Europäischen Gemeinschaft (EG) legte der sogenannte „Schumann-Plan“ (benannt nach dem damaligen französischen Außenminister). Dieser Plan sah die Vereinigung der europäischen Kohle- und Stahlindustrie vor. Im April 1951 unterzeichneten Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande dann den Vertrag über die Gründung der

Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion). Diese sechs Staaten gründeten später (1957) die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Diese drei Organisationen waren seit dem 1. Juli 1967 durch die Verschmelzung ihrer Organe verbunden (Fusionsvertrag 1965). 1973 traten Dänemark, das Vereinigte Königreich sowie Irland, 1981 Griechenland, 1986 Portugal und Spanien den Europäischen Gemeinschaften (EG) bei. Mit dem Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden im Jahr 1995 hatte der europäische Verband für ein knappes Jahrzehnt 15 Mitgliedstaaten. Mit dem Beitritt der zehn weiteren Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern am 1. Mai 2004

Europawahl 2004
Stimmanteile der Parteien



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0304

stieg die Zahl der Mitglieder auf 25. Dies war bislang die größte Erweiterungsrunde. Bulgarien und Rumänien sind am 1. Januar 2007 als neue Mitglieder in die Europäische Union (EU) aufgenommen worden, sodass die EU heute 27 Mitgliedstaaten hat. Darüber hinaus laufen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien seit dem 3. Oktober 2005. Mazedonien ist seit dem Europäischen Rat vom 15. und 16. Oktober 2005 ein offizieller Beitrittskandidat. Mit Albanien wurde am 12. Juni 2006 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet, Montenegro ist auf dem Weg dahin, denn am 15. März 2007 wurde ein entsprechendes Abkommen von Premierminister Sturanovic und EU-Kommissar Rehn paraphiert. Mit Bosnien und Herzegowina wurden Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen aufgenommen und mit Serbien wurden die Verhandlungen am 3. Mai 2006 ausgesetzt, da das Land seine Verpflichtungen bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) nicht erfüllte.

Im Statistikbereich steht im Vorfeld vor jeder Aufnahme eines neuen Mitgliedstaates die Unterstützung dieser Länder bei der Übernahme der bestehenden europäischen Statistikregelungen («aquis statistique») im Vordergrund. Das Statistische Bundesamt hat sich in den vergangenen Jahren an zahlreichen unterstützenden Maßnahmen beteiligt und wird dies auch in Zukunft weiter leisten.

Der Erweiterungsprozess ging Hand in Hand mit der wirtschaftlichen und poli-

tischen Integration Europas. Ausgehend von dem gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl bestanden die ersten Schritte auf dem Weg zur Integration im Abbau der Zollschranken zwischen den beteiligten Ländern und der Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifs. Die gleichberechtigte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern weitete sich nach und nach auf die Sozial-, Regional- und Umweltpolitik aus. Mit der Schaffung des EG-Binnenmarktes 1993 wurde schließlich der gegenseitige Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr liberalisiert. Um sich den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen, verabschiedete der Europäische Rat 2000 in Lissabon eine umfassende Strategie zur Modernisierung der EU-Wirtschaft, die auch den sozialen Zusammenhalt und die Umwelt einbezog. Bei der Beurteilung der Fortschritte auf dem Weg zu den vereinbarten Zielen spielen statistische Daten eine wesentliche Rolle (sogenannte „Strukturindikatoren“). Im März 2005 wurde die Strategie neu ausgerichtet, um die Synergiepotenziale zwischen allen drei Dimensionen (Wirtschaft, Soziales und Umwelt) besser zu nutzen.

Die wirtschaftliche und politische Weiterentwicklung und die Aufnahme von neuen Mitgliedern machte regelmäßig eine Änderung der Verträge der EG bzw. EU notwendig. Zuletzt sind folgende wesentliche Verträge angenommen worden: der Vertrag über die Europäische Union (Maastricht, 1992), der Vertrag von Amsterdam (1997) und der Vertrag von Nizza (2002). Mit dem „Vertrag über die Europäische Union (EU)“ vom 7. Feb-

ruar 1992 von Maastricht (in Kraft getreten am 1. November 1993) vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der EG einen Stufenplan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis zum Jahr 1999, deren dritte Stufe die Einführung der einheitlichen Währung (Euro) darstellte. Außer Dänemark, Schweden, dem Vereinigten Königreich sowie elf von zwölf neuen EU-Mitgliedern aus der letzten und vorletzten Erweiterungsrunde sind alle Mitgliedstaaten der Eurozone (EU-13) beigetreten. Voraussichtlich am 1. Januar 2008 werden auch Malta und Zypern der Eurozone beitreten. Der Maastrichter Vertrag hatte neben der Wirtschafts- und Währungsunion auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik zum Ziel.

Grundstein für die Ost-Erweiterung der Europäischen Union bildete der Vertrag von Amsterdam, der am 2. Oktober 1997 unterzeichnet wurde. Mit dem Vertrag von Nizza, der am 1. Februar 2003 in Kraft getreten ist, wurde schließlich die Funktionsweise der europäischen Institutionen so angepasst, dass die umfassende Ost-Erweiterung um zehn Mitgliedstaaten ermöglicht wurde. Im Anschluss an die Sitzung des Europäischen Rates im Dezember 2002 in Nizza verkündeten darüber hinaus die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates und der Kommission feierlich die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, mit der angesichts der sozialen, ökonomischen, wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung der Gesell-

schaft die Bedeutung der Menschenrechte gestärkt werden soll.

Nach rund 50 Jahren Geschichte der Integration war es an der Zeit, das Rahmenwerk, welches aus mehreren Einzelverträgen zusammengesetzt ist, zu überarbeiten und zu reformieren, damit die Union weiter handlungsfähig bleibt. Vor diesem Hintergrund hat der Europäische Rat von Laeken im Dezember 2001 einen Konvent zur Erarbeitung einer EU-Verfassung ins Leben gerufen. Am 29. Oktober 2004 war es schließlich soweit: Die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedstaaten und der drei Kandidatenländer unterzeichneten den Vertrag über eine Verfassung für Europa. Die Mitgliedstaaten müssen die Verfassung nach ihren jeweiligen nationalen Verfahren (Volksabstimmung oder Annahme durch das Parlament) ratifizieren. Da bereits zwei Staaten (Frankreich und die Niederlande) gegen den Vertrag votierten, wurde der Ratifizierungsprozess im Sommer 2005 vorerst angehalten. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 für den Fortgang der Arbeiten mit dem Endziel einer Verfassung stark gemacht. So ist es gelungen, ein Mandat für eine Regierungskonferenz zu verabschieden, die bis Ende des Jahres 2007 klären soll, welche Vertragsänderungen für die neuen Grundlagenverträge nötig sind. Im Resultat gilt bis auf weiteres der Vertrag von Nizza. Der Statistik wurde im Übrigen erstmals im Vertrag von Amsterdam 1997 ein Artikel gewidmet. Der Artikel ist fast identisch in den Entwurf der EU-Verfassung übernommen worden.

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland ist u. a. gekennzeichnet durch den föderativen Staatsaufbau (Artikel 20 Abs. 1 GG). Neben dem Bund als Gesamtstaat stehen die sechzehn Länder als gleichberechtigte Gliedstaaten. Die prinzipielle Trennung, aber auch die vielfältige Zusammenarbeit dieser beiden staatlichen Ebenen wird durch das Grundgesetz geregelt.

Die Länder sind dabei keine bloßen Selbstverwaltungskörperschaften, sondern echte Staaten mit eigenen Hoheitsbefugnissen. Garantiert wird diese „Staatsqualität“ durch Artikel 79 Abs. 3 GG.

Als Staaten besitzen sie Verfassungen und Verfassungsorgane wie Parlament, Regierung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit. Bei der Europäischen Union in Brüssel sind sie mit eigenen Vertretungen präsent.

Die Länder haben nicht nur bei der Gesetzgebung des Bundes umfangreiche Mitwirkungsrechte, auch für die Ausführung staatlicher Aufgaben sind grundsätzlich sie zuständig (Artikel 30 GG), sofern diese auf Bundesebene nicht besser erledigt werden können (Subsidiaritätsprinzip). Dieser Grundsatz gilt auch für die amtliche Statistik. Der Bund kann für seine eigenen Zwecke oder für die Europäische Union bundesweite Statistiken per Gesetz anordnen. Durchgeführt werden diese dann aber von den Ländern.

Für die Erfüllung ihrer Pflichten stehen den Ländern eigene Steuereinnahmen zu (Artikel 106 GG). Ihre Wirtschafts- und Finanzkraft ist dennoch sehr unterschiedlich. Strukturell benachteiligte Länder sind oft

nicht in der Lage, ihre Aufgaben vollständig aus eigener Kraft zu finanzieren. Damit die Bewohner dieser Regionen dadurch in ihrem Lebensstandard nicht unverhältnismäßig benachteiligt sind, werden Transferzahlungen durch den Bund und durch die Länder untereinander geleistet (Länderfinanzausgleich).

Aber die sechzehn Bundesländer unterscheiden sich nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Historisches Erbe, geografische Lage, kulturelle Vielfalt sowie Größe und Bevölkerungsanzahl tragen zum eigenständigen Charakter jedes einzelnen innerhalb der Bundesrepublik und Europas bei.

Gerade diese Vielfältigkeit, verbunden mit der Eigenständigkeit der Länder, führt allerdings dazu, dass vergleichbare Informationen oft aus vielen Quellen zusammengetragen werden müssen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder betreiben deshalb gemeinsam ein Statistikportal, das auch auf regionaler Ebene vergleichbare Ergebnisse bietet (www.statistikportal.de).

DEUTSCHLAND NACH LÄNDERN

Land	Fläche	Bevölkerung	Einwohner je km ²	Überschuss der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-) ¹⁾	Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) ¹⁾²⁾
	31.12.2005				
	km ²	1 000	Anzahl	1 000	
Baden-Württemberg	35 752	10 736	300	± 0	+ 3
Bayern	70 552	12 469	177	- 12	+ 8
Berlin	892	3 395	3 807	- 3	+ 15
Brandenburg	29 479	2 559	87	- 8	+ 0
Bremen	404	663	1 641	- 2	+ 1
Hamburg	755	1 744	2 309	- 1	+ 5
Hessen	21 115	6 092	289	- 5	+ 5
Mecklenburg-Vorpommern ..	23 180	1 707	74	- 5	+ 1
Niedersachsen	47 624	7 994	168	- 16	+ 41
Nordrhein-Westfalen	34 085	18 058	530	- 33	+ 6
Rheinland-Pfalz	19 853	4 059	204	- 10	- 1
Saarland	2 569	1 050	409	- 5	- 0
Sachsen	18 416	4 274	232	- 16	+ 2
Sachsen-Anhalt	20 446	2 470	121	- 12	+ 1
Schleswig-Holstein	15 799	2 833	179	- 7	+ 3
Thüringen	16 172	2 335	144	- 9	+ 0
Deutschland	357 093	82 438	231	- 144	+ 79

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Gesamtwanderungen über die Grenzen der Länder.

DEUTSCHLAND NACH LÄNDERN

Land	Erwerbstätige im Inland ¹⁾	Arbeitslose ²⁾	Arbeitslosenquote ²⁾³⁾	Offene Stellen ²⁾⁴⁾	Kurzarbeiter/-innen ²⁾
	2006				
	1 000		%		1 000
Baden-Württemberg	5 438,0	348,7	6,3	61,1	9,5
Bayern	6 408,5	446,4	6,8	70,8	8,0
Berlin	1 568,3	293,5	17,5	30,6	1,8
Brandenburg	1 014,7	226,4	17,0	17,7	1,9
Bremen	385,6	47,7	14,9	5,6	0,7
Hamburg	1 062,1	96,0	11,0	27,3	1,2
Hessen	3 043,3	284,2	9,2	37,8	4,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	710,9	167,9	19,0	15,1	0,9
Niedersachsen	3 555,7	417,8	10,5	46,2	6,9
Nordrhein-Westfalen	8 474,4	1 012,7	11,4	108,1	18,1
Rheinland-Pfalz	1 797,0	163,0	8,0	23,0	2,6
Saarland	508,1	49,7	9,9	7,1	1,0
Sachsen	1 906,2	371,9	17,0	29,6	4,1
Sachsen-Anhalt	994,2	231,9	18,3	20,1	1,7
Schleswig-Holstein	1 236,0	140,8	10,0	20,1	2,2
Thüringen	1 003,1	188,4	15,6	15,5	2,4
Deutschland	39 106,0	4 487,1	10,8	564,2	67,0

1) Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: März 2007. – 2) Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA). – 3) Registrierte Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. – 4) Die gemeldeten Stellen der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) sind in der Summe für Deutschland enthalten.

DEUTSCHLAND NACH LÄNDERN

Land	Außenhandel		Brutto- inlandsprodukt in jeweiligen Preisen	Brutto- wertschöpfung in jeweiligen Preisen
	Einfuhr	Ausfuhr		
	2006 ¹⁾		Mill. EUR	Mrd. EUR
Baden-Württemberg	115 721	141 924	337,1	303,8
Bayern	115 929	141 266	409,5	369,0
Berlin	8 019	11 373	80,6	72,6
Brandenburg	11 106	8 808	49,5	44,6
Bremen	13 331	12 270	25,3	22,8
Hamburg	56 094	28 074	86,2	77,6
Hessen	64 344	44 831	204,3	184,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	3 349	3 764	32,5	29,3
Niedersachsen	65 005	67 145	197,1	177,6
Nordrhein-Westfalen	170 897	160 446	501,7	452,1
Rheinland-Pfalz	23 588	36 307	100,7	90,8
Saarland	11 199	12 583	28,0	25,2
Sachsen	13 279	19 555	88,7	79,9
Sachsen-Anhalt	9 359	9 904	50,1	45,2
Schleswig-Holstein	21 855	17 459	69,7	63,0
Thüringen	5 946	9 238	46,0	41,4
Deutschland	735 146²⁾	896 048²⁾	2 307	2 079

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Einschl. der Warenverkehre, welche nicht einem Bundesland zugeordnet werden können.

DEUTSCHLAND NACH LÄNDERN

Land	Baugenehmigungen	Baufertigungen	Wohnungsbestand	Ärzte/Ärztinnen ¹⁾		Krankenhausbetten ²⁾
	(Wohnungen)			31.12.2005	2005	
	1 000		Mill.	Anzahl		
Baden-Württemberg	37,6	36,1	4,9	39 772	61 371	
Bayern	49,7	48,3	5,8	49 598	80 077	
Berlin	3,2	3,5	1,9	16 964	20 350	
Brandenburg	9,3	10,4	1,3	7 943	15 424	
Bremen	1,4	1,4	0,4	3 214	5 664	
Hamburg	3,6	3,3	0,9	9 442	11 502	
Hessen	16,9	17,2	2,8	23 107	37 104	
Mecklenburg-Vorpommern ..	6,7	6,1	0,9	6 260	10 232	
Niedersachsen	23,4	24,3	3,7	25 941	44 174	
Nordrhein-Westfalen	50,3	50,4	8,4	65 894	127 405	
Rheinland-Pfalz	13,2	14,5	1,9	14 557	25 604	
Saarland	2,2	2,3	0,5	4 168	7 305	
Sachsen	6,0	7,2	2,3	14 329	27 601	
Sachsen-Anhalt	4,1	4,3	1,3	8 087	17 129	
Schleswig-Holstein	9,3	9,1	1,4	10 495	16 244	
Thüringen	3,7	4,0	1,2	7 806	16 638	
Deutschland	240,6	242,3	39,6	307 577	523 824	

1) Daten der Bundesärztekammer. – 2) Ohne Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen.

Am 31. Dezember 2006 lebten in Deutschland rund 82,3 Mill. Menschen, und zwar fast 42 Mill. Mädchen und Frauen und rund 40,3 Mill. Jungen und Männer. Nach Ergebnissen des Ausländerzentralregisters besaßen insgesamt 6,8 Mill. Bürgerinnen und Bürger eine ausländische Staatsangehörigkeit. Von ihnen lebten rund 63% bereits zehn Jahre und mehr in Deutschland; 1,4 Mill. der Ausländer/-innen waren in Deutschland geboren.

Deutschland ist ein dicht besiedeltes Land: Die Einwohnerzahl je Quadratkilometer betrug im Jahr 2005 im Durchschnitt 231. Die Einwohnerdichte ist im Westen und im Osten Deutschlands jedoch sehr unterschiedlich. Sie lag im Jahr 2005 im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) bei 264, in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) bei 124.

Im Jahr 2006 wurden in Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen 374 000 Ehen geschlossen. 673 000 Kinder kamen lebend zur Welt, das waren bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner 8,2 Lebendgeburten. Der Anteil der Kinder, die außerhalb einer Ehe geboren wurden, betrug 30%.

Insgesamt 822 000 Menschen starben während des Jahres 2006 in Deutschland. Damit gab es 149 000 mehr Sterbefälle als Lebendgeburten. Die durchschnittliche Lebenserwartung Neugeborener betrug 2003/2005 für Jungen 76,2 Jahre und für Mädchen 81,8 Jahre.

Im Jahr 2050 wird – nach der neuesten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes – die Bevölkerungs-

zahl Deutschlands mit knapp 69 Mill. bis 74 Mill. unter dem Niveau des Jahres 1963 (gut 75 Mill. Einwohner) liegen. Die Bevölkerungszahl nimmt nicht nur weiter ab, sondern es wird auch weniger Kinder und noch mehr ältere Menschen geben, die zudem noch länger leben. Die Zahl der 60-Jährigen wird mit gut einer Million im Jahr 2050 doppelt so hoch sein wie die Zahl der Neugeborenen; 2005 gab es fast genauso viele Neugeborene wie 60-Jährige. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Betreuungs- und Schulalter sinkt ebenso wie die der jungen Menschen im Ausbildungsalter. Dagegen wird sich die Zahl der 80-Jährigen und Älteren von heute nicht ganz 4 Mill. auf 10 Mill. im Jahr 2050 nahezu verdreifachen.

Die genannten Ergebnisse beziehen sich auf zwei Varianten der Bevölkerungsvorausberechnung, die sich lediglich in der Annahme zum sogenannten Wanderungssaldo unterscheiden. Für die eine Variante beträgt er 100 000, für die andere Variante 200 000 Personen pro Jahr. Die Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und zur Lebenserwartung sind für beide Varianten gleich: Eine annähernd konstante zusammengefasste Geburtenziffer von durchschnittlich 1,4 Kindern je Frau sowie eine Zunahme der Lebenserwartung bei Geburt um etwa sieben Jahre auf 83,5 Jahre für Jungen und auf 88 Jahre für Mädchen im Jahr 2050.

Nach dieser Vorausberechnung wird der Altenquotient, das heißt die Anzahl der Menschen im Rentenalter, die rechnerisch je 100 Personen im Erwerbsalter (von 20

BEVÖLKERUNG

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Einwohner am 31.12.	1 000	82 500,8	82 438,0	82 314,9
männlich	1 000	40 353,6	40 340,0	40 301,2
weiblich	1 000	42 147,2	42 098,0	42 013,7
nach Altersgruppen				
von ... bis unter ... Jahren				
unter 6	1 000	4 435,1	4 346,1	...
6 – 15	1 000	7 489,5	7 303,7	...
15 – 18	1 000	2 904,2	2 907,5	...
18 – 25	1 000	6 773,9	6 782,1	...
25 – 45	1 000	24 088,7	23 736,4	...
45 – 60	1 000	16 244,2	16 822,0	...
60 – 65	1 000	5 197,8	4 670,0	...
65 und mehr	1 000	15 367,5	15 870,1	...
nach Familienstand				
ledig	1 000	33 847,4	33 954,2	...
verheiratet	1 000	36 991,2	36 678,6	...
verwitwet	1 000	6 078,6	6 041,8	...
geschieden	1 000	5 583,7	5 763,4	...
Ausländische Bevölkerung¹⁾	1 000	6 717,1	6 755,8	6 751,0
Europa	1 000	5 340,3	5 375,2	5 375,1
Europäische Union	1 000	2 108,0	2 144,6	2 183,4
darunter:				
Italien	1 000	548,2	540,8	534,7
Griechenland	1 000	316,0	309,8	303,8
Österreich	1 000	174,0	174,8	175,7
Niederlande	1 000	114,1	118,6	123,5
Vereinigtes Königreich	1 000	95,9	96,2	96,6
Serbien und Montenegro ²⁾	1 000	507,3	297,0	282,1
Kroatien	1 000	229,2	228,9	227,6
Türkei	1 000	1 764,3	1 764,0	1 738,9
Afrika	1 000	277,0	274,9	272,4
Amerika	1 000	202,9	208,2	213,1
dar.: Vereinigte Staaten	1 000	96,6	97,9	99,3
Asien	1 000	826,5	826,4	819,7

1) Durch eine Registerbereinigung des Ausländerzentralregisters sind die Zahlen für das Jahr 2004 nicht mit den Daten für die Jahre vor 2004 vergleichbar. – 2) Seit August 2006 eigenständige Staaten.

bis unter 65 Jahren) gegenüberstehen, von heute 32 bis 2050 bis auf 60 oder 64 steigen.

Da die Entwicklung der Bestimmungsgrößen für die Bevölkerungsvorausberechnung

mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt 31.12.2005 immer unsicherer wird, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter und sind für den jeweiligen Zeitpunkt von mehreren Jahrzehnten keine Prognosen.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Haushalte¹⁾	1 000	39 122	39 178	...
Einpersonenhaushalte	1 000	14 566	14 695	...
2-Personenhaushalte	1 000	13 335	13 266	...
3-Personenhaushalte	1 000	5 413	5 477	...
4-Personenhaushalte	1 000	4 218	4 213	...
Haushalte mit 5 und mehr Personen	1 000	1 590	1 527	...
Eheschließungen, Geborene, Gestorbene²⁾				
Eheschließungen	Anzahl	395 992	388 451	373 696 ⁴⁾
Lebendgeborene	Anzahl	705 622	685 795	672 675 ⁴⁾
und zwar: nichtehelich	Anzahl	197 129	200 122	201 519 ⁴⁾
Totgeborene	Anzahl	2 728	2 487	2 420 ⁴⁾
Gestorbene	Anzahl	818 271	830 227	821 635 ⁴⁾
Überschuss der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 112 649	- 144 432	- 148 960 ⁴⁾
Ehescheidungen	Anzahl	213 691	201 693	...
Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland³⁾				
Zuzüge insgesamt	1 000	780	707	662
dar.: Ausländer/-innen	1 000	602	579	558
Fortzüge insgesamt	1 000	698	628	639
dar.: Ausländer/-innen	1 000	547	484	484
Eingebürgerte Personen	Anzahl	127 153	117 241	...

1) Ergebnisse des Mikrozensus im März (2004), im Jahr (2005) bzw. im Jahr (2006). – 2) Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung. – 3) Ergebnisse der Wanderungsstatistik; Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. – 4) Vorläufiges Ergebnis.

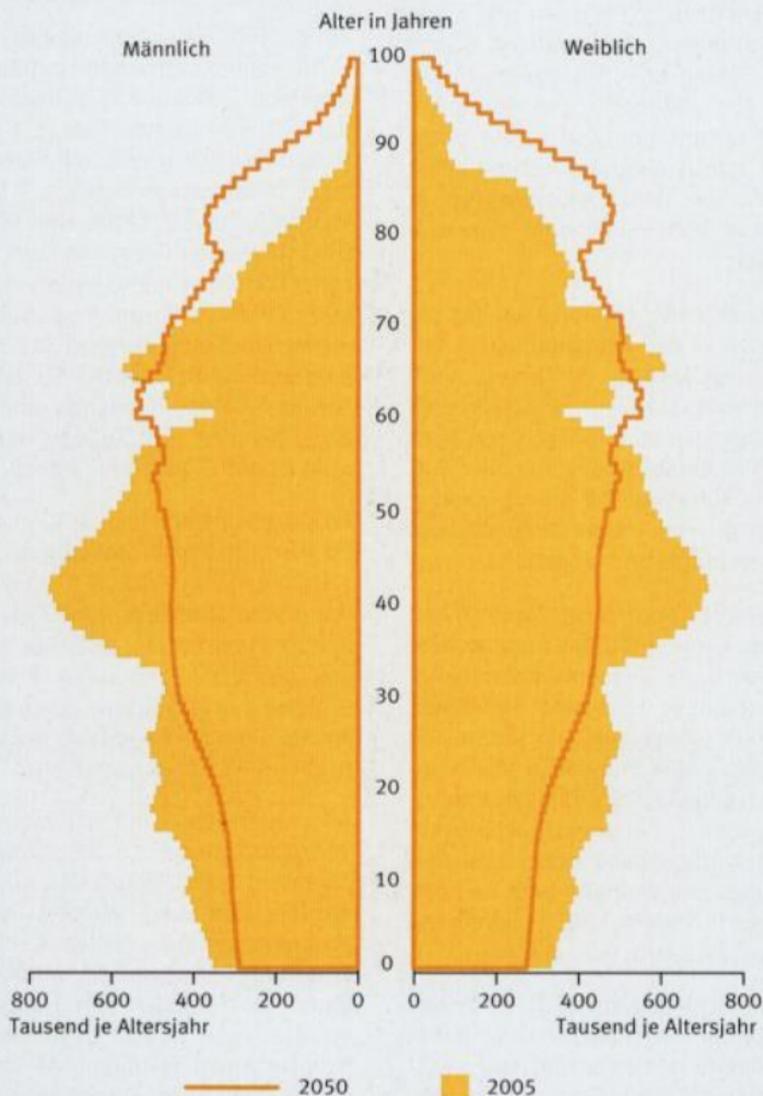
Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands 2005 und 1980 im Vergleich¹⁾



1) Stichtag 31.12.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0305

Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands 2005¹⁾ und 2050 im Vergleich



1) Stichtag 31.12.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0306

Bildung erfährt der Mensch – außerhalb der Familie – vor allem in den eigens dafür vorgesehenen öffentlichen und privaten Einrichtungen. Die amtliche Statistik weist Zahlen über Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende sowie Lehrerinnen und Lehrer nach, die nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Diskussion um das Bildungswesen in Deutschland von steigendem Interesse sein dürften.

Von entscheidendem Einfluss auf das Bildungswesen ist der demographische Aufbau der Bevölkerung, der unterschiedliche Jahrgangsstärken, beispielsweise bei der Einschulung, bedingt. Doch auch individuelle Entscheidungen, die wirtschaftliche Situation und die Umsetzung bildungspolitischer Ziele beeinflussen Bildungsnachfrage und -angebot.

Im Jahr 2005 wurden in Deutschland 144,8 Mrd. Euro für Bildung ausgegeben. Dies waren 6,5% des Bruttoinlandsprodukts. Gegenüber 2004 sind die Ausgaben um 0,8% gesunken. Der größte Teil des Budgets entfiel mit 115,6 Mrd. Euro auf die Ausgaben für Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen. Die übrigen Bildungsbereiche, zum Beispiel betriebliche Weiterbildung und Förderung von Schülern und Schülerinnen wurden mit 29,2 Mrd. Euro gefördert.

Die Schulpflicht beginnt in Deutschland für alle Kinder nach der Vollendung des 6. Lebensjahres. In den letzten Jahren wurde verstärkt die Möglichkeit geschaffen, Kinder vorzeitig einzuschulen. Die Dauer der Schulpflicht beträgt zwölf Jahre, davon

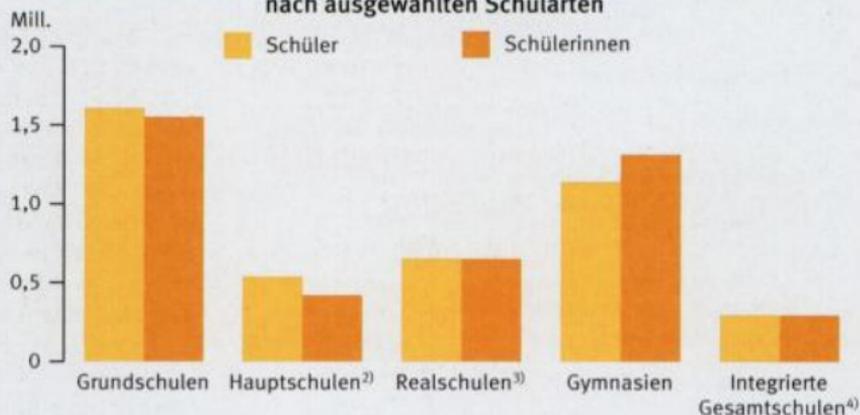
in der Regel neun bis zehn Vollzeitschuljahre und zwei bis drei Teilzeitschuljahre.

2006/2007 besuchten knapp 9,4 Mill. Schülerinnen und Schüler in Deutschland allgemein bildende Schulen, darunter 3,2 Mill. eine Grundschule, 1,1 Mill. eine Hauptschule (einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe), 1,3 Mill. eine Realschule und 2,5 Mill. ein Gymnasium. Die Integrierten Gesamtschulen (einschl. Freier Waldorfschulen) hatten im gleichen Jahr rund 587 000 und die Schularten mit mehreren Bildungsgängen 312 000 Schülerinnen und Schüler. An Sonderschulen lernten 408 000 Mädchen und Jungen, Abendschulen und Kollegs wurden von rund 61 000 Erwachsenen besucht.

An allgemein bildenden Schulen erwarben im Jahr 2005 nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht 238 000 Jugendliche den Hauptschulabschluss. Rund 399 000 Schülerinnen und Schüler verließen im selben Jahr die Schule mit einem Realschulabschluss. 244 000 Schülerinnen und Schüler erlangten die allgemeine Hochschulreife bzw. die Fachhochschulreife.

An beruflichen Schulen lernten im Jahr 2006/2007 rund 2,8 Mill. junge Leute, nämlich 1,8 Mill. Berufsschülerinnen und -schüler und rund 566 000 Berufsfachschülerinnen und -schüler. Hier erwarben im Jahr 2005 insgesamt 39 000 Schülerinnen und Schüler den Hauptschulabschluss, rund 81 000 Schülerinnen und Schüler einen mittleren Abschluss sowie 156 000 junge Erwachsene die allgemeine Hochschulreife (einschl. der fachgebundenen Hochschulreife/Fachhoch-

Schüler und Schülerinnen in allgemein bildenden Schulen 2006/2007¹⁾ nach ausgewählten Schularten



1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe. – 3) Einschl. Schularten mit mehreren Bildungsgängen. – 4) Einschl. Freier Waldorfschulen.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0307

schulreife). 123 000 Frauen und Männer besuchten 2006/2007 die Schulen des Gesundheitswesens.

Die Zahl der Auszubildenden betrug 2006 in Deutschland rund 1,6 Mill. Davon entfielen auf den Ausbildungsbereich Industrie und Handel 873 000 Auszubildende, auf das Handwerk 476 000, auf die Freien Berufe 123 000 sowie auf die übrigen Bereiche etwa 98 000 Auszubildende.

Die am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe fallen noch immer bei Frauen und Männern recht unterschiedlich aus. So gab es im Jahr 2006 in Deutschland rund 39 800 Auszubildende zur Friseurin bzw. zum Friseur. Fast alle, die das Friseurhandwerk erlernten, waren junge Frauen (90%). Insgesamt wählten diesen Beruf knapp 6% aller weiblichen Auszu-

bildenden, bei den jungen Männern waren es 0,5%.

2,0 Mill. Menschen waren im Wintersemester 2006/2007 als Studierende an Hochschulen in Deutschland eingeschrieben, darunter 1,4 Mill. an Universitäten und 541 000 an Fach- und 31 000 an Kunsthochschulen.

Die Zahl der Studienanfänger erreichte im Wintersemester 2006/2007 rund 295 000. Dies entspricht einem Rückgang um 1,5% gegenüber dem Vorjahr. Nachdem sich im Wintersemester 2002/2003 erstmals mehr Frauen als Männer neu eingeschrieben hatten, lag die Quote der Studienanfängerinnen im Wintersemester 2006/2007 bei 49,4%.

Die beliebtesten Studiengänge mit international akzeptiertem Bachelorabschluss

Drittmittleinnahmen je Professorin/Professor nach Fächergruppen 2004



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0310

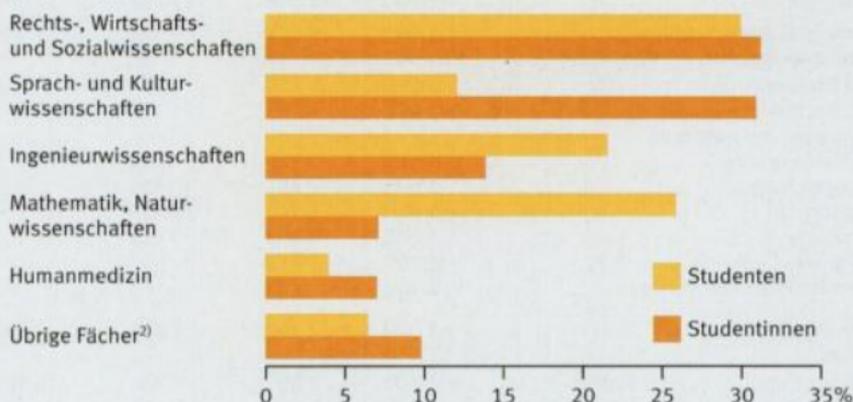
waren im Wintersemester 2005/2006 – gemessen an der Studierendenzahl – die Fächer Informatik (15 494), Betriebswirtschaftslehre (15 084) und Maschinenbau/-wesen (7 500). Die meisten Studierenden mit dem Studienziel „Masterabschluss“ gab es in Internationale Betriebswirtschaft/Management (3 256), Betriebswirtschaftslehre (3 228) und Informatik (3 197).

252 000 Absolventen legten im Jahr 2005 erfolgreich eine Hochschulprüfung ab. Knapp eine halbe Million Beschäftigte waren an deutschen Hochschulen in Wissenschaft, Kunst und Verwaltung tätig.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004/2005	2005/2006	2006/2007 ¹⁾
Schüler/-innen	1 000	12 508	12 397	12 260
Allgemeinbildende Schulen	1 000	9 625	9 505	9 356
Schulkindergärten und Vorklassen	1 000	48	30	29
Grundschulen	1 000	3 150	3 176	3 156
Hauptschulen ²⁾	1 000	1 195	1 126	1 053
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	1 000	379	340	312
Sonderschulen	1 000	424	416	408
Realschulen	1 000	1 351	1 325	1 300
Gymnasien	1 000	2 404	2 431	2 450
Integrierte Gesamtschulen ³⁾	1 000	613	598	587
Abendschulen und Kollegs	1 000	60	62	61
Berufliche Schulen	1 000	2 763	2 771	2 781
darunter:				
Berufsschulen im dualen System	1 000	1 801	1 784	1 789
Berufsaufbauschulen	1 000	1	1	1
Berufsfachschulen	1 000	542	561	566
Fachoberschulen	1 000	122	126	130
Fachgymnasien ⁴⁾	1 000	117	121	124
Berufs-/Technische Oberschulen	1 000	18	19	19
Fachschulen ⁵⁾	1 000	163	159	152
Schulen des Gesundheitswesens	1 000	120	121	123
Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen	1 000	880
darunter:				
mit Hauptschulabschluss	1 000	238
mit Realschulabschluss	1 000	399
mit allgemeiner Hochschul- oder Fachhochschulreife	1 000	244
Schulentlassene aus beruflichen Schulen insgesamt	1 000	1 137
darunter:				
mit mittlerem Abschluss	1 000	81
mit allgemeiner Hochschulreife (einschl. fachgebundener Hochschul- reife)/Fachhochschulreife	1 000	156
Voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte				
Allgemeinbildende Schulen	1 000	672	667	...
Berufliche Schulen	1 000	121	122	...

1) Schuljahr. 2006/2007 = Vorläufiges Ergebnis. – 2) Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe. – 3) Einschl. Freier Waldorfschulen. – 4) Einschl. Kollegschulen. – 5) Einschl. Fach-/Berufsakademien.

Studierende im Wintersemester 2006/2007 nach Fächergruppen¹⁾



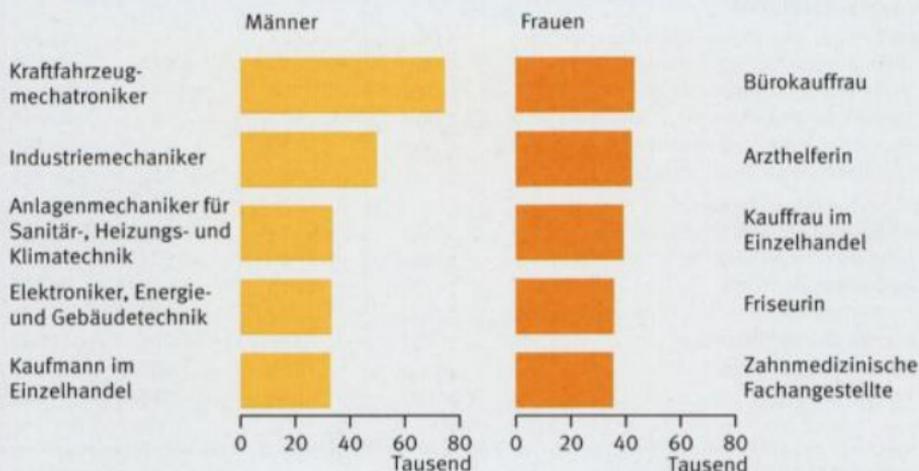
1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Sport; Veterinärmedizin; Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften; Kunst, Kunstwissenschaft; Sonstige Fächer und ungeklärt.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0309

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006 ¹⁾
Studierende²⁾	1 000	1 964	1 986	1 975
Universitäten ³⁾	1 000	1 373	1 387	1 373
Kunsthochschulen	1 000	31	32	31
Fachhochschulen	1 000	524	535	541
Verwaltungsfachhochschulen	1 000	36	33	29
dar.: Studierende im ersten Hochschulsemester	1 000	301	300	295
Universitäten ³⁾	1 000	198	198	192
Kunsthochschulen	1 000	4	4	4
Fachhochschulen	1 000	91	91	92
Verwaltungsfachhochschulen	1 000	8	7	7
Bestandene Hochschulprüfungen	1 000	231	252	...
Diplom(U)- und entsprechende Abschlussprüfungen	1 000	98	102	...
Promotionen	1 000	23	26	...
Lehramtsprüfungen	1 000	23	24	...
Fachhochschulabschluss	1 000	76	81	...
Bachelorabschluss	1 000	6	10	...
Masterabschluss	1 000	6	9	...

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Studierende im Wintersemester. – 3) Einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

Auszubildende 2005 in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0308

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006 ¹⁾
Auszubildende	1 000	1 564	1 553	1 570
Industrie und Handel	1 000	838	848	873
Handwerk	1 000	489	477	476
Landwirtschaft	1 000	40	41	42
Öffentlicher Dienst	1 000	44	43	43
Freie Berufe	1 000	139	130	123
Hauswirtschaft, Seeschifffahrt	1 000	14	12	12
Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Fortbildungs- und Meisterprüfungen	1 000	125	125	...
Industrie und Handel	1 000	65	67	...
Handwerk	1 000	49	48	...
Landwirtschaft	1 000	2	2	...
Öffentlicher Dienst	1 000	3	3	...
Freie Berufe	1 000	5	5	...
Hauswirtschaft, Seeschifffahrt	1 000	1	1	...

1) Vorläufiges Ergebnis.

BILDUNG

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
Bildungsabschluss¹⁾				
Angaben zur allgemeinen Schulausbildung	1 000	66 574	66 397	70 984
Noch in schulischer Ausbildung	1 000	2 992	2 966	3 401
Volks-/Hauptschulabschluss	1 000	29 391	28 946	29 555
Abschluss der Polytechn. Oberschule	1 000	4 807	4 701	4 780
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	1 000	12 732	12 837	14 266
Fachhochschul-/Hochschulreife	1 000	14 092	14 419	15 905
darunter: mit beruflichem				
Bildungsabschluss	1 000	65 575	65 185	70 984
Lehr-/Anlernausbildung	1 000	33 639	32 921	35 305
Fachschulabschluss	1 000	4 015	4 078	4 485
Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR	1 000	977	971	868
Fachhochschulabschluss	1 000	2 868	3 025	3 062
Hochschulabschluss	1 000	3 758	3 909	4 505
Promotion	1 000	853	815	648

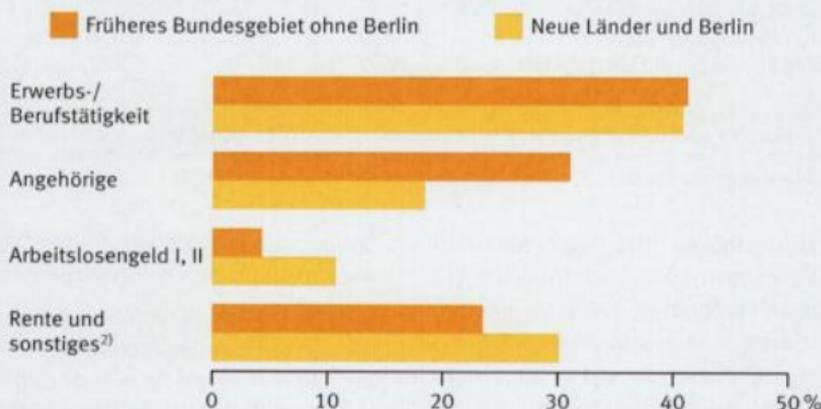
1) Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr. – Bis 2004 war die Beantwortung für Personen von 51 Jahren und mehr freiwillig.

Über die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands war im Jahr 2006 aktiv oder passiv am Erwerbsleben beteiligt. Zu diesen 42,4 Mill. Erwerbspersonen mit Wohnsitz im Bundesgebiet zählen sowohl Erwerbstätige, die unabhängig vom zeitlichen Umfang eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, als auch Erwerbslose, die sich aktiv um eine Arbeitsstelle bemühen und innerhalb von zwei Wochen eine Erwerbstätigkeit antreten können. Zu den Erwerbstätigen zählen neben jenen, die eine abhängige Beschäftigung ausüben, auch die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen, unabhängig davon, welche Bedeutung diese Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt besitzt. Nichterwerbspersonen hingegen sind alle jene, die weder eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben noch eine solche suchen.

Insgesamt 39,0 Mill. Menschen waren nach den Ergebnissen der Arbeitsmarktstatistik nach dem Konzept der International Labour Organization (ILO) im Jahresdurchschnitt 2006 in Deutschland erwerbstätig. Die sogenannte Erwerbstätigenquote, die den Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung angibt, lag im Jahr 2006 bei 68,8%. In den vergangenen zehn Jahren ist die Erwerbstätigenquote um 3,0 Prozentpunkte gestiegen.

Im selben Zeitraum waren 3,4 Mill. Männer und Frauen erwerbslos. Die Erwerbslosenquote lag bei 8,1%, sie gibt den Anteil der Erwerbslosen an den gleichaltrigen Erwerbspersonen an. Dieser Anteil erhöhte sich in den letzten zehn Jahren um 0,4 Prozentpunkte. Während die

Bevölkerung 2006 nach überwiegender Lebensunterhalt¹⁾



1) Vorläufige Ergebnisse des Mikrozensus. – 2) Rente, Pension; Eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Alternteil; Sozialhilfe/-geld, Grundsicherung (einschl. Asylbewerberleistungen); Leistungen aus einer Pflegeversicherung; Sonstige Unterstützungen (z.B. BAföG).

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0311

ARBEITSMARKT

Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Einheit	2004	2005	2006
Deutschland				
Erwerbspersonen	1 000	42 723	42 619	42 448
Erwerbstätige Inländer ²⁾	1 000	38 792	38 726	39 016
Erwerbslose	1 000	3 931	3 893	3 432
Nichterwerbspersonen	1 000	39 778	39 845	39 917
Erwerbstätigenquoten der 15- bis unter 65-jährigen	%	68,1	68,0	68,8
Erwerbslosenquoten der 15- bis unter 65-jährigen	%	9,2	9,1	8,1
Erwerbstätige im Inland³⁾	1 000	38 875	38 823	39 106
nach Wirtschaftsbereichen				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	873	850	849
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	8 019	7 883	7 802
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	1 000	7 633	7 506	7 431
Baugewerbe	1 000	2 254	2 165	2 156
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	9 797	9 764	9 786
Finanzierung, Vermietung und				
Unternehmensdienstleister	1 000	6 298	6 399	6 613
Öffentliche und private Dienstleister	1 000	11 634	11 762	11 900
Arbeitnehmer im Inland³⁾	1 000	34 653	34 467	34 714
nach Wirtschaftsbereichen				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	457	441	444
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	7 703	7 560	7 483
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	1 000	7 318	7 184	7 113
Baugewerbe	1 000	1 838	1 738	1 719
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	8 562	8 521	8 568
Finanzierung, Vermietung und				
Unternehmensdienstleister	1 000	5 385	5 430	5 614
Öffentliche und private Dienstleister	1 000	10 708	10 777	10 886

1) Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und der ILO-Telefonerhebung nach den Definitionen der International Labour Organization (ILO); Stand: Februar 2007. –

2) Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland (Inlandskonzept). – 3) Erwerbstätige bzw. Arbeitnehmer mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept).

Erwerbslosenquote bei den Männern (7,8%) zwischen 1996 und 2006 um 1,3 Prozentpunkte anstieg, nahm sie bei den Frauen um 0,9 Prozentpunkte auf 8,4% ab. Jüngere Personen unter 25 Jahren waren von der Erwerbslosigkeit besonders stark betroffen. Bei ihnen lag die Erwerbslosenquote im Jahresdurchschnitt 2006 bei 15,1% (1996: 13,2%). Informa-

tionen zum ILO-Konzept finden Sie unter: www.destatis.de, Thema: Arbeitsmarkt.

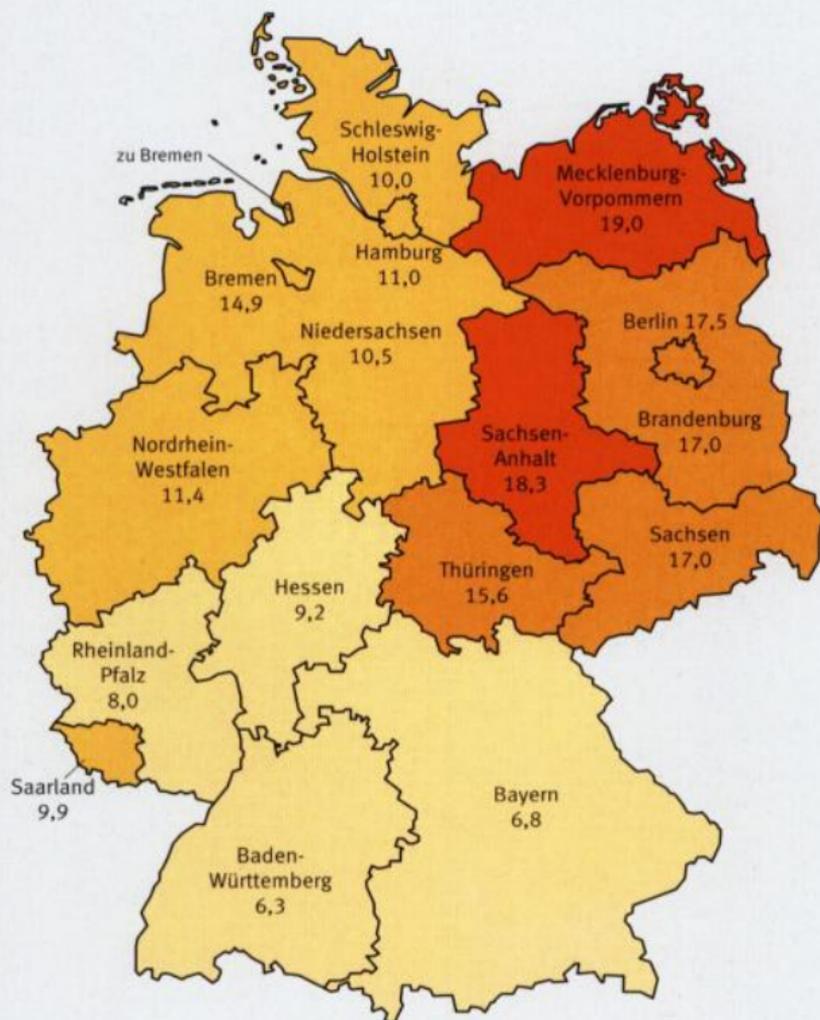
Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen, die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung ermittelt wird, lag im Jahresdurchschnitt 2006 bei 4,5 Mill. 3,0 Mill. registrierte Arbeitslose wurden im früheren Bundesgebiet ohne Berlin nachgewiesen

Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Einheit	2004	2005	2006
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin				
Erwerbstätige im Inland²⁾	1 000	31 673	31 681	31 909
nach Wirtschaftsbereichen				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	687	677	681
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	6 936	6 813	6 730
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 632	6 516	6 437
Baugewerbe	1 000	1 680	1 628	1 629
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	8 077	8 070	8 091
Finanzierung, Vermietung und				
Unternehmensdienstleister	1 000	5 172	5 267	5 438
Öffentliche und private Dienstleister	1 000	9 121	9 226	9 340
Arbeitnehmer im Inland²⁾	1 000	28 241	28 154	28 354
nach Wirtschaftsbereichen				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	292	289	296
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	6 686	6 558	7 793 ³⁾
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 383	6 262	...
Baugewerbe	1 000	1 379	1 321	...
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	7 066	7 051	} 20 265 ⁴⁾
Finanzierung, Vermietung und				
Unternehmensdienstleister	1 000	4 433	4 486	
Öffentliche und private Dienstleister	1 000	8 386	8 449	
Neue Länder und Berlin				
Erwerbstätige im Inland²⁾	1 000	7 202	7 142	7 197
nach Wirtschaftsbereichen				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	186	173	169
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 084	1 070	1 072
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 001	990	994
Baugewerbe	1 000	574	537	527
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	1 720	1 694	1 695
Finanzierung, Vermietung und				
Unternehmensdienstleister	1 000	1 126	1 132	1 175
Öffentliche und private Dienstleister	1 000	2 514	2 536	2 560
Arbeitnehmer im Inland²⁾	1 000	6 412	6 313	6 360
nach Wirtschaftsbereichen				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	165	152	148
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 017	1 002	1 409 ³⁾
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	1 000	935	923	...
Baugewerbe	1 000	459	417	...
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	1 496	1 470	} 4 803 ⁴⁾
Finanzierung, Vermietung und				
Unternehmensdienstleister	1 000	952	945	
Öffentliche und private Dienstleister	1 000	2 322	2 328	

1) Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nach den Definitionen der International Labour Organization (ILO); Stand: Oktober 2006/März 2007. – 2) Erwerbstätige bzw. Arbeitnehmer mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept). – 3) Produzierendes Gewerbe insgesamt. – 4) Dienstleistungen insgesamt.

und 1,5 Mill. in den neuen Ländern und Berlin. Die Arbeitslosenquote lag 2006 bei 10,8% (früheres Bundesgebiet ohne Berlin: 9,1%; neue Länder und Berlin: 17,3%).

Hierbei handelt es sich um Auszählungen von Verwaltungsunterlagen der Arbeitsagenturen. Diese registrierten Arbeitslosen können u.a. eine geringfügige Tätigkeit bis 15 Stunden im Sinne des Sozialversicherungsrechts ausüben und müssen eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen.

Arbeitslosenquoten¹⁾ 2006 nach Bundesländern

1) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen, Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0313

Lebensbedingungen



Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmer sind 2006 in Deutschland um 1,6% gestiegen, wobei die Tarifabschlüsse zwischen den einzelnen Branchen und Regionen variierten. Überdurchschnittlich nahmen die Tarifverdienste in der Energieversorgung in Baden-Württemberg mit 3,4% und im deutschen Metallgewerbe mit 3,0% zu. Deutlich geringer fielen die Tarifierhöhungen im Großhandel in Rheinland-Rheinessen mit 0,5% sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen in Deutschland mit 0,9% aus. Im Baugewerbe wurde die Arbeitszeit zu Beginn des Jahres 2006 erhöht. Dadurch kam es im Januar 2006 zu einem Rückgang der Stundenlöhne um 2,5%, der auch durch eine spätere Tarifierhöhung um 1% nicht kompensiert werden konnte.

Die niedrigsten tariflichen Stundenlöhne lagen 2006 bei rund 5 Euro. So betrug in Thüringen der Tariflohn für Wach- und Kontrollpersonal im Veranstaltungsdienst 4,38 Euro und im Objektsicherheitsdienst in Hessen 5,78 Euro. In Deutschland gibt es keinen gesetzlichen geregelten branchenübergreifenden Mindestlohn. Einigen sich die Tarifparteien in einem bestimmten Tarifvertrag auf einen Mindestlohn, dann kann dieser Mindestlohn vom Gesetzgeber für allgemeinverbindlich erklärt werden. Dieser Mindestlohn ist dann für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer bindend, auch für die, die nicht Mitglied in den Tarifvertrag abschließenden Verbänden und Gewerkschaften sind. Sogenannte allgemeinverbindliche Mindestlöhne gibt es in Deutschland nur in fünf Bereichen.

Auch im Jahr 2006 verdienten Frauen im früheren Bundesgebiet deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. So erreichten die vollzeitbeschäftigten Frauen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 2662 Euro 79,9% des Männerverdienstes in Höhe von 3330 Euro. Günstiger fiel diese Relation in den neuen Ländern aus. Hier kamen die Frauen auf 88,3% des Durchschnittsverdienstes der Männer bei allerdings erheblich niedrigerem allgemeinem Verdienstniveau (2108 Euro gegenüber 2388 Euro). In längerfristiger Betrachtung zeigt sich eine allmähliche Annäherung der Frauenverdienste an die der Männer. Im Jahr 1957 hatten in der damaligen Bundesrepublik Deutschland Arbeiterinnen 57,4% und weibliche Angestellte 54,9% der jeweiligen Männerverdienste erzielt. In den 49 Jahren seither hat sich diese Relation auf 74,6% bei Arbeiterinnen und auf 71,9% bei Angestellten erhöht.

Die aktuellen Verdienstunterschiede dürften im Wesentlichen darauf zurückgehen, dass Frauen – im Gegensatz zu Männern – in geringerem Umfang Tätigkeiten ausüben, bei denen höhere Anforderungen an die berufliche Vorbildung und Qualifikation gestellt werden. So sind beispielsweise 12,7% der Arbeiterinnen als Fachkräfte und 45,6% als ungelernete Kräfte eingesetzt, bei Arbeitern machen dagegen die Anteile von Facharbeitern 60,6% und von ungelerten Kräfte 9,8% aus. Von den weiblichen Angestellten arbeiten 37,9% als Bürofachkräfte und ungelernete Kräfte, von den männlichen dagegen nur 15,2%. In den neuen Ländern sind diese

VERDIENSTE UND ARBEITSKOSTEN

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Früheres Bundesgebiet¹⁾				
Wochenarbeitszeiten der Angestellten	2000=100	100,0	100,0	100,2
Männer	2000=100	100,0	100,0	100,2
Frauen	2000=100	100,0	100,0	100,1
Monatsgehälter der Angestellten	2000=100	109,5	110,9	112,1
Männer	2000=100	109,5	110,9	112,2
Frauen	2000=100	109,5	110,7	111,8
Neue Länder und Berlin-Ost¹⁾				
Wochenarbeitszeiten der Angestellten	2000=100	99,9	99,8	99,3
Männer	2000=100	99,9	99,8	99,4
Frauen	2000=100	99,9	99,8	99,2
Monatsgehälter der Angestellten	2000=100	112,1	113,5	114,9
Männer	2000=100	111,5	113,1	114,9
Frauen	2000=100	112,6	113,9	114,9

1) In der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften.

Unterschiede schwächer ausgeprägt; hieraus erklären sich zum Teil die geringeren Verdienstunterschiede.

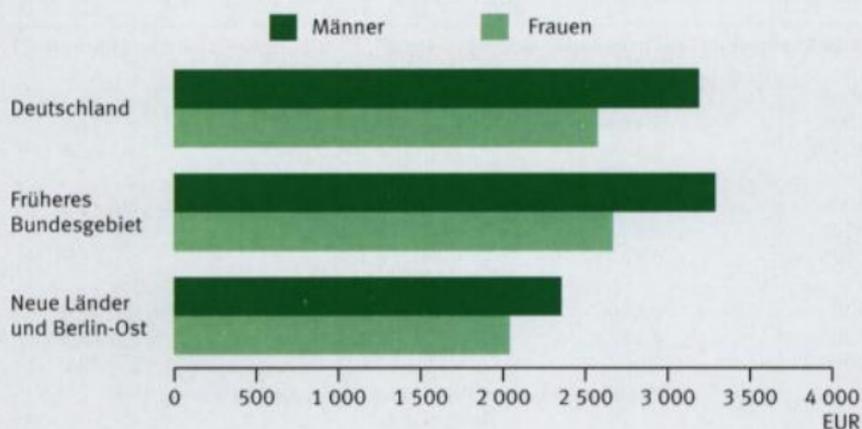
Eine Rolle spielt auch der unterschiedliche Frauenanteil in den Wirtschaftszweigen. Er beträgt beispielsweise im Einzelhandel – einem Wirtschaftszweig mit relativ niedrigen Verdiensten – rund 53,6%, im Produzierenden Gewerbe mit seinem relativ hohen Verdienstniveau dagegen nur 17,1%.

VERDIENSTE UND ARBEITSKOSTEN

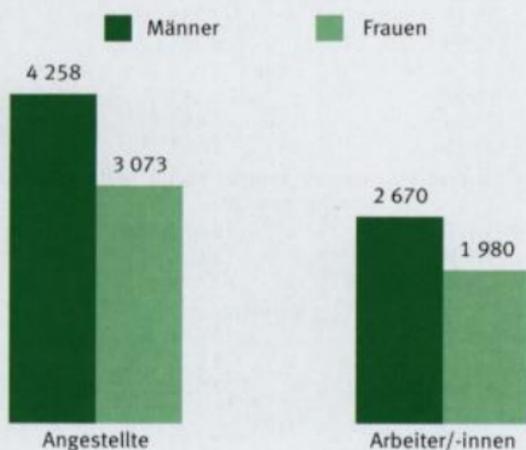
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Deutschland¹⁾				
Wochenarbeitszeiten der Arbeiter/-innen ..	2000=100	100,0	100,0	100,3
Männer	2000=100	100,0	100,0	100,4
Frauen	2000=100	100,0	100,0	100,0
Stundenlöhne der Arbeiter/-innen	2000=100	109,0	110,3	111,9
Männer	2000=100	108,9	110,1	111,7
Frauen	2000=100	110,0	111,5	113,9
Wochenlöhne der Arbeiter/-innen	2000=100	109,0	110,2	112,3
Männer	2000=100	108,9	110,1	112,1
Frauen	2000=100	110,0	111,5	113,9
Früheres Bundesgebiet¹⁾				
Wochenarbeitszeiten der Arbeiter/-innen ..	2000=100	100,0	100,0	100,3
Männer	2000=100	100,0	100,0	100,3
Frauen	2000=100	100,0	100,0	100,0
Stundenlöhne der Arbeiter/-innen	2000=100	109,0	110,2	111,9
Männer	2000=100	108,9	110,1	111,7
Frauen	2000=100	109,8	111,2	113,6
Wochenlöhne der Arbeiter/-innen	2000=100	109,0	110,3	112,2
Männer	2000=100	108,9	110,1	112,0
Frauen	2000=100	109,8	111,2	113,6
Neue Länder und Berlin-Ost¹⁾				
Wochenarbeitszeiten der Arbeiter/-innen ..	2000=100	99,9	99,9	100,4
Männer	2000=100	99,9	99,9	100,5
Frauen	2000=100	99,9	99,9	99,8
Stundenlöhne der Arbeiter/-innen	2000=100	109,0	110,3	112,4
Männer	2000=100	108,5	109,8	111,7
Frauen	2000=100	112,5	114,5	117,0
Wochenlöhne der Arbeiter/-innen	2000=100	108,9	110,2	112,8
Männer	2000=100	108,4	109,6	112,3
Frauen	2000=100	112,4	114,3	116,8
Deutschland¹⁾				
Wochenarbeitszeiten der Angestellten	2000=100	100,0	100,0	100,0
Männer	2000=100	100,0	100,0	100,1
Frauen	2000=100	100,0	100,0	99,9
Monatsgehälter der Angestellten	2000=100	109,8	111,2	112,5
Männer	2000=100	109,7	111,1	112,5
Frauen	2000=100	110,1	111,3	112,4

1) In der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste 2006 Arbeiter/-innen und Angestellte¹⁾



Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste 2006 nach Arbeitnehmergruppen¹⁾



1) Produzierendes Gewerbe.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0315

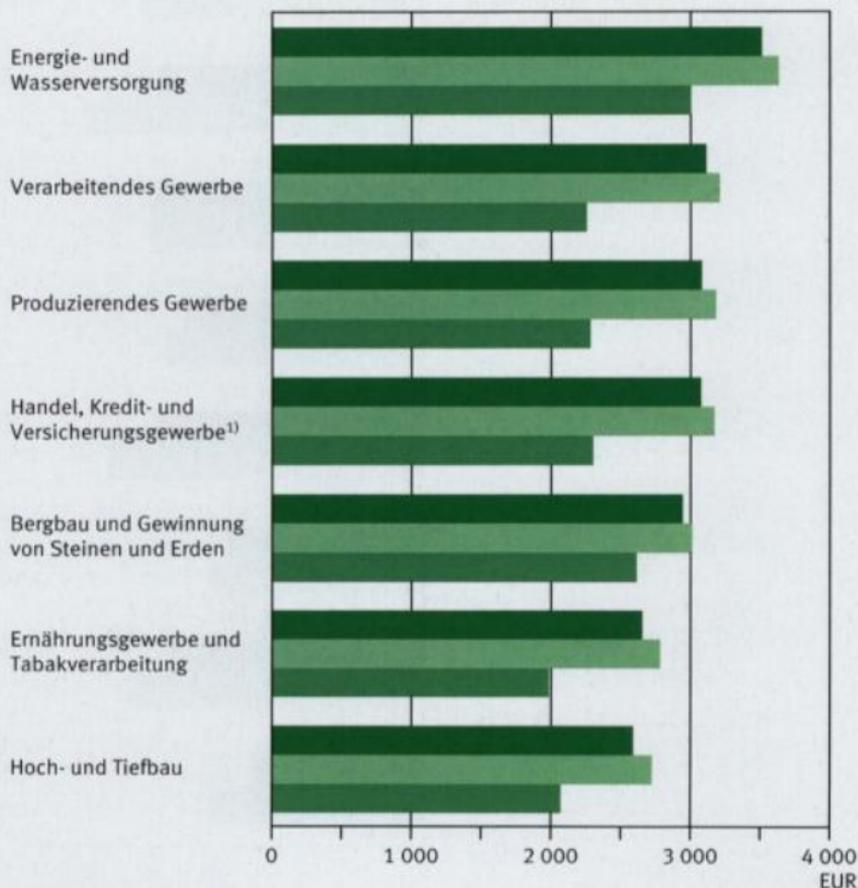
VERDIENSTE UND ARBEITSKOSTEN

Jahr	Bruttomonatsverdienste		Ost-West-Relation
	früheres Bundesgebiet	neue Länder und Berlin-Ost	
	EUR		%
Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe¹⁾			
Insgesamt			
2004	3 062	2 215	72,3
2005	3 118	2 263	72,6
2006	3 173	2 304	72,6
Männer			
2004	3 223	2 299	71,3
2005	3 276	2 346	71,6
2006	3 330	2 388	71,7
Frauen			
2004	2 556	2 027	79,3
2005	2 612	2 071	79,3
2006	2 662	2 108	79,2
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe¹⁾			
Insgesamt			
2004	2 594	1 920	74,0
2005	2 626	1 960	74,6
2006	2 669	1 994	74,7
Männer			
2004	2 681	1 994	74,4
2005	2 712	2 036	75,1
2006	2 754	2 071	75,2
Frauen			
2004	1 997	1 555	77,9
2005	2 024	1 586	78,4
2006	2 055	1 611	78,4
Angestellte im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe¹⁾			
Insgesamt			
2004	3 470	2 572	74,1
2005	3 538	2 626	74,2
2006	3 595	2 679	74,5
Männer			
2004	3 847	2 881	74,9
2005	3 909	2 925	74,8
2006	3 964	2 981	75,2
Frauen			
2004	2 738	2 229	81,4
2005	2 799	2 283	81,6
2006	2 850	2 327	81,6

1) Daten wurden an den neuen Berichterstattekreis angepasst.

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer 2006 nach Wirtschaftszweigen

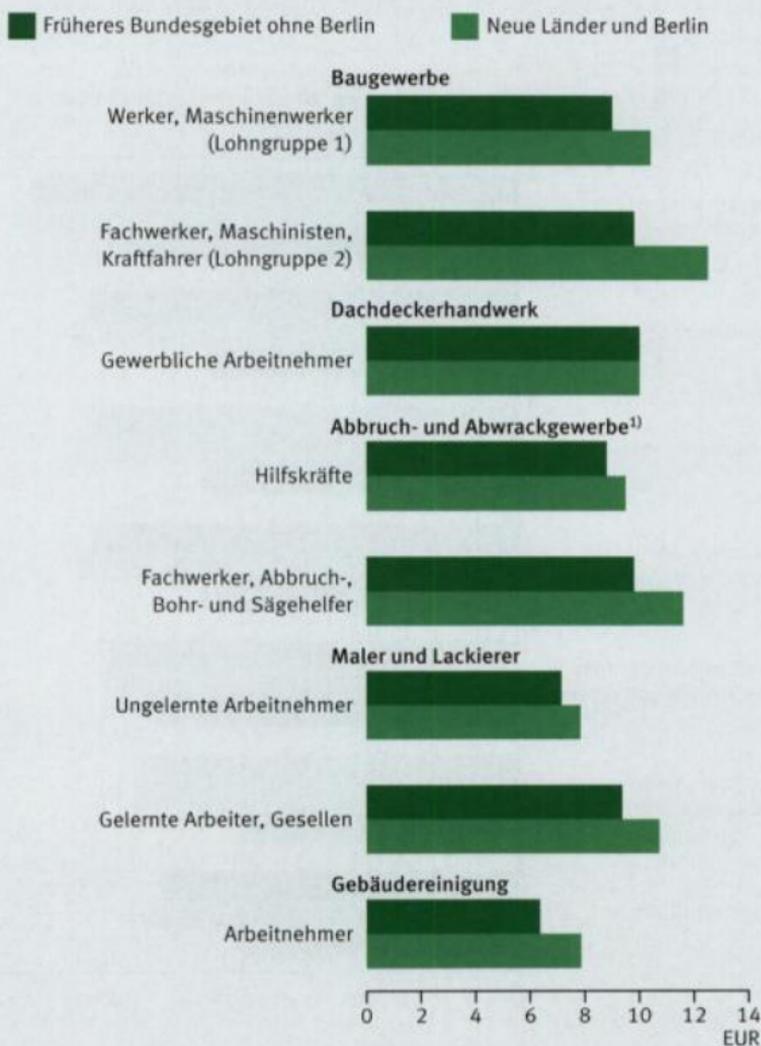
■ Deutschland
■ Früheres Bundesgebiet ■ Neue Länder und Berlin-Ost



1) Nur Angestellte.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0314

Allgemeinverbindliche Mindestlöhne in Deutschland 2007



1) Z. B. Häuser, Schiffe, Kräne.

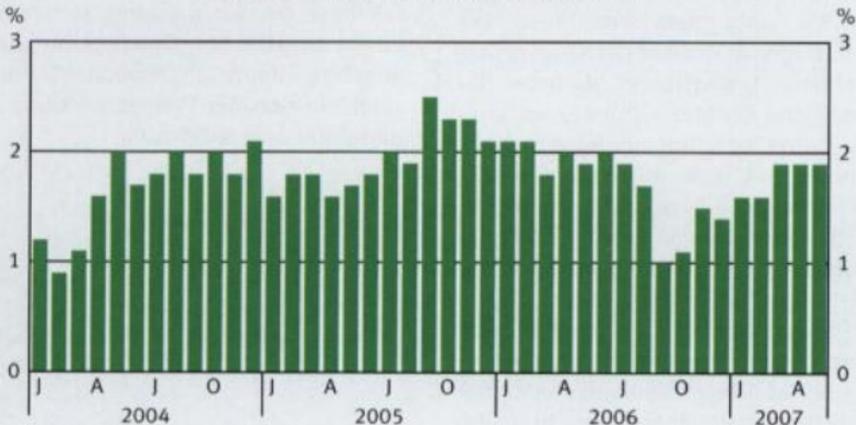
Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt 2006 gegenüber 2005 um 1,7% gestiegen. Die Jahresteuerrate fiel damit deutlich niedriger aus als im Jahr 2005 (+ 2,0%).

Für die Preisentwicklung 2006 sind vor allem die Energiepreise verantwortlich. Energieprodukte (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) verteuerten sich 2006 um 8,5% und wirkten fast im gesamten Jahr preistreibend. Ohne Einrechnung von Energie hätte die jahresdurchschnittliche Teuerung nur 0,9% betragen. Unter allen Energiepreisen stiegen die Preise für Gas am stärksten (+ 17,7%). Mineralölprodukte verteuerten sich 2006 um 6,5% (davon Kraftstoffe: + 5,6% und leichtes Heizöl: + 10,7%).

Überdurchschnittliche Preissteigerungen beim Jahresergebnis 2006 waren bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+ 1,9) zu beobachten. Insbesondere für Obst (+ 2,4%), Gemüse (+ 8,2%, darunter: Speiskartoffeln + 26,4%, Lauch + 22,3%, Zwiebeln + 15,0%) sowie Fische und Fischwaren (+ 4,8%) mussten die Verbraucher höhere Preise in Kauf nehmen als im Jahr 2005. Leicht rückläufig waren dagegen die Preise für Molkereiprodukte und Eier (- 0,1%).

Im Gegensatz zu 2005 spielten Steuererhöhungen für die Gesamtinflationshöhe kaum eine Rolle. Der Verbraucherpreisindex des Jahres 2006 war nur noch teilweise vom Inkrafttreten der letzten Tabaksteuererhöhung zum 1. September 2005 betroffen. Der Inflationsbeitrag der

Verbraucherpreisindex für Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0317

VERBRAUCHERPREISE

Gegenstand der Nachweisung	2004	2005	2006
Deutschland 2000 = 100			
Verbraucherpreisindex	106,2	108,3	110,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	104,8	105,3	107,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	119,1	129,2	133,7
Bekleidung, Schuhe	100,0	98,1	97,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	106,5	109,5	112,7
Einrichtungsgegenstände u. Ä. für den Haushalt			
sowie deren Instandhaltung	102,0	101,8	101,8
Gesundheitspflege	122,1	124,4	125,4
Verkehr	109,3	113,9	117,1
Nachrichtenübermittlung	95,6	94,3	91,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	99,7	99,8	99,9
Bildungswesen	109,7	112,1	115,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	107,3	108,4	109,7
Andere Waren und Dienstleistungen	108,3	109,3	110,3

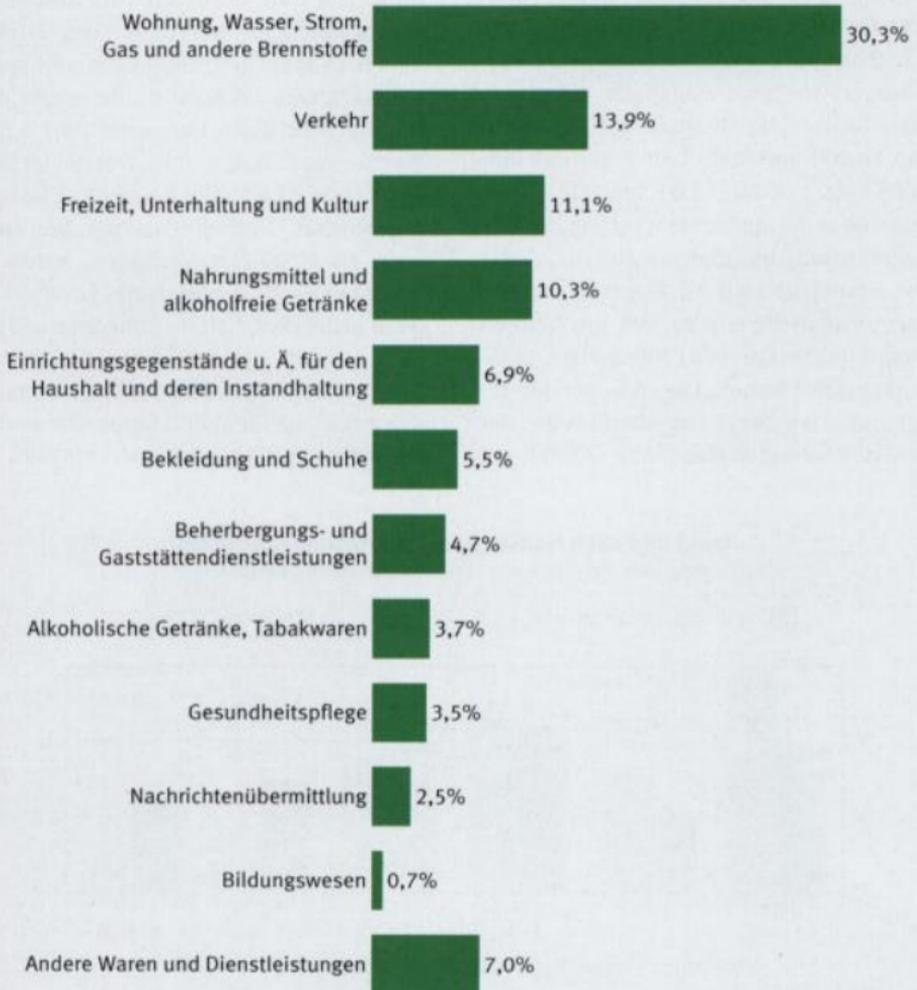
Preiserhöhung für Tabakwaren (+ 5,2% gegenüber dem Vorjahr) betrug nur noch 0,1 Prozentpunkte.

Insgesamt lagen die Preise für Verbrauchsgüter (wie Nahrungsmittel, Energie, Körperpflege und Zeitungen) 2006 um 4,3% über dem Vorjahresdurchschnitt. Dagegen wurden Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer (darunter Bekleidung und Schuhe: -0,9%) und langlebige Gebrauchsgüter um jeweils 0,4% billiger als im Vorjahr angeboten. Besonders verbraucherfreundlich entwickelten sich neben einigen Erzeugnissen der Unterhaltungselektronik (darunter Camcorder: -10,2%, Farbfernseher: -14,5% und Personalcomputer: -14,7%) auch die Preise für Foto- und Filmausrüstungen (-8,0%). Dienstleistungen lagen um 1,0% über dem Vorjahresstand. Hier sind vor allem die Wohnungsmieten (Nettokalmmieten) zu nennen, deren jährliche

Preisentwicklung seit 2000 unter der des Verbraucherpreisindex liegt.

Nach der Mehrwertsteuererhöhung von 16% auf 19% setzte eine breite öffentliche Diskussion über die Preiswirkungen ein. Das Statistische Bundesamt begleitet diese Diskussion unter anderem mit einem zusätzlichen Online-Informationsangebot, dem „Preismonitor“. Dieser zeigt grafisch die Preisentwicklung ausgewählter Güterarten auf.

**Wägungsschema 2000
für den Verbraucherpreisindex für Deutschland**



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0316

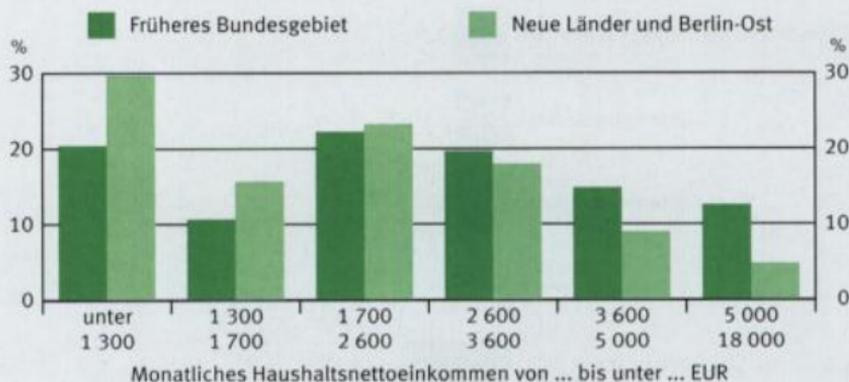
Mit den Ergebnissen der Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) stellt das Statistische Bundesamt jährliche Angaben über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nahezu aller privaten Haushalte mit Ausnahme der Haushalte von Selbstständigen und Landwirten sowie ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 und mehr bereit. Für das Jahr 2005 liegen aus den LWR neueste Ergebnisse über die Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte vor. Grundlage sind die Angaben derjenigen privaten Haushalte, die im Rahmen ihrer Teilnahme an den LWR ein Haushaltsbuch geführt haben. Die vorliegenden Ergebnisse wurden, ausgehend von der Zahl der befragten Haushalte (7 579), auf

die Grundgesamtheit von rund 35,6 Mill. Haushalten hochgerechnet.

Das monatliche Nettoeinkommen der Haushalte im früheren Bundesgebiet lag im Jahr 2005 bei 2 893 Euro, in den neuen Ländern und Berlin-Ost verfügten die Haushalte im Schnitt über einen Betrag von 2 220 Euro. Das waren 76,7% des Westniveaus. Während im Westen im Jahr 2005 rund 20,4% aller Haushalte über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1 300 Euro verfügten, waren es im Osten 2,7%. Andererseits konnte fast jeder achte Haushalt im früheren Bundesgebiet auf ein Nettoeinkommen zwischen 5 000 und 18 000 Euro zurückgreifen, in den neuen Ländern und Berlin-Ost war es nur jeder einundzwanzigste Haushalt.

Haushalte nach Haushaltsnettoeinkommensklassen

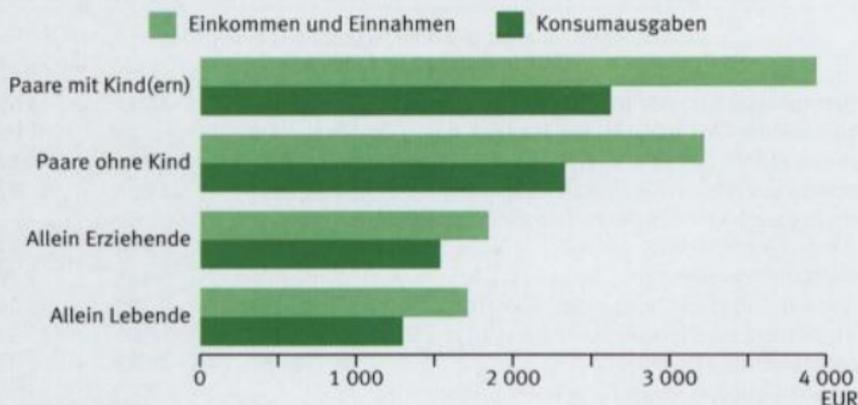
Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2005¹⁾



1) Ohne Haushalte von Selbstständigen und Landwirten/-wirtinnen und ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0319

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen und private Konsumausgaben Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2005¹⁾



1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0318

Die Haushalte in Deutschland verwendeten im Jahr 2005 knapp drei Viertel ihrer ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen für den Privaten Konsum (70,9%). Im früheren Bundesgebiet waren dies mit einem Anteil von 70,2% durchschnittlich 2 069 Euro und in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit einem Anteil von 74,7% durchschnittlich 1 685 Euro.

Die Ausgaben für die Grundbedürfnisse Wohnen, Ernähren und Kleiden in deutschen Haushalten betragen mit 1 025 Euro etwa die Hälfte (51,4%) ihrer Verbrauchsausgaben. Im früheren Bundesgebiet waren es 1 065 Euro und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 852 Euro, wobei der größte Anteil für Wohnungsmieten, Energiekosten und Wohnungsinstandhaltung ausgegeben wurde (West 33,4% und Ost 31,8%).

Größe und Zusammensetzung der Haushalte spielen eine wesentliche Rolle hinsichtlich der Einnahmen- und Ausgabenstruktur. Deutlich wird dies bei der Gegenüberstellung ausgewählter Haushaltstypen wie Paare ohne und mit Kind(ern), allein Lebende und allein Erziehende.

EINNAHMEN UND AUSGABEN PRIVATER HAUSHALTE

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
----------------------------	-------------	-----------------------	----------------------------

Zusammensetzung der Einkommen und Einnahmen 2005 (EUR je Haushalt und Monat)

Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 087	2 207	1 569
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	20	21	(16)
Einnahmen aus Vermögen	334	371	177
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	869	867	879
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung	186	200	125
Haushaltsbruttoeinkommen	3 496	3 665	2 766
– Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag	353	385	217
– Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	376	387	329
= Haushaltsnettoeinkommen	2 766	2 893	2 220
+ Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	50	53	35
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 816	2 946	2 255
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	782	873	395

Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen 2005 (EUR je Haushalt und Monat)

Private Konsumausgaben	1 996	2 069	1 685
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	268	274	242
Bekleidung und Schuhe	95	99	75
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	662	692	535
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	125	131	100
Gesundheitspflege	83	91	49
Verkehr	270	274	254
Nachrichtenübermittlung	62	63	57
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	232	236	216
Bildungswesen	13	13	9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	106	112	83
Andere Waren und Dienstleistungen	81	84	65
Andere Ausgaben	1 564	1 714	916
dar.: Tilgung und Verzinsung von Krediten ¹⁾	241	259	167
darunter:			
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	80	87	51
Zinsen für Konsumentenkredite ¹⁾	7	7	6
Ausgaben für die Bildung von Geld- und Sachvermögen	1 001	1 110	533

1) Einschließlich Überziehungszinsen.

EINNAHMEN UND AUSGABEN PRIVATER HAUSHALTE

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			
	allein Lebende	allein Erziehende	Paare	
			ohne Kind	mit Kind(ern)
Zusammensetzung der Einkommen und Einnahmen 2005 (EUR je Haushalt und Monat)				
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	1 084	1 129	1 987	3 729
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	/	/	(30)	(37)
Einnahmen aus Vermögen	186	104	422	451
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen ...	716	641	1 244	611
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung	126	288	217	178
Haushaltsbruttoeinkommen	2 113	2 162	3 900	5 007
– Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag	219	132	355	555
– Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	217	216	395	587
= Haushaltsnettoeinkommen	1 678	1 814	3 150	3 866
+ Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstige Einnahmen	28	25	64	66
= Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	1 707	1 840	3 214	3 932
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten .	538	(351)	1 135	820
Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen 2005 (EUR je Haushalt und Monat)				
Private Konsumausgaben	1 294	1 533	2 328	2 620
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	149	227	307	395
Bekleidung und Schuhe	55	84	100	145
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	496	564	729	824
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	64	83	163	187
Gesundheitspflege	55	35	125	72
Verkehr	145	159	332	343
Nachrichtenübermittlung	46	71	58	79
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	151	161	281	311
Bildungswesen	5	(24)	4	39
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	65	60	141	130
Andere Waren und Dienstleistungen	64	66	88	96
Andere Ausgaben	997	656	1 944	2 057
dar.: Tilgung und Verzinsung von Krediten ¹⁾	91	120	265	509
darunter:				
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	30	(31)	78	193
Zinsen für Konsumentenkredite ¹⁾	5	(5)	6	12
Ausgaben für die Bildung von Geld- und Sachvermögen	693	286	1 283	1 169

1) Einschließlich Überziehungszinsen.

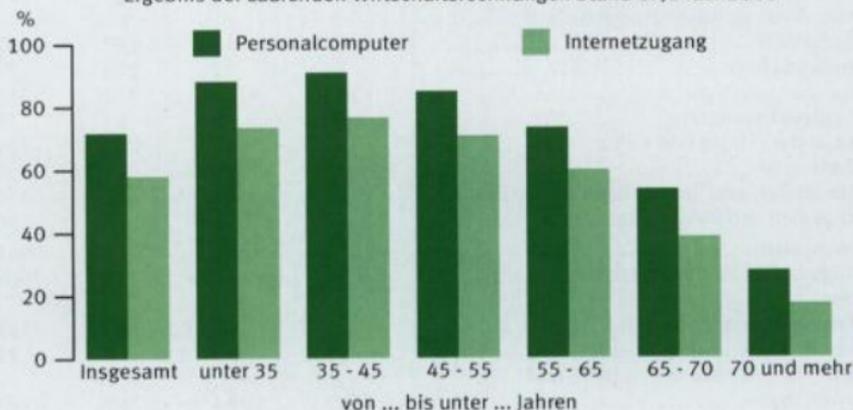
AUSSTATTUNG PRIVATER HAUSHALTE

Die Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ermöglichen auch einen Einblick in die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern. Der Vergleich der für das Jahr 2006 vorliegenden Ergebnisse zur Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern mit den entsprechenden Daten des Jahres 2000 zeigt zum Teil sehr ausgeprägte Entwicklungstrends insbesondere bei der Ausstattung mit Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologien. So hat sich beispielsweise in den letzten sechs Jahren ein beeindruckender Ausstattungsschub mit Personalcomputern (PC), Internet, Online-Diensten und Mobiltelefonen in den Haushalten vollzogen. Anfang 2006 lag die Anzahl der Haushalte mit Internetzugang bei 20,6 Mill. und damit knapp vier

Mal so hoch wie im Jahr 2000 (5,6 Mill.). Während Anfang 2000 nur etwa jeder sechste Haushalt (16,4%) in Deutschland einen Internetzugang besaß, war es im Januar 2006 bereits jeder zweite (57,9%). Natürlich hat sich auch die Ausstattung der Privathaushalte mit PC weiterentwickelt.

Nachdem im Jahr 2000 47,3% der Haushalte in Deutschland einen PC besaßen, waren es im Jahr 2006 bereits 71,6%. Die Anzahl der PC in Privathaushalten hat sich damit von 16,3 auf 25,4 Mill. erhöht. Auch der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen ist in den vergangenen sechs Jahren weiter gestiegen. Zu Beginn des Jahres 2000 gab es rund 10,2 Mill. Handys in Privathaushalten. Bis Anfang 2006 stieg ihre Anzahl auf 28,7 Mill. Während somit im Jahr 2000 erst rund 29,8% der Haus-

Ausstattung privater Haushalte mit PC und Internetzugang nach Alter des/der Haupteinkommenbeziehers/-bezieherin
Ergebnis der Laufenden Wirtschaftsrechnungen Stand 1. Januar 2006



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0320

AUSSTATTUNG PRIVATER HAUSHALTE

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	2000	2006	2000	2006	2000	2006
Ausstattungsgrad¹⁾ je 100 Haushalte						
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton						
Fernseher	95,9	95,2	95,5	94,7	97,5	97,5
dar. Flachbildfernseher (LCD, Plasma)	5,0	.	5,1	.	(4,9)
DVD-Player/Recorder	59,3	.	60,0	.	56,0
Camcorder (Videokamera) analog	13,6	.	13,3	.	14,9
Camcorder (Videokamera) digital	7,5	.	7,4	.	8,0
Fotoapparat analog	73,6	.	73,1	.	75,9
Fotoapparat digital	41,8	.	42,9	.	36,9
MP3-Player	22,8	.	23,4	.	20,3
Satellitenempfangsanlage	31,5	40,3	32,2	41,7	28,8	34,2
Kabelanschluss	54,0	51,6	51,4	49,1	64,6	62,0
CD-Player/CD-Recorder (auch im PC)	76,9	.	77,8	.	73,2
Minidisc-Player/Recorder	10,5	.	10,6	.	10,2
Spielkonsole	14,4	.	15,1	.	11,0
PC und Nachrichtenübermittlung						
Personalcomputer	47,3	71,6	48,2	72,2	43,4	69,0
PC stationär	45,6	64,5	46,4	64,9	42,2	62,6
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop)	5,5	21,3	6,0	21,9	(3,2)	18,5
Internetanschluss, -zugang	16,4	57,9	17,4	58,6	12,2	54,9
ISDN-Anschluss	7,7	25,1	8,7	27,3	(3,8)	15,5
Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	29,8	80,6	30,2	80,5	28,4	81,2
Anrufbeantworter	41,4	48,7	42,5	48,8	36,8	48,2
Telefaxgerät stationär	14,9	18,9	16,3	19,8	9,2	15,0
Navigationssystem	7,7	.	8,1	.	6,2
Elektrische Haushaltsgeräte						
Gefrierschrank, -truhe	71,3	72,3	72,1	73,7	67,7	66,5
Geschirrspülmaschine	48,3	61,6	52,0	63,7	32,5	52,4
Mikrowellengerät	56,1	68,0	58,0	68,0	48,2	67,8
Wäschetrockner	31,8	34,5	35,7	38,6	15,3	16,7

1) Anzahl der Haushalte, in denen die entsprechenden Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf Haushalte insgesamt der jeweiligen Spalte.

halte ein Handy besaßen, waren es 2006 80,6% der Haushalte. Bei einer differenzierten Betrachtung nach dem Alter des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin sind erhebliche Unterschiede im Ausstattungsgrad vieler Gebrauchsgüter erkennbar.

SOZIALE SICHERUNG

Die Sozialleistungen umfassen alle Geld- und Sachleistungen, die privaten Haushalten oder Einzelpersonen vom Staat bzw. von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder von Unternehmen zur Deckung bestimmter sozialer Risiken und Bedürfnisse gewährt werden. Sie dienen der sozialen Absicherung gegenüber Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und dem Alter. Außerdem umfassen die Sozialleistungen den Familienleistungsausgleich, die Sozialhilfe sowie andere sozialpolitische Aufgaben wie die Kinder- und Jugendhilfe oder die Unterstützung behinderter Menschen. Finanziert werden sie im Wesentlichen durch Beiträge der Sozialversicherten

und der Arbeitgeber sowie durch Zuweisungen des Staates.

Rund 50 Mill. Menschen waren im Jahr 2006 in Deutschland Mitglieder (einschließlich Rentnerinnen und Rentnern) einer der 266 Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Jahr 2005 tätigten die Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung Ausgaben in Höhe von 144 Mrd. Euro.

2,0 Mill. Pflegebedürftige erhielten Ende 2006 Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung. Zu Hause wurden 1,3 Mill. Leistungsempfänger/-innen durch Angehörige oder durch ambulante Pflegedienste bzw. in teilstationären Einrichtungen betreut, in den Pflegeheimen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
Gesetzliche Rentenversicherung¹⁾				
Allgemeine Rentenversicherung				
Rentenbestand am 1.7.	1 000	22 743	23 066	23 276
Einnahmen	Mill. EUR	233 986	234 012	236 586
Ausgaben	Mill. EUR	236 741	237 770	240 480
Knappschaftliche Rentenversicherung				
Rentenbestand am 1.7.	1 000	997	1 015	1 029
Einnahmen	Mill. EUR	14 872	14 867	14 787
Ausgaben	Mill. EUR	14 902	14 895	14 786
Schwerbehinderte Menschen²⁾				
Insgesamt	1 000	6 639	X	6 765
unter 25 Jahre	1 000	271	X	273
25 bis unter 60 Jahre	1 000	2 026	X	2 071
60 Jahre und älter	1 000	4 342	X	4 421
Wohngeld				
Empfängerhaushalte ³⁾	1 000	3 389	3 524	781
Ausgaben ⁴⁾	Mill. EUR	4 859	5 183	1 235
Kriegsopferfürsorge²⁾				
Ausgaben	Mill. EUR	X	588	X

1) Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. – 2) Statistik wird nur alle 2 Jahre durchgeführt (Erhebungstichtag: 31.12.). – 3) Am Jahresende. – 4) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Gesetzliche Krankenversicherung¹⁾				
Kassen ²⁾³⁾	Anzahl	287	270	266
Mitglieder (einschl. Rentner/-innen) ³⁾	1 000	50 625	50 408	50 471
Einnahmen ⁴⁾	Mill. EUR	142 460	143 828	...
Ausgaben ⁴⁾	Mill. EUR	140 178	143 809	...
Soziale Pflegeversicherung¹⁾				
Versicherte am 1.10.	1 000	70 293	70 586	70 390
Leistungsempfänger/-innen am Jahresende	1 000	1 926	1 952	1 969
Pflegestufe I	1 000	991	1 011	1 033
Pflegestufe II	1 000	686	688	683
Pflegestufe III (einschl. Härtefälle)	1 000	249	253	252
Leistungsausgaben ⁵⁾	Mill. EUR	16 745	17 002	17 141
dar.: für vollstationäre Pflege	Mill. EUR	8 350	8 516	8 672
Pflegeeinrichtungen⁶⁾				
Zugelassene ambulante Pflegedienste	Anzahl	X	10 977	X
Zugelassene Pflegeheime	Anzahl	X	10 424	X
Beschäftigte in Pflegediensten	Anzahl	X	214 307	X
Beschäftigte in Pflegeheimen	Anzahl	X	546 397	X

1) Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. – 2) Ohne Erstreckungskassen. – 3) Durchschnitt errechnet aus 12 Monatswerten. – 4) Ohne Risikostrukturausgleich. – 5) 2006 vorläufiges Ist-Ergebnis ohne Berücksichtigung der zeitlichen Rechnungsabgrenzung. – 6) Statistik wird nur alle 2 Jahre durchgeführt (Erhebungsstichtag: 15.12.).

wurden 659 000 Menschen vollstationär versorgt. Die Leistungsausgaben der Pflegekassen für das Jahr 2006 betragen 17,1 Mrd. Euro. Die Beitragseinnahmen der sozialen Pflegeversicherung beliefen sich auf 18,4 Mrd. Euro.

Am Jahresende 2005 erhielten in Deutschland nur noch rund 273 000 Personen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Ursache für den drastischen Rückgang dieser Empfängerzahl gegenüber dem Vorjahr ist das Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) zum 1. Januar 2005. Im Jahr 2005 wurden in Deutschland netto insgesamt 17,6 Mrd. Euro für Sozialhilfeleistungen nach dem zum 1. Januar 2005 neu geschaffenen Zwölften

Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) ausgegeben. 10,1 Mrd. Euro hiervon entfielen auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Die Gesamtausgaben für Sozialhilfeleistungen 2005 sind aufgrund zahlreicher gesetzlicher Änderungen nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar. So wurden zum Beispiel ebenfalls zum Jahresbeginn 2005 das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in das SGB XII eingeordnet. Die Ausgaben für die Empfänger/-innen dieser Leistung wurden daher im Jahr 2005 erstmals als Bestandteil der Sozialhilfe-Ausgaben erfasst.

1,4 Mill. Menschen bezogen im Jahr 2006 Arbeitslosengeld nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III). Für diese Leis-

SOZIALE SICHERUNG

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Gesetzliche Unfallversicherung¹⁾²⁾				
Versicherte	1 000	57 803	57 761	...
Rentenbestand	1 000	1 093	1 077	...
Einnahmen	Mill. EUR	14 542	14 447	...
Ausgaben	Mill. EUR	14 556	14 390	...
Arbeitsförderung nach SGB III³⁾				
darunter:				
Arbeitslosengeld Empfänger/-innen	1 000	1 845	1 728	1 445
Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II³⁾				
Empfänger/-innen insgesamt	1 000	–	6 756	7 347
Arbeitslosengeld II (Alg II) Empfänger/-innen ⁴⁾	1 000	–	4 982	5 392
Sozialgeld Empfänger/-innen ⁴⁾	1 000	–	1 774	1 955
Bundesagentur für Arbeit				
Einnahmen	Mill. EUR	50 315	52 692	55 384
Ausgaben	Mill. EUR	54 490	53 089	44 169
darunter:				
Arbeitslosengeld	Mill. EUR	29 072	27 019	22 899
Mittel des Bundes Arbeitslosengeld II und Sozialgeld ⁵⁾	Mill. EUR	–	/	23 045

1) Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. – 2) Ohne Schülerunfallversicherung. – 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 4) Hochgerechnete Zahlen für das Bundesgebiet. – 5) Die Ergebnisse repräsentieren ausschließlich die über die Finanzsysteme der BA realisierten Volumina, die Finanzdaten der nach § 6a SGB II zugelassenen kommunalen Träger (Optionskommunen) sind darin nicht enthalten.

tungen wurden im Jahr 2006 insgesamt 22,9 Mrd. Euro aufgewendet. Im Jahr 2006 wurden zudem an 5,4 Mill. Arbeitslosengeld II – Empfänger und 2,0 Mill. Sozialgeldempfänger 23,0 Mrd. Euro gezahlt. Diese Leistungen gibt es seit dem 1. Januar 2005 nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Hierzu gehören das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld. In diesen beiden Leistungen sind die bisherige Arbeitslosenhilfe und die bisherige Sozialhilfe im engeren Sinne (laufende

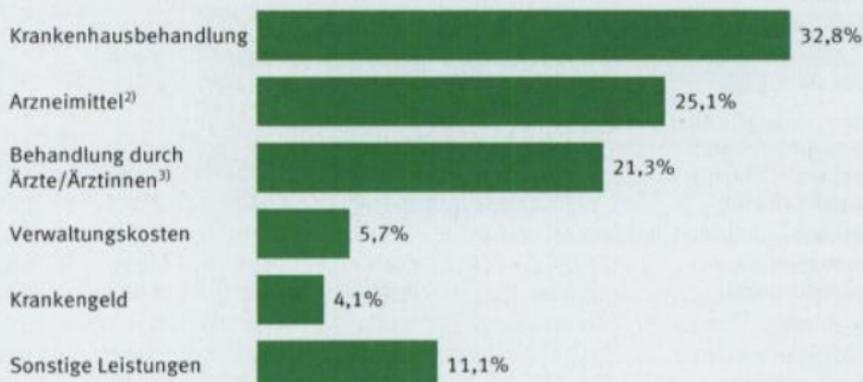
Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) zusammengeführt.

Im Jahr 2005 wandte die öffentliche Hand für die Jugendhilfe 20,9 Mrd. Euro auf, darunter 11,5 Mrd. Euro (55%) für Kindertageseinrichtungen. Die Ausgaben für die Hilfe zur Erziehung betragen 5,7 Mrd. Euro, für Jugendarbeit standen 1,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
Sozialhilfe				
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt				
Empfänger/-innen ¹⁾	1 000	2 833	2 926	273
Ausgaben (netto)	Mill. EUR	8 747	8 816	615
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ²⁾				
Empfänger/-innen ¹⁾	1 000	439	526	630
Ausgaben (netto)	Mill. EUR	1 349	2 093	2 800
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen				
Empfänger/-innen ³⁾	1 000	593	629	590 ⁴⁾
Ausgaben (netto)	Mill. EUR	9 600	9 944	10 112
Hilfe zur Pflege				
Empfänger/-innen ³⁾	1 000	323	328	344
Ausgaben (netto)	Mill. EUR	2 420	2 513	2 611
Ausgaben Sozialhilfe insgesamt (netto) ²⁾ ...	Mill. EUR	22 569	22 964	17 579
Leistungen an Asylbewerber/-innen				
Empfänger/-innen von Regelleistungen ¹⁾ ...	1 000	264	230	211
Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (brutto)	Mill. EUR	1 440	1 308	1 252
Kindergeld⁵⁾ 6)				
Berechtigte ⁷⁾	1 000	9 118	9 193	9 186
Kinder insgesamt ⁷⁾	1 000	15 163	15 264	15 212
davon waren:				
1. Kind	1 000	9 032	9 119	9 124
2. Kinder	1 000	4 507	4 526	4 501
3. Kinder	1 000	1 194	1 189	1 171
4. und weitere Kinder	1 000	429	429	415
Ausgezahlte Beträge ⁸⁾ 9)	Mill. EUR	28 880	29 020	29 325

1) Am Jahresende. – 2) Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist erst ab dem Jahr 2005 Bestandteil der Sozialhilfe. – 3) Im Laufe des Berichtsjahres. – 4) Nicht quantifizierbare Unterererfassung. – 5) Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 6) Ohne Bedienstete von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv. – 7) Stand: Dezember. – 8) Ausgezahlte Beträge mit Kindergeldzuschlag für gering verdienende Familien im Laufe des Jahres. – 9) Seit Jahresbeginn 1996 können Familien alternativ zwischen dem Bezug von Kindergeld oder einem Steuerfreibetrag wählen.

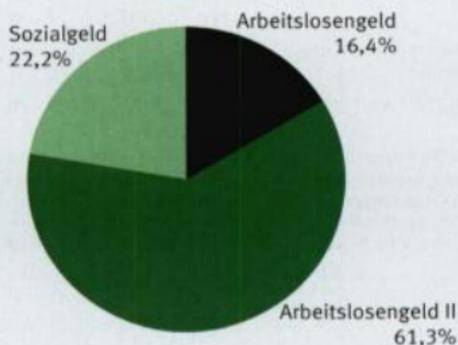
Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 2005¹⁾



1) Ohne Ausgaben des Risikostrukturausgleichs. – 2) Einschl. Heil- und Hilfsmitteln sowie Zahnersatz. – 3) Einschl. Zahnärzten/Zahnärztinnen.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0321

Arbeitsförderung und Grundsicherung für Arbeitsuchende - Leistungsempfänger/-innen 2006



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0322

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
Erziehungsgeld¹⁾				
Empfänger/-innen (bewilligte Erstanträge) . nach der Beteiligung am Erwerbsleben	Anzahl	647 031	432 494	533 248
Abhängig Beschäftigte ²⁾	Anzahl	362 331	215 657	254 588
dar.: in Elternzeit	Anzahl	353 418	8 815	13 064
Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	Anzahl	12 928	2 456	5 448
Nicht Erwerbstätige	Anzahl	271 772	199 928	259 557
nach der familiären Situation				
Verheiratet zusammenlebend	Anzahl	467 865	313 589	358 453
Allein stehend	Anzahl	79 145	49 734	75 221
In eingetragener Lebenspartnerschaft zusammenlebend ³⁾	Anzahl	19	157	159
Eheähnliche Gemeinschaft	Anzahl	100 002	69 014	99 415
Ausgaben	Mill. EUR	3 481	3 354	2 873
Jugendhilfe				
Junge Menschen				
mit institutioneller Beratung ³⁾	Anzahl	301 650	304 972	309 357
mit Erziehungsbeistandschaft ⁴⁾	Anzahl	13 260	13 995	14 684
mit Betreuungshilfe ⁴⁾	Anzahl	4 282	4 220	4 342
mit sozialer Gruppenarbeit ⁴⁾	Anzahl	6 371	6 625	6 821
Familien mit sozialpädagogischer Familienhilfe ⁴⁾	Anzahl	25 741	27 413	29 978
Adoptierte Kinder und Jugendliche ³⁾	Anzahl	5 336	5 072	4 762
Kinder und Jugendliche				
unter bestellter Amtspflegschaft ³⁾	Anzahl	26 760	26 049	26 957
unter bestellter Amtsvormundschaft ⁴⁾ ...	Anzahl	32 761	30 935	30 447
Sorgerechtsentziehungen ³⁾ (auch teilweise) Beistandschaften ⁴⁾ ⁵⁾	Anzahl	8 104	8 527	8 686
Ausgaben	Mill. EUR	683 416	684 062	689 766
dar.: für Kindertageseinrichtungen	Mill. EUR	20 612	20 671	20 865
		10 848	11 431	11 542

1) Quellen: Statistisches Bundesamt; für die Ausgaben: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.. – 2) Anlässlich des Erziehungsgeldbezugs. – 3) Während des Jahres beendete Maßnahmen. – 4) Am Jahresende. – 5) Einschl. der ab 1. Juli 1998 umgewandelten Amtspflegschaften.

Das Auftreten neuer Krankheiten, ein zunehmendes Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung und Fragen der Finanzierbarkeit von Gesundheitsleistungen haben das Gesundheitswesen in den letzten Jah-

ren zunehmend in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses gerückt. Mit dem Interesse stieg auch der Bedarf an aufeinander abgestimmten statistischen Informationen an, insbesondere vor dem Hintergrund der

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
Häufigste Todesursachen¹⁾				
Krankheiten des Kreislaufsystems	Anzahl	396 622	368 472	367 361
darunter:				
Zerebrovaskuläre Krankheiten	Anzahl	75 114	68 498	67 117
Herzinfarkt	Anzahl	69 362	67 149	67 213
Bösartige Neubildungen	Anzahl	209 255	209 328	211 396
dar.: der Atmungsorgane und sonstiger				
intrathorakaler Organe	Anzahl	41 382	41 806	42 681
Krankheiten des Atmungssystems	Anzahl	58 014	52 500	57 742
Krankheiten des Verdauungssystems	Anzahl	42 263	42 213	42 787
dar.: Krankheiten der Leber	Anzahl	18 115	17 122	16 806
Unfälle	Anzahl	20 421	19 458	19 993
dar.: durch Sturz	Anzahl	7 877	7 913	8 548
Vorsätzliche Selbstbeschädigung (Suizid) .	Anzahl	11 150	10 733	10 260
Gestorbene Säuglinge	Anzahl	2 990	2 918	2 696
dar.: Syndrom des plötzlichen Todes im				
Kindesalter	Anzahl	372	323	298
Schwangerschaftsabbrüche	Anzahl	128 030	129 650	124 023
Ärztliches und nichtärztliches Personal in				
Krankenhäusern²⁾				
Hauptamtliche Ärzte und Ärztinnen	Anzahl	823 939	805 988	796 097
Nichtärztliches Personal	Anzahl	709 834	688 307	674 488
darunter:				
Pflegedienst	Anzahl	320 158	309 510	302 346
Medizinisch-technischer Dienst	Anzahl	124 927	123 465	122 810
Berufstätige Ärzte/Ärztinnen	1 000	304	306	308
Männer	1 000	188	188	187
Frauen	1 000	116	118	121
Zahnärzte/-ärztinnen	1 000	65	65	65
Männer	1 000	40	40	40
Frauen	1 000	24	25	25
Apotheker/-innen	1 000	55	56	56
dar.: Frauen	1 000	34	35	36

1) Internationale Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD-10). – 2) Ohne Bundeswehrkrankenhäuser, umgerechnet in Vollkräfte.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
Gesundheitsausgaben	Mill. EUR	233 735	233 778	239 357
Investitionen	Mill. EUR	8 918	8 956	9 077
Laufende Gesundheitsausgaben	Mill. EUR	224 817	224 822	230 280
Leistungsarten				
Prävention/Gesundheitsschutz	Mill. EUR	8 723	8 821	8 991
Ärztliche Leistungen	Mill. EUR	62 545	64 059	64 394
Pflegerische und therapeutische Leistungen	Mill. EUR	56 489	56 760	57 561
Unterkunft und Verpflegung	Mill. EUR	17 134	17 278	17 676
Waren	Mill. EUR	63 004	61 290	64 580
Arzneimittel	Mill. EUR	36 834	35 829	39 469
Hilfsmittel	Mill. EUR	11 527	10 140	10 486
Zahnersatz	Mill. EUR	5 934	6 291	5 129
Sonstiger medizinischer Bedarf	Mill. EUR	8 709	9 029	9 496
Transporte	Mill. EUR	3 957	3 699	3 963
Verwaltungsleistungen	Mill. EUR	12 964	12 914	13 144
Einrichtungen				
Gesundheitsschutz	Mill. EUR	2 138	1 985	1 985
Ambulante Einrichtungen	Mill. EUR	113 962	112 588	115 494
darunter:				
Arztpraxen	Mill. EUR	33 928	34 560	35 183
Zahnarztpraxen	Mill. EUR	15 994	16 284	15 187
Apotheken	Mill. EUR	32 898	31 515	34 796
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	Mill. EUR	83 712	85 425	87 424
darunter:				
Krankenhäuser	Mill. EUR	59 193	60 567	62 107
Vorsorge- und				
Rehabilitationseinrichtungen	Mill. EUR	7 576	7 299	7 207
Rettungsdienste	Mill. EUR	2 378	2 386	2 567
Verwaltung	Mill. EUR	14 436	14 401	14 621
Sonstige Einrichtungen und private				
Haushalte	Mill. EUR	7 506	7 201	7 284
Ausland	Mill. EUR	684	836	906

komplexen institutionellen Struktur des deutschen Gesundheitswesens.

Im Jahr 2005 waren am Jahresende 4,3 Mill. Personen im Gesundheitswesen tätig, das entspricht 10,6% aller Beschäftigten in Deutschland.

Von 1997 bis 2005 stieg die Beschäftigtenzahl im Gesundheitswesen um insgesamt 156 000 bzw. 3,8%. Für Frauen und

Männer entwickelte sich die Beschäftigung unterschiedlich: Während von 1997 bis 2005 knapp 175 000 Frauen mehr eine Beschäftigung im Gesundheitswesen fanden, sank die Zahl der Männer um knapp 19 000.

Fast drei Viertel (72,3%) der im Gesundheitswesen Tätigen sind Frauen. 28,1% der Beschäftigten im Gesundheitswesen

Gesundheitsausgaben 2005 nach Ausgabenträgern

Mrd. EUR



1) Gesetzliche Rentenversicherung, gesetzliche Unfallversicherung, Arbeitgeber.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0323

(1,2 Mill. Personen) gingen 2005 einer Teilzeittätigkeit nach. Dieser Anteil ist wesentlich höher als in der gesamten Wirtschaft, wo er bei 15,1% lag. Geringfügig beschäftigt waren 10,6% des Gesundheitspersonals (397 000 Personen), in einem Vollzeit-Arbeitsverhältnis standen 61,3% (2,6 Mill. Personen).

Insgesamt 239,4 Mrd. Euro wurden im Jahr 2005 in Deutschland für Gesundheitsausgaben aufgewendet. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, dem Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen, lag damit bei 10,7%. Die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit bezogen auf die Bevölkerung in Deutschland beliefen sich auf 2 900 Euro.

Von 1996 bis 2005 sind die Gesundheitsausgaben in Deutschland nominal (in je-

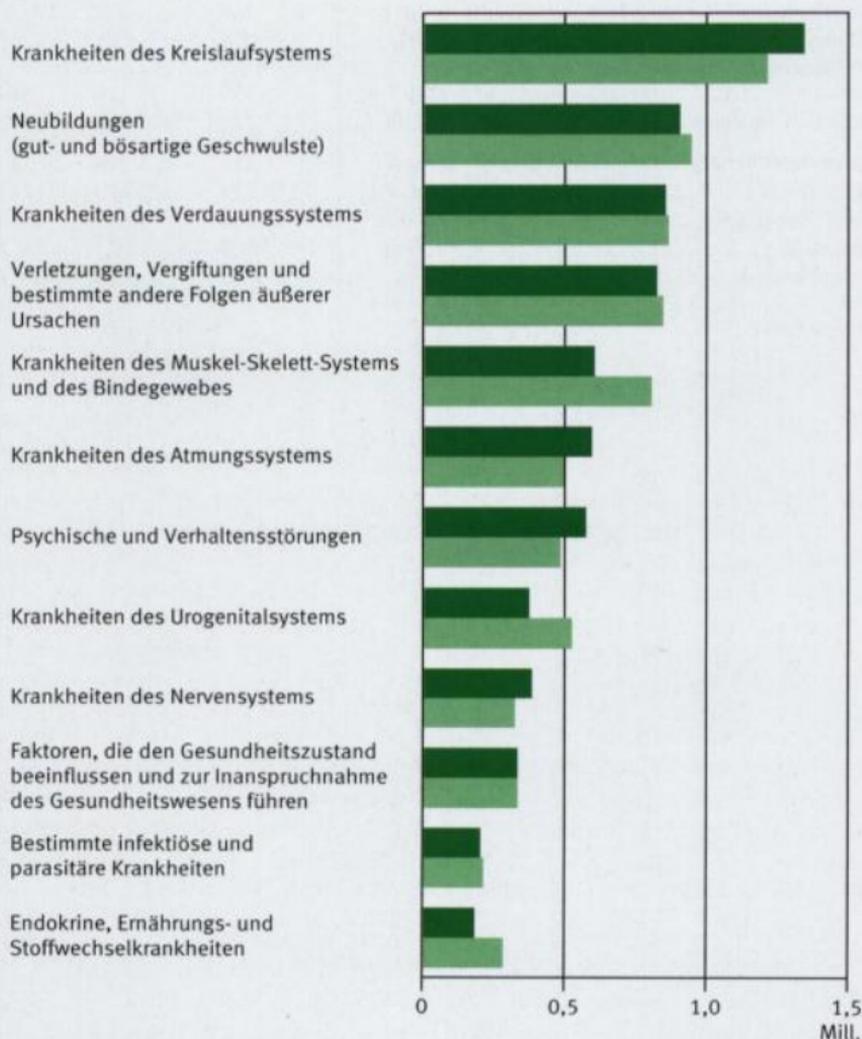
weiligen Preisen) um insgesamt 44,5 Mrd. Euro angestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 22,8%.

Für Leistungen der ambulanten Einrichtungen – wie Arztpraxen, Zahnarztpraxen, Apotheken usw. – wurden im Jahr 2005 insgesamt 115,5 Mrd. Euro ausgegeben. 87,4 Mrd. Euro entfielen auf Leistungen der stationären und teilstationären Einrichtungen. Größte Einzelpositionen darunter waren die Krankenhäuser mit 62,1 Mrd. Euro, mit deutlichem Abstand folgte die stationäre und teilstationäre Pflege mit 18,1 Mrd. Euro.

Weitere Daten zum Gesundheitswesen finden Sie auch unter www.gbe-bund.de im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes.

Krankenhauspatienten 2005 nach Geschlecht und Hauptdiagnosen

■ Männer ■ Frauen



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0324

GESUNDHEITSWESEN

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
Krankenhäuser	Anzahl	2 197	2 166	2 139
Betten	Anzahl	541 901	531 333	523 824
Patientenbewegung	1 000	17 296	16 802	16 874
Verweildauer	Tage	8,9	8,7	8,6
Bettenauslastung	%	77,6	75,5	75,6
Gesamtkosten der Krankenhäuser insgesamt	Mill. EUR	55 665	56 126	56 732
je Behandlungsfall ¹⁾	EUR	3 218	3 340	3 362
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	Anzahl	1 316	1 294	1 270
Betten	Anzahl	179 789	176 473	174 479
Stationär Behandelte	1 000	1 900	1 889	1 814
Verweildauer	Tage	25,9	25,1	25,8
Bettenauslastung	%	75,0	73,5	73,4

1) Bereinigte Kosten.

Kultur – das ist ein vielschichtiger Begriff, denn Kultur drückt sich in vielem aus, angefangen bei der Art sich zu kleiden oder zu essen bis zum Umgang mit anderen Menschen. Hier geht es um die kulturellen Einrichtungen, von denen einige durchaus Einfluss auf den Tagesablauf und insbesondere die Freizeitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger haben. Häufig stellt sich die Frage, inwieweit die Massenkommunikationsmittel die traditionellen Kultureinrichtungen mit der Möglichkeit, sich – sei es im Sport, in der Musik oder der Darstellenden Kunst – aktiv zu beteiligen, bereits verdrängt haben.

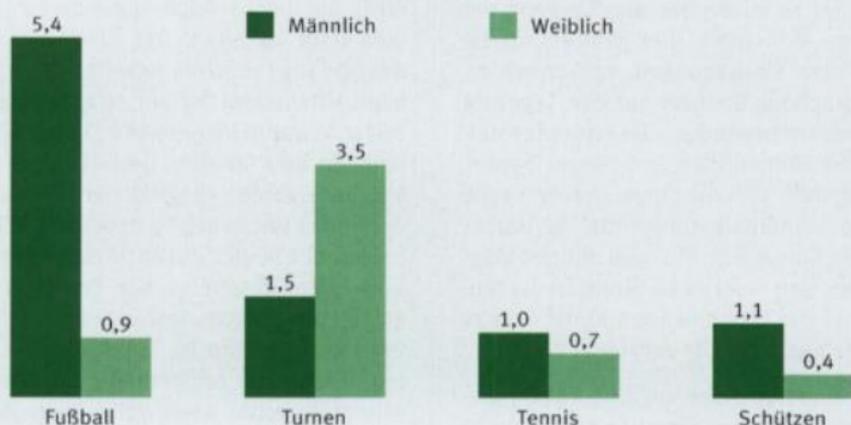
Dank eines gestiegenen Gesundheitsbewusstseins ist der aktive Sport ein wichtiger Bereich der Freizeitgestaltung in Deutschland geblieben. Rund 24 Mill. Bürgerinnen und Bürger waren im Jahr 2006 als Mitglieder in 90 500 Sportvereinen registriert. Insgesamt begeistern

sich mehr Männer als Frauen für den Vereinssport. So waren von den Mitgliedern des Deutschen Sportbundes im Jahr 2006 60% männlich. Auch Jugendliche sind hier stark vertreten. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren an allen Mitgliedern lag bei 24%, jünger als 26 Jahre waren insgesamt 42% der Sportlerinnen und Sportler. Gemessen an den Mitgliederzahlen rangiert der Fußball an der Spitze der Beliebtheitskala. Die Fußballvereine stellen gut ein Viertel aller Beitragszahler des Deutschen Sportbundes, gefolgt mit einigem Abstand von den Turnvereinen. Hier wie im Tanzsport und Reiten dominieren zahlenmäßig die Frauen, während Fußball noch weitgehend „Männersache“ ist.

Auch die Museen sind nach wie vor ein Publikumsmagnet. Mit Sonderausstellungen und speziellen Aktivitäten, beispielsweise Museumstagen für Kinder oder einer

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Deutscher Sportbund				
Vereine	Anzahl	90 305	89 870	90 467
Mitglieder	1 000	23 566	23 647	23 708
Sportabzeichen-Erstverleihungen	1 000	438	448	461
Nationales Olympisches Komitee				
Teilnehmer/-innen an den olympischen Winterspielen in Turin	Anzahl	X	X	162
Medaillen	Anzahl	X	X	29
Museen				
Besuche	Anzahl	4878	4 847	...
	Mill.	103	101	...
Öffentliche Bibliotheken				
Medienbestand	Anzahl	9 020	8 766	7 134
Entleihungen	1 000	125 617	123 692	108 027
	1 000	345 642	344 599	308 936
Buchproduktion				
Erstauflagen	Anzahl	74 074	81 177	...
Taschenbücher	Anzahl	5 070	6 333	...
Übersetzungen ins Deutsche	Anzahl	5 406	5 773	...

Vereinsmitglieder in ausgewählten Sportarten 2006
Mill.



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0325

speziellen „Museumsnacht“, sprechen sie vermehrt unterschiedliche Zielgruppen an. So konnten die 4847 Museen in Deutschland im Jahr 2005 insgesamt 101 Mill. Besuche verzeichnen. Am beliebtesten sind die Kunstmuseen, gefolgt von den Volks- und Heimatkundemuseen.

Bibliotheken ermöglichen einem großen Bevölkerungskreis den Zugang zu Büchern, zu Audio- und Videomedien und zum Internet. 7134 öffentliche Bibliotheken in Deutschland hielten im Jahr 2006 einen Bestand von rund 108 Mill. Büchern, Zeitschriften, CD-ROMs usw. zur Ausleihe bereit.

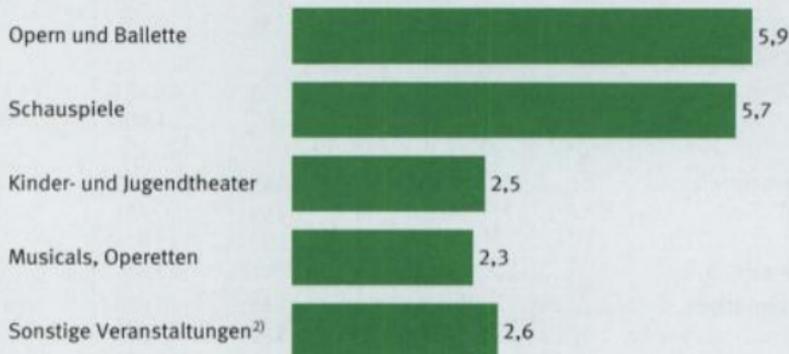
Auch das aktive Musizieren ist aus dem Kulturleben in Deutschland nicht wegzudenken. Rund 903 000 Musikinteressierte nahmen im Jahr 2006 die Angebote

von 924 Musikschulen wahr, an denen 35 000 Lehrkräfte unterrichteten. Das Interesse an den traditionellen Gesangvereinen war ebenfalls groß. Rund 1,7 Mill. Mitglieder, darunter 659 000 aktive Mitglieder, waren im Jahr 2006 in 21 500 Chören/Gruppen des Deutschen Chorverbandes organisiert.

Trotz Fernsehen und DVD sind Kinobesuche nicht nur für Jugendliche eine attraktive Freizeitbeschäftigung. Davon profitierten im Jahr 2006 in Deutschland 4 660 Filmtheater, die 137 Mill. Karten für ihre Vorstellungen verkauften.

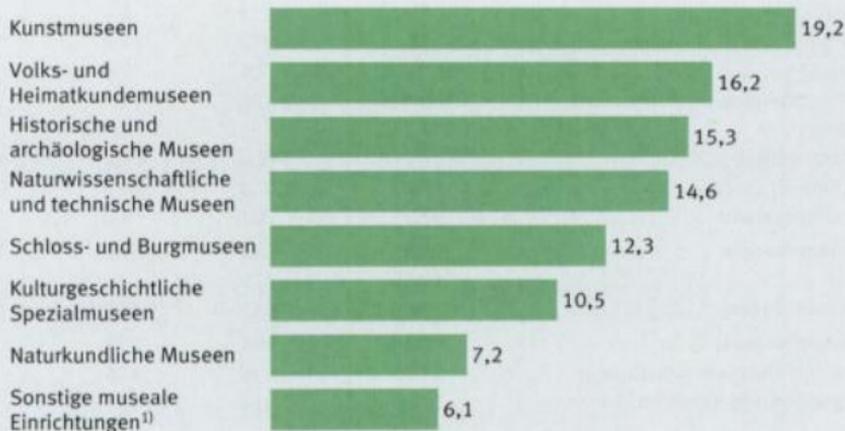
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Musikschulen	Anzahl	939	930	924
Schüler/-innen	1 000	888	894	903
Lehrer/-innen	1 000	35	35	35
Deutscher Chorverband				
Chöre/Gruppen	Anzahl	.	22 701	21 499
Mitglieder	1 000	.	1 687	1 652
Theater				
Theaterunternehmen	Anzahl	149	145	...
Spielstätten	Anzahl	744	755	...
Besuche	1 000	19 409	19 018	...
Veranstaltungen	Anzahl	63 911	62 675	...
Ortsfeste Leinwände	Anzahl	4 681	4 687	4 660
Sitzplätze	1 000	879	873	878
Besuche	Mill.	157	127	137
Hörfunk und Fernsehen				
Hörfunkgenehmigungen	1 000	42 171	42 509	42 771
Fernsehgenehmigungen	1 000	36 749	36 924	36 938
Sendestunden				
Dritte Fernsehprogramme (Ressort)	Stunden	68 231	66 999	...
darunter:				
Politik und Gesellschaft	%	39,8	40,5	...
Spielfilme	%	7,3	7,4	...
Unterhaltung	%	15,2	13,8	...
Familie	%	9,1	9,6	...
ZDF Hauptprogramm (Programm)	Stunden	8 796	8 767	8 770
darunter:				
Informationen	%	49,4	49,6	48,8
Fiction	%	26,8	30,1	28,6
Kinderprogramm	%	5,6	6,2	6,3
Jugendherbergen	Anzahl	554	542	544
Betten	1 000	75	74	75
Übernachtungen	1 000	9 882	9 909	9 972
Volkshochschulen	Anzahl	984	978	...
Kurse und Einzelveranstaltungen	1 000	636	625	...
Belegungen und Besucher/-innen	1 000	8 914	8 607	...

Besuche von öffentlichen Theatern¹⁾ Spielzeit 2004/2005 Mill.



1) Besuche der eigenen und fremden Veranstaltungen am Ort. – 2) Einschl. Besuche, die nicht nach Sparten gliederbar sind.

Besuche von Museen 2005 Mill.



1) Sammelmuseen oder mehrere Museen in einem Gebäude.

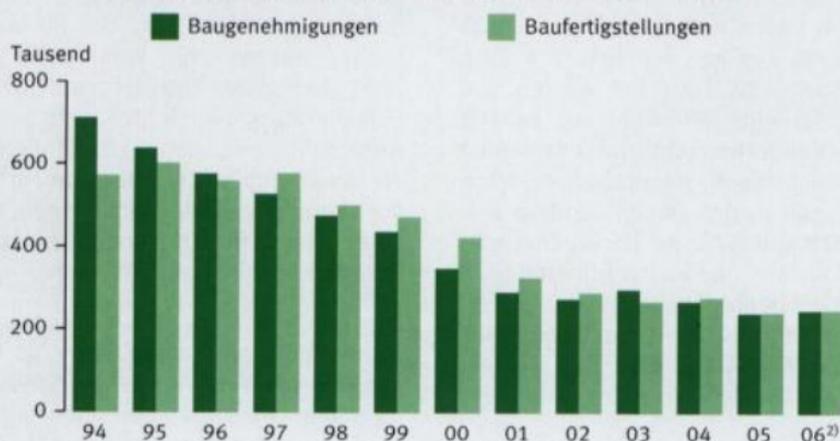
Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0326

Angaben über das Wohnen und die Wohnungsverorgung werden in Deutschland in unregelmäßigen Zeitabständen erhoben. Im Rahmen des Mikrozensus wurden im April 2002 die Befragten auch um Auskunft über ihre Wohnsituation gebeten. Diese Zusatzerhebung „Wohnsituation der Haushalte“ findet alle vier Jahre statt. Sie liefert Informationen über die Art und Größe der Gebäude, über die Nutzung der Wohnung als Eigentümer, Haupt- oder Untermieter, über Fläche und Baualter der Wohnung, Einzugsjahr, Heizungs- und Energieart, Warmwasserversorgung sowie über die Miete. Zur Miete werden neben der Grundmiete die kalten Betriebskosten gerechnet, also zum Beispiel die monatlichen Beträge für Wasser, Kanalisation und Müllabfuhr, nicht aber die Umlagen für Zentralheizung oder

Warmwasserversorgung, Garage usw. Während in der öffentlichen Diskussion über die Höhe der Mieten vor allem über Wohnungen, die neu bezogen werden, gesprochen wird, gehen in die Statistik auch die Mieten für langjährig vermietete Wohnungen ein. Da diese meist niedriger sind, liegen die hier nachgewiesenen Durchschnittswerte möglicherweise unter den bei Neuvermietungen erzielten Beträgen. Neben dem Alter beeinflusst auch die Ausstattung und Größe der Wohnung die Miethöhe.

Eine Mietwohnung in Deutschland kostete im April 2002 im Durchschnitt 408 Euro, das waren 8% mehr als bei der letzten Mikrozensus-Zusatzerhebung im Jahr 1998. Die Angleichung der Mieten zwischen Ost und West ist in diesem Zeitraum weiter vorangeschritten. So

Genehmigte und fertig gestellte Wohnungen 1994 - 2006¹⁾



1) In Wohn- und Nichtwohngebäuden. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0327

Struktur des Wohnungsbestandes 2005



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0328

stiegen im Durchschnitt die Mieten in den neuen Ländern und Berlin-Ost stärker (11%) als im früheren Bundesgebiet (7%). Gleichwohl mussten im Jahr 2002 im Osten immer noch im Schnitt ein Viertel weniger, nämlich 324 Euro gegenüber 432 Euro im Westen pro Monat für eine Mietwohnung gezahlt werden. Dieser beträchtliche Unterschied ergibt sich auch daraus, dass Mietwohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 62,2 m² im Durchschnitt 9,6 m² kleiner sind als im früheren Bundesgebiet. Darüber hinaus waren pro m² im Jahr 2002 im Osten durchschnittlich 5,29 Euro Miete, also rund 13% weniger als im Westen (6,09 Euro), zu entrichten.

Für eine Kleinwohnung bis 40 m² Wohnfläche wurden in Deutschland zwar durchschnittlich nur 232 Euro im Monat

bezahlt, die Quadratmetermiete war aber mit 7,39 Euro höher als bei größeren Wohnungen. Die bis 1900 entstandenen Wohnungen kosteten im früheren Bundesgebiet 5,49 Euro pro m² Wohnfläche, während für Wohnungen, die 2001 und später errichtet wurden, 7,24 Euro und damit rund 32,0% mehr bezahlt werden musste. In den neuen Ländern lag die durchschnittliche Miete pro m² bei 4,82 Euro für ganz alte Wohnungen, Neubauten der Jahre 2001 und später kosteten mit 6,50 Euro rund 35% mehr.

Der Anteil der von ihren Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen hat bundesweit von 40,9% im Jahr 1998 auf 42,6% im Jahr 2002 zugenommen. Auch hier zeigt sich der im Osten stattfindende Aufholprozess. Mit einer Rate von 9,6% ist die Eigentümerquote in den neuen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
Deutschland				
Wohnungsbestand				
Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)	1 000	39 141,5	39 362,3	39 550,6
davon mit ... Räumen				
1	1 000	843,4	844,0	844,1
2	1 000	2 423,7	2 428,8	2 432,8
3	1 000	8 515,0	8 526,1	8 536,3
4	1 000	11 635,4	11 662,7	11 685,5
5	1 000	7 589,6	7 651,6	7 703,8
6	1 000	4 134,4	4 190,7	4 238,8
7 und mehr	1 000	4 000,0	4 058,3	4 109,2
Räume insgesamt	1 000	171 725,0	172 990,0	174 073,4
Wohnfläche insgesamt	Mill. m ²	3 339,2	3 368,9	3 394,7

Ländern und Berlin-Ost stärker gestiegen als im früheren Bundesgebiet (3,5%). Dennoch hat die in der ehemaligen DDR fehlende Wohneigentumsförderung dazu geführt, dass die Quote der von den Ei-

gentümern selbst bewohnten Wohnungen im Westen (44%) immer noch um über 10 Prozentpunkte über der im Osten liegt (34,2%).

Entwicklung der Eigentümerquote¹⁾				
Land	Einheit	1993	1998	2002
Baden-Württemberg	%	47,9	48,3	49,3
Bayern	%	46,9	47,6	48,9
Berlin	%	10,0	11,0	12,7
Berlin-West	%	12,5	13,2	14,0
Berlin-Ost	%	5,0	7,3	10,7
Brandenburg	%	32,5	35,5	39,8
Bremen	%	33,0	37,5	35,1
Hamburg	%	19,2	20,3	21,9
Hessen	%	43,4	43,3	44,7
Mecklenburg-Vorpommern	%	25,9	32,2	35,9
Niedersachsen	%	47,6	48,9	51,0
Nordrhein-Westfalen	%	35,1	37,4	39,0
Rheinland-Pfalz	%	52,9	55,0	55,7
Saarland	%	57,7	58,1	56,9
Sachsen	%	23,3	28,7	31,0
Sachsen-Anhalt	%	30,2	36,5	39,6
Schleswig-Holstein	%	45,9	46,8	49,4
Thüringen	%	34,5	39,2	41,8

1) Ergebnisse der in den Jahren jeweils durchgeführten gebäude- und wohnungsstatistischen Erhebung. – Anteil der vom Eigentümer selbst bewohnten Wohnungen an allen bewohnten Wohnungen.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006 ¹⁾
Deutschland				
Baufertigstellungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)				
Gebäude/Baumaßnahmen	Anzahl	279 338	247 074	245 425
Wohnungen insgesamt	Anzahl	278 008	242 316	248 435
Wohnfläche	1 000 m ²	33 320	29 198	29 475
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67 040	58 811	61 284
darunter:				
Errichtung neuer Gebäude				
Wohnungen	Anzahl	252 163	217 124	223 712
Wohnfläche	1 000 m ²	29 167	25 297	25 731
Baugenehmigungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)				
Gebäude/Baumaßnahmen	Anzahl	271 944	242 123	247 830
Wohnungen insgesamt	Anzahl	268 679	240 571	247 541
Wohnfläche	1 000 m ²	32 490	28 807	29 708
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	63 502	58 012	61 673
darunter:				
Errichtung neuer Gebäude				
Wohnungen	Anzahl	240 432	215 306	220 435
Wohnfläche	1 000 m ²	28 003	25 021	25 702

1) Vorläufiges Ergebnis.

In Deutschland sind 27,1% der Wohnungen in Wohngebäuden sogenannte „Altbauwohnungen“ und stammen aus der Zeit bis 1948, 61,6% entstanden zwischen 1949 und 1990 und jede neunte Wohnung wurde 1991 und später gebaut. In den neuen Ländern und Berlin-Ost liegt der Anteil der bis 1948 gebauten Wohnungen bei 41,2%, während es im Westen nur knapp ein Viertel war. Insgesamt sind die Gebäude – und damit die Wohnungen – im Osten im Durchschnitt erheblich älter als im Westen. Dies ist im Wesentlichen auf die geringere Neubautätigkeit in der ehemaligen DDR zurückzuführen. In den Jahren zwischen 1949 und 1990 wurden im Westen über 65% aller Wohnungen gebaut, im Osten hat sich der Anteil der nach der deutschen Verei-

nigung errichteten Wohnungen auf 14,6% im Jahr 2002 erhöht und liegt damit über dem Anteil des früheren Bundesgebietes (10,6%).

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
----------------------------	---------	------	------	------

Früheres Bundesgebiet¹⁾

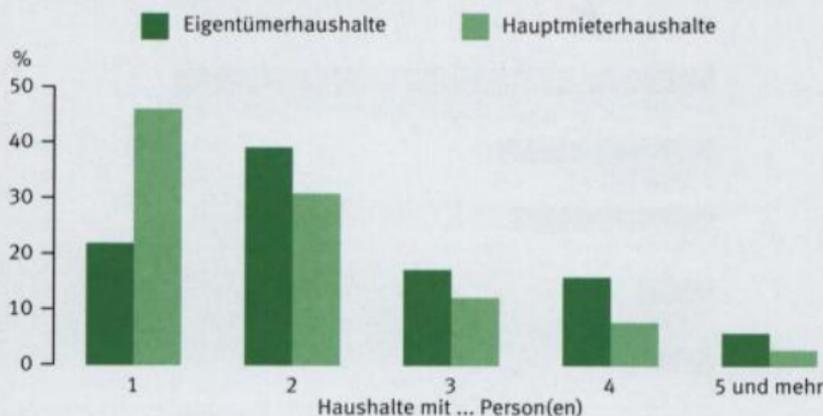
Wohnungsbestand				
Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)	1 000	31 428,1	31 652,0	30 686,0
Strukturdaten zum Wohnungsbestand				
Wohnungen je 1 000 Einwohner	Anzahl	464	467	467
Wohnfläche je Wohnung	m ²	88,6	88,8	89,7
Wohnfläche je Einwohner	m ²	41,1	41,5	41,9
Räume je Wohnung	Anzahl	4,5	4,5	4,5

Neue Länder und Berlin²⁾

Wohnungsbestand				
Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)	1 000	7 713,5	7 710,9	8 864,5
Strukturdaten zum Wohnungsbestand				
Wohnungen je 1 000 Einwohner	Anzahl	521	524	530
Wohnfläche je Wohnung	m ²	72,1	72,4	72,6
Wohnfläche je Einwohner	m ²	37,6	37,9	38,4
Räume je Wohnung	Anzahl	4,0	4,0	4,0

1) Bis 2004 einschl. Berlin-West. – 2) Bis 2004 ohne Berlin-West.

Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte 2002 nach Haushaltsgröße¹⁾



1) Ergebnis der Mikrozensus-Zusatzerhebung 2002; Haushalte in Wohneinheiten in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime).

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0329

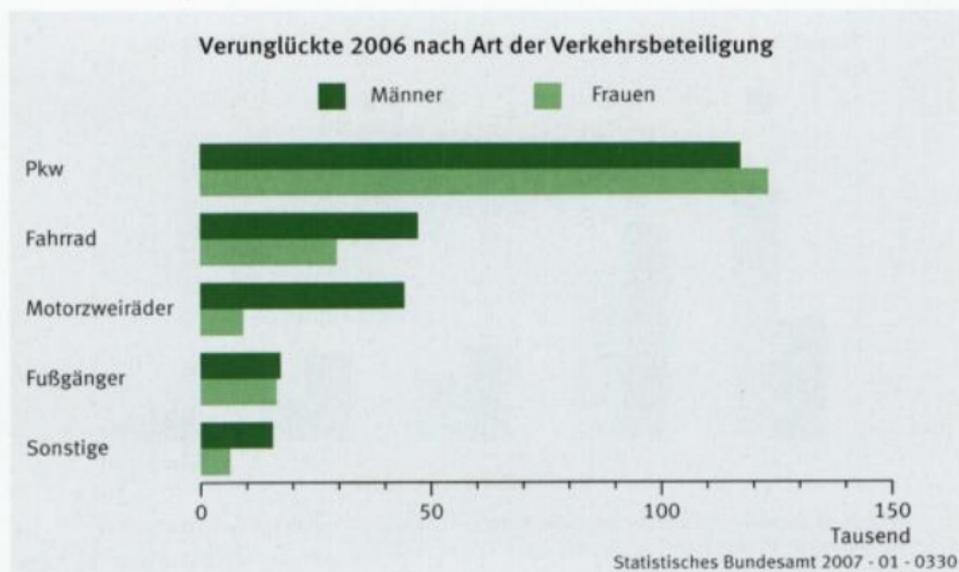
VERKEHR

Struktur und Entwicklung des Verkehrslebens stehen in enger Wechselwirkung mit Wirtschaft und Gesellschaft. Durch Verkehr werden ein arbeitsteiliges Wirtschaft-

ten und die Mobilität der Menschen erst ermöglicht, zugleich ergeben sich aber auch Belastungen durch Luftverschmutzung, Lärm und Flächenversiegelung.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Verkehrsunfälle				
Straßenverkehrsunfälle				
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	339 310	336 619	327 984
Getötete ¹⁾	Anzahl	5 842	5 361	5 091
Verletzte	Anzahl	440 126	433 443	422 337
Eisenbahnunfälle²⁾				
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	564	569	...
Getötete ¹⁾	Anzahl	167	157	...
Verletzte	Anzahl	758	740	...
Luftverkehrsunfälle				
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	49	58	63
Getötete ¹⁾	Anzahl	23	29	39
Verletzte	Anzahl	41	50	52

1) Einschl. innerhalb von 30 Tagen Verstorbener. – 2) Beim Fahrverkehr einschl. Unfällen mit Rangierverkehr.



Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Beförderte Personen				
Linienverkehr mit Bussen und Bahnen ...	Mill.	10 075	10 185	10 367
Linienverkehr insgesamt	Mill.	9 954	10 061	10 242
mit Eisenbahnen	Mill.	1 955	2 012	2 092
mit Straßenbahnen	Mill.	3 363	3 431	3 492
mit Omnibussen	Mill.	5 258	5 225	5 267
Linienfernverkehr mit Omnibussen	Mill.	5	5	5
Linienfernverkehr mit Eisenbahnen	Mill.	115	119	120
Beförderte Güter				
Beförderungsaufkommen				
Eisenbahnverkehr ¹⁾	Mill. t	310,3	317,3	346,1
Binnenschifffahrt	Mill. t	235,9	236,8	243,5
Seeverkehr	Mill. t	268,2	281,0	299,2
Luftverkehr	Mill. t	2,7	2,9	3,2
Rohölleitungen ²⁾	Mill. t	93,8	95,5	94,2
Straßengüterverkehr ³⁾	Mill. t	2 767,2	2 765,0	2 919,3
dar.: Binnenverkehr				
Eisenbahnverkehr	Mill. t	200,1	201,7	217,9
Binnenschifffahrt	Mill. t	55,2	56,7	57,2
Seeverkehr	Mill. t	4,7	4,0	3,7
Luftverkehr	Mill. t	0,1	0,1	0,1
Rohölleitungen ²⁾	Mill. t	22,8	22,5	21,7
Straßengüterverkehr ³⁾	Mill. t	2 625,0	2 612,6	2 758,5
Beförderungsleistung im Inland				
Eisenbahnverkehr	Mill. tkm	86 409	95 421	107 007
Binnenschifffahrt	Mill. tkm	63 667	64 096	63 975
Rohölleitungen	Mill. tkm	16 236	16 741	15 844
Luftverkehr	Mill. tkm	908	1 005	1 131
Straßengüterverkehr ³⁾	Mill. tkm	303 744	310 114	330 008

1) Wagenladungsverkehr. – 2) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAW), Eschborn. – 3) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr (BAG), Düsseldorf bzw. Kraftfahrt-Bundesamt (KBA), Flensburg; nur inländische Kfz.

Auch die Raum- und Siedlungsstrukturen werden durch den Verkehr nachhaltig beeinflusst.

Im Mittelpunkt des Verkehrsgeschehens steht der Straßenverkehr, der die Verkehrswege, Verkehrsmittel und Transportmengen dominiert. So war im Jahr 2006 die Länge der überörtlichen Straßen in Deutschland mit 231 480 km rund 5,5-mal so groß wie die der Eisenbahnstre-

cken und rund 31-mal so lang wie die der Binnenwasserstraßen.

Nachdem bis zum Jahr 2003 bei den Neuzulassungen von Pkw Rückgänge zu verzeichnen war, stieg die Zahl der Neuzulassungen ab 2004 wieder an. Mit 3,5 Mill. Pkw lagen die Neuzulassungen im Jahr 2006 um 3,8% höher als im Jahr 2005. Der Bestand an Pkw nahm weiter zu, er belief sich zum 1. Januar 2006 auf 46,1

VERKEHR

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Verkehrsinfrastruktur				
Überörtliches Straßennetz (1. Jan) .	km	231 420	231 467	231 480
Autobahnen	km	12 044	12 174	12 363
Bundesstraßen	km	41 139	40 969	40 983
Landesstraßen	km	86 809	86 736	86 553
Kreisstraßen	km	91 428	91 588	91 581
Schiennetz (Betriebsstreckenlänge) ¹⁾	km	...	41 315	...
Wasserstraßen	km	7 476	7 476	7 476
Rohrleitungen	km	2 370	2 370	2 370
Neuzulassungen von Pkw	Anzahl	3 266 826	3 342 122	3 467 961
Bestand an Verkehrsmitteln				
Kraftfahrzeuge	1 000	54 082	54 520	54 910
darunter:				
Personenkraftwagen	1 000	45 023	45 376	46 090
Lastkraftwagen	1 000	2 586	2 572	2 573
Krafträder	1 000	3 745	3 878	3 903
Schienefahrzeuge-Eisenbahn				
Triebfahrzeuge	Anzahl	–	7 639	–
Reisezugwagen	Anzahl	–	12 491	–
Güterwagen (bahneigen)	Anzahl	–	100 467	–
Seeschiffe				
Fahrgastschiffe	Anzahl	116	112	106
Trockenfrachtschiffe	Anzahl	352	447	423
Tankschiffe	Anzahl	40	44	45
Seefischereifahrzeuge	Anzahl	94	93	83
Luftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	19 956	20 080	20 315
darunter:				
Hubschrauber	Anzahl	802	804	822
Motorsegler	Anzahl	2 742	2 829	2 919
Segelflugzeuge	Anzahl	7 821	7 831	7 856

1) Einschl. Straßenbahn-Schiennetze. – 2) Quelle: Luftfahrt-Bundesamt, Braunschweig.

Mill., der Kfz-Bestand insgesamt betrug 54,9 Mill. Fahrzeuge, darunter auch 3,9 Mill. Krafträder.

Sowohl bei den transportierten Gütern als auch bei den beförderten Personen waren die Hauptverkehrsmittel Kraftfahrzeuge. Im Güterverkehr liegt beim Beförderungsaufkommen der Straßengüterverkehr mit weitem Abstand an erster Stelle. Im Jahr

2006 transportierten inländische Lkw 2,9 Mrd. t Güter, gefolgt vom Eisenbahnverkehr mit 0,3 Mrd. t. Das Beförderungsaufkommen mit inländischen Lkw ist im Jahr 2006 gestiegen (+ 5,6%).

Die Beförderungsleistung, die als Produkt aus Beförderungsmenge in Tonnen und der zurückgelegten Entfernung in Kilometern errechnet wird, stieg noch stärker an.

Die mit dem Verkehr verbundenen Gefahren dokumentieren sich am offensichtlichsten in der Zahl der Verkehrsunfälle. Im Jahr 2006 wurden auf den Straßen Deutschlands 2,2 Mill. Verkehrsunfälle von der Polizei aufgenommen; davon waren fast 328 000 Unfälle mit Personenschaden. Insgesamt wurden 2006 zwar weniger Personen getötet oder verletzt als im Vorjahr, trotzdem verunglückten noch 5 091 Menschen im Straßenverkehr tödlich und 422 337 Personen wurden verletzt.

Seit der Konferenz von Rio de Janeiro 1992 ist der Grundsatz der Nachhaltigkeit, das heißt die Verantwortung für zukünftige Generationen und die Notwendigkeit des schonenden Umgangs mit der Natur, zunehmend in das Bewusstsein von Politik und Gesellschaft gerückt. Aufgabe der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) ist es, Daten für die in diesem Zusammenhang notwendigen Entscheidungen zur Verfügung zu stellen.

Dabei muss die Belastung der Natur in ihren unterschiedlichen Funktionen – als Quelle für erneuerbare und nicht erneuerbare Ressourcen, als Aufnahme- und Abgabemedium für Schadstoffe und Abfälle, als Standort für wirtschaftliche Aktivitäten sowie natürlich auch als Lebensraum – abgebildet werden.

Im vergangenen Jahrzehnt (1995 bis 2004/05) wurden in Deutschland jährlich etwa gleich bleibende Mengen von Energie verbraucht. Bei dem Einsatz von Rohstoffen ist dagegen ein Rückgang zu verzeichnen.

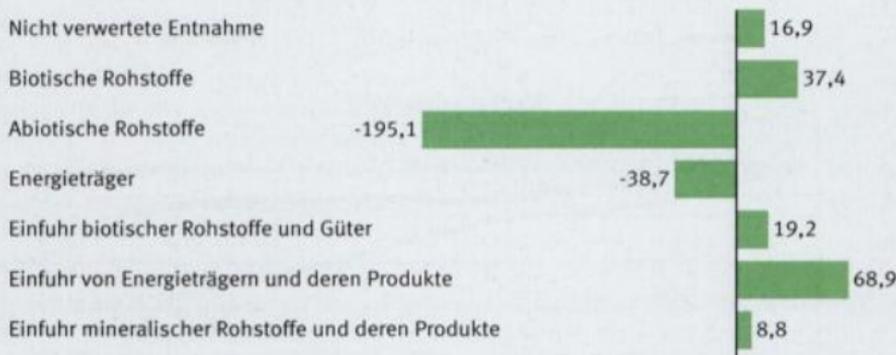
Auch der Ausstoß von Treibhaus- und Versauerungsgasen und damit die Inanspruchnahme der Natur als Aufnahmebecken für klimarelevante Gase und Luftschadstoffe ist in diesem Zeitraum deutlich zurückgegangen.

Hier spielten vor allem eine Änderung beim Energieträger-Mix eine Rolle (also veränderte Anteile der eingesetzten Energieträger Erdöl, Erdgas, Stein- und Braunkohle, Atomenergie usw.) sowie – insbesondere beim SO₂ – Maßnahmen zur Rauchgasreinigung.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2002	2003	2004
Entnahmen, Abgaben und Verbleib von Material¹⁾				
Verwertete inländische Entnahme ²⁾	Mill. t	1 127	1 097	1 127
Abiotische verwertete Rohstoffe	Mill. t	895	888	866
Biotische verwertete Rohstoffe	Mill. t	231	208	261
Einfuhr	Mill. t	513	542	562
Nicht verwertete inländische Entnahme	Mill. t	2 160	2 108	2 229
Verwertete inländische Abgabe	Mill. t	1 894	1 884	1 885
darunter:				
Luftemissionen	Mill. t	898	904	897
Dissipativer Gebrauch von Produkten	Mill. t	270	267	259
Ausfuhr	Mill. t	304	319	350
Nicht verwertete inländische Abgabe ³⁾ .	Mill. t	2 160	2 108	2 229
Saldo	Mill. t	634	620	647
dar.: Abfall an Deponie	Mill. t	67	59	57

1) Ergebnisse teilweise vorläufig. – Ab 2001 werden die Einfuhr und Ausfuhr nach dem SITC erhoben. Ein Vergleich der Zahlen mit früheren Ergebnissen ist deshalb nur eingeschränkt möglich. – 2) Summenbildung ohne Sauerstoff und ohne Stickstoff. – 3) Wert entspricht der nicht verwerteten inländischen Entnahme.

Entnahme von Material
Veränderung 2004 gegenüber 1995
Mill. t



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0331

Eine Beurteilung, wie schonend oder effizient mit der Natur in der Ökonomie umgegangen wird, kann aber nicht allein auf der Betrachtung der absoluten Mengen aufbauen, vielmehr setzt man das Bruttoinlandsprodukt (als Maß für die gesamtwirtschaftliche Leistung) zu den verschiedenen Einsatzgrößen in Beziehung und berechnet so die Produktivitäten. Diese Kenngrößen sind von 1995 bis 2005 (bzw. 2004) für alle betrachteten Faktoren gestiegen: Energie um 14,5%, Rohstoffe um 27,0%, Treibhausgase (2004) um 21,8% und für ausgewählte Luftschadstoffe (2004): SO₂ um 236,6% und NO_x um 54,1%. Der von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgehende Druck auf die Natur ist also seit 1995 nicht in gleichem Maß gestiegen wie die wirtschaftliche Leistung selbst, man spricht auch

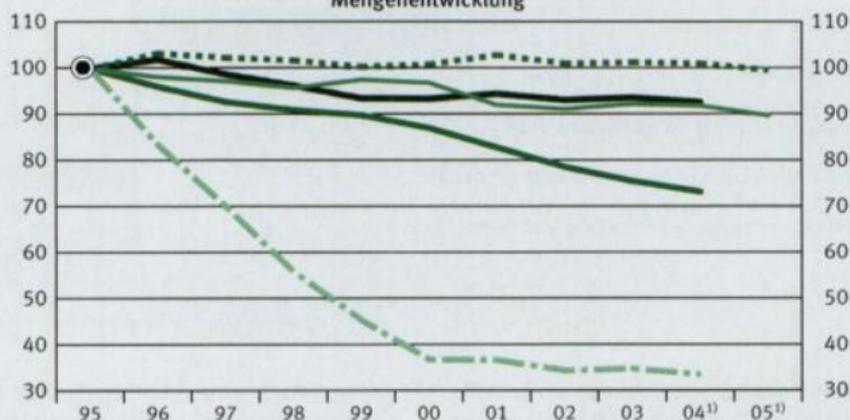
davon, dass eine „Entkopplung“ stattgefunden hat. Bei der Verwendung von Rohstoffen und Energie ist dieser Effekt allerdings weniger stark als bei den Emissionen von Treibhaus- und Versauerungsgasen.

Der Betrachtung von Produktivitäten liegt die systematische Erfassung und Darstellung der Materialflüsse in der Volkswirtschaft zugrunde. Die Entwicklung der Materialströme zwischen 1995 und 2004 zeigt, dass der Umfang sowohl der von der Wirtschaft entnommenen als auch der an die Natur abgegebenen Stoffe gesunken ist. Die wertete inländische Entnahme von Material (ohne Wasser) einschließlich der importierten Materialien ging um 59,4 Mill. Tonnen (t) zurück (-3,4%). Der Verminderung der inlän-

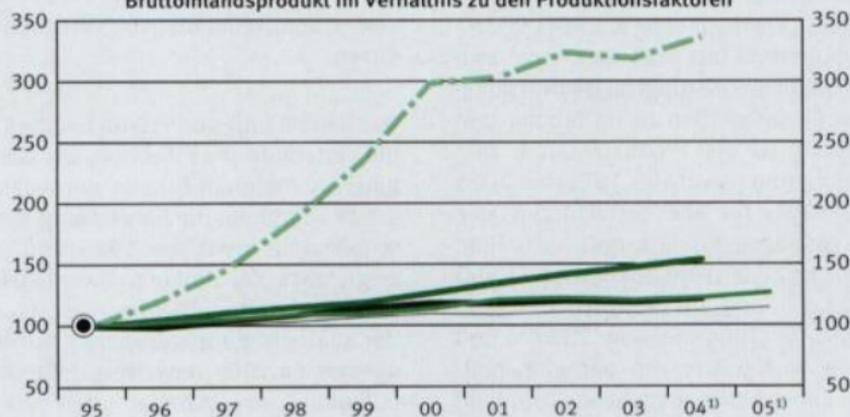
Entwicklung von natürlichen Produktionsfaktoren
1995 = 100

●●●● Primärenergieverbrauch — Rohstoffentnahme und Import
— Treibhausgase - - - SO₂ — NO_x

Mengenentwicklung



Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zu den Produktionsfaktoren



1) Zum Teil geschätzt.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0332

dischen Materialentnahme steht eine Zunahme der Einfuhren gegenüber (+ 21,2% von 1995 bis 2004). Dabei ist die Einfuhr von biotischen Rohstoffen und Gütern um 27,3%, die der Energieträger um 29,4% gestiegen. Die Einfuhr mineralischer Rohstoffe und von Produkten aus diesen ist ebenfalls gestiegen (+ 5,5%).

Im Jahr 2004 wurden je Einwohner rund 20,5 t verwertetes Material im Inland entnommen oder eingeführt. Rechnet man die nicht verwertete inländische Entnahme dazu – das sind vor allem Abraum und Bergematerial aus dem Bergbau – sind es rund 47,5 t je Einwohner.

Die verwertete inländische Abgabe von festem und gasförmigem Material an die Natur war bis zum Jahr 2004 rückläufig. Hier wirkte sich vor allem die Reduzierung der Luftemissionen aus, mit einem Minus von 4,3% von 1995 bis 2004 (Rückgang der CO₂-Emissionen um 3,7%).

Besondere Bedeutung im Rahmen des Konzepts der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen kommt der Betrachtung von branchenbezogenen Informationen zu. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche wird ein Datensatz bereitgestellt, der Aussagen zu Zusammenhängen zwischen ökologischen und ökonomischen Aspekten ermöglicht, etwa hinsichtlich des Energieverbrauchs und der Emissionen der wichtigsten Treibhausgase wie Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid.

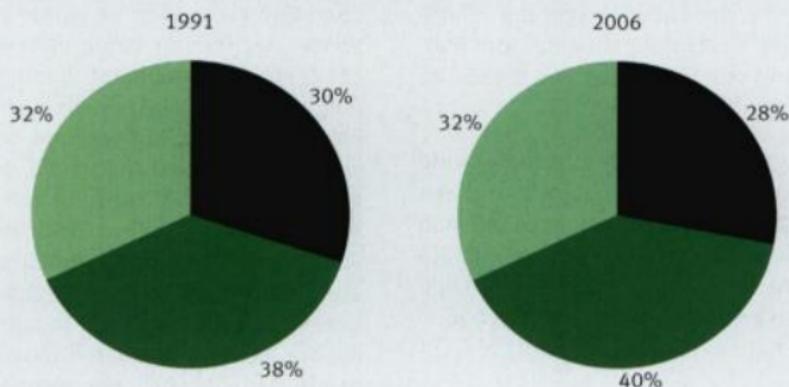
Insgesamt belief sich der vorläufige Primärenergieverbrauch 2005 in Deutschland auf 14 046 Petajoule (VGR-Konzept),

das entspricht rund 3,9 Mrd. Gigawattstunden. Davon entfielen 26,8% auf die privaten Haushalte und die übrigen 73,2% auf die Produktion. Im Produktionsbereich Energieversorgung wurde rund ein Viertel der Primärenergie verbraucht, in der chemischen Industrie waren es 9,6% und auf den Produktionsbereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung entfielen rund 1,3% des Energieverbrauchs. Die Nutzung von Energie ist für nahezu alle Produktionsprozesse von zentraler Bedeutung. Ihr Einsatz trägt aber zugleich häufig zu Belastungen der Umwelt bei, zum Beispiel durch die Entnahme nicht erneuerbarer Rohstoffe aus der Natur bei der Energiegewinnung, durch die Emission von Luftschadstoffen und klimabeeinflussenden Treibhausgasen und die Abgabe von festen Reststoffen sowie die Entnahme und Abgabe von Kühlwasser bei energetischer Umwandlung oder Verbrennung. Ein besonders enger Zusammenhang besteht zwischen dem Energieverbrauch und dem Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂), dem mengenmäßig bedeutsamsten Treibhausgas. Entsprechend haben Produktionsbereiche mit hohem Energieverbrauch in der Regel auch hohe Treibhausgasemissionen. Im Jahr 2004 wurden in Deutschland insgesamt 877 Mill. t CO₂-Emissionen emittiert. Dabei stammten rund 22,9% aus den privaten Haushalten.

Die durch die Umweltbelastungen sich ergebenden Veränderungen des Umweltzustandes sind besonders schwer statistisch messbar. Eine wichtige Quelle ist die regelmäßige Beobachtung der Wald-

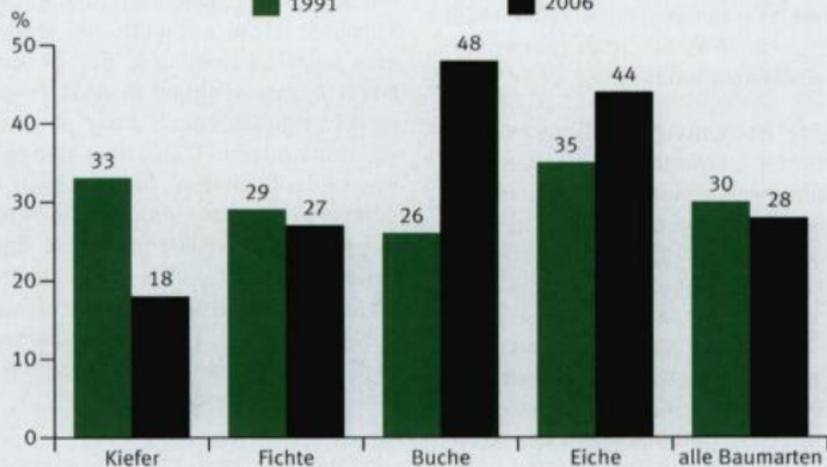
Waldschäden an allen Baumarten nach Schadstufen¹⁾

■ deutliche Schäden ■ schwach geschädigt ■ ohne Schäden



Baumarten mit deutlicher Schädigung¹⁾

■ 1991 ■ 2006



1) Ergebnisse der Waldschadenserhebungen 1991 und 2006 (Ermittlungen der Landesforstverwaltungen). – Anteil der Schadstufen an den Probestämmen.

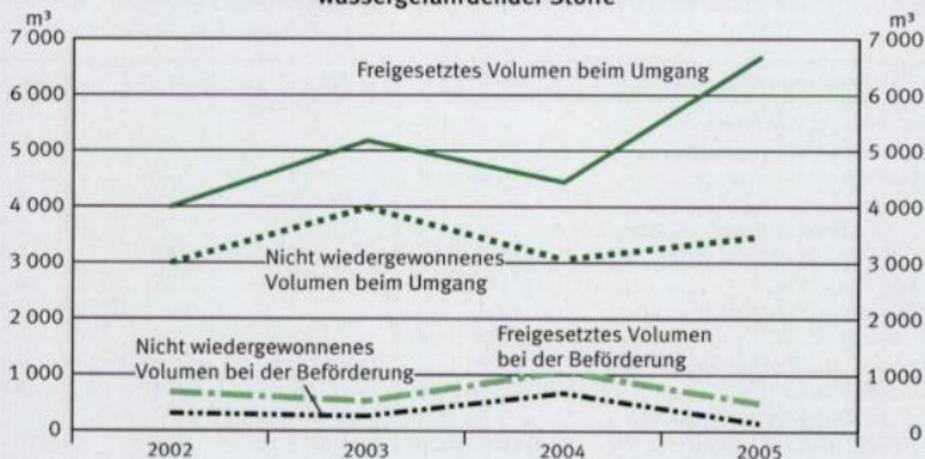
schäden: Seit Ende der 1970er-Jahre werden in Deutschland zunehmend flächenhafte Waldschäden registriert, die sich nicht nur auf natürliche Ursachen wie zum Beispiel Schädlingsbefall, Trockenheit oder Windwurf zurückführen lassen. Nach den jährlichen Waldzustandsberichten der Bundesregierung sind die Ursachen für diese Schäden vielschichtig. Neben den Dauerbelastungen durch Luftschadstoffe und aufgrund von Standortfaktoren beeinflussen auch andere Faktoren, etwa Witterungsextreme wie Trockenperioden oder Temperaturstürze, sowie unterschiedlicher Befall mit Schadorganismen den jeweiligen Kronenzustand der Waldbäume.

Zur Beurteilung des Zustandes der Wälder werden seit 1984 jährlich Wald-

schadenserhebungen durch die Landesforstverwaltungen durchgeführt. Um die Schadensentwicklung über lange Zeiträume beobachten und den Umfang der Schäden vergleichen zu können, wird nach verschiedenen Schadklassen (Schadstufen 0 = ohne Schadensmerkmale, 1 = schwache Schäden, 2 bis 4 = deutliche Schäden) abgegrenzt.

Unbesehen aller regionalen und baumartenspezifischen Unterschiede, zeigen die Ergebnisse der Waldschadenserhebung 2006, dass sich die seit 1991 zu beobachtende allmähliche Verbesserung des Kronenzustandes in den vergangenen Jahren nicht fortsetzen konnte. Die deutlichen Schäden waren von 30% im Jahr 1991 auf 21% im Jahr 1998 zurückgegangen, im Jahr 2006 wurden jedoch 28%

Freigesetztes und nicht wiedergewonnenes Volumen wassergefährdender Stoffe



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0353

der Bäume als stark geschädigt eingestuft. 40% der Wälder sind schwach geschädigt, ohne erkennbare Schadmerkmale sind 32%, dies entspricht dem Ergebnis von 1991. Bei der Betrachtung einzelner Baumarten ist zu erkennen, dass die Schädigungen der Kiefern im Vergleich zu 1991 deutlich nachgelassen haben, während sich die Werte der Fichte leicht verbessert haben. Der Flächenanteil geschädigter Bäume bei den Laubbaumarten Buche und Eiche ist im gleichen Zeitraum mit teilweise erheblichen jährlichen Schwankungen sehr deutlich gestiegen.

Unfälle beim Umgang und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe werden in der gleichnamigen Erhebung erfasst. Unter Umgang ist das Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden einschließlich des innerbetrieblichen Transports zu verstehen. Im Jahr 2005 ereigneten sich in

Deutschland 2 292 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Dabei wurde ein Volumen von 7 191 m³ freigesetzt, wovon 3 627 m³ nicht wiedergewonnen werden konnten, das heißt in der Umwelt verblieben. In der Mehrzahl der Unfälle (73%) waren Stoffe der Wassergefährdungsklasse 2 betroffen. Dazu gehören zum Beispiel Heizöl, Benzin und Dieselmotorenkraftstoff. Sie bildeten jedoch nur 10% des freigesetzten Volumens. Stark wassergefährdende Stoffe mit Wassergefährdungsklasse 3 wie Altöle, Rohbenzin und Quecksilber wurden bei 8% der Unfälle freigesetzt. Der Anteil der schwach wassergefährdenden Stoffe (Wassergefährdungsklasse 1) wie schweres Heizöl, Methanol und schweflige Säure betrug 7%. Einen Anteil von 82% am freigesetzten Volumen, aber nur 12% der Unfälle bildeten Stoffe mit unbekannter Wassergefährdungsklasse. Hierin sind mehrere Unfälle mit größeren Mengen Gülle, Jauche oder Silagesickersaft enthalten, die nicht

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005 ¹⁾
Haushaltsabfallaufkommen				
Haushaltsabfälle zusammen (ungefährlich)	kg/Einwohner	529	520	498
Haumüll, haumüllähnliche Gewerbeabfälle über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt	kg/Einwohner	192	189	169
Spermmüll	kg/Einwohner	32	31	26
Kompostierbare Abfälle aus der Biotonne	kg/Einwohner	42	44	46
Garten- und Parkabfälle biologisch abbaubar	kg/Einwohner	47	51	48
andere getrennt gesammelte Fraktionen zusammen	kg/Einwohner	217	205	210

1) Vorläufiges Ergebnis.

in Wassergefährdungsklassen eingestuft werden. Insgesamt beliefen sich die Kosten der Maßnahmen zur Schadensbegrenzung auf 13,3 Mill. Euro.

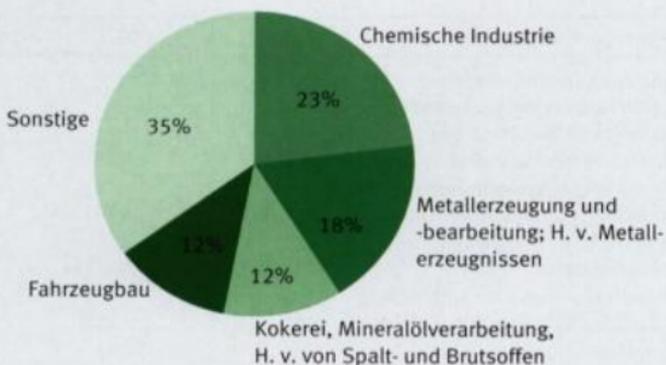
Für eine Darstellung der an Abfallanlagen entsorgten Abfälle in Deutschland wird vom Statistischen Bundesamt jährlich das Abfallaufkommen für die Hauptabfallströme berechnet. Einer dieser Hauptabfallströme ist die Menge der entsorgten Haushaltsabfälle.

Im Jahr 2005 wurden in Deutschland 498 kg Haushaltsabfälle je Einwohner an Abfallanlagen angeliefert. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelte Hausmüll von 192 kg je Einwohner im Jahr 2003 auf 169 kg je Einwohner im Jahr 2005 zurückgegangen. Die entsorgte Menge an Sperr-

müll ist in diesem Zeitraum ebenfalls gesunken von 32 kg je Einwohner im Jahr 2003 auf 26 kg je Einwohner im Jahr 2005. Die anderen getrennt gesammelten Fraktionen umfassen die aus Depotcontainern separat erfassten Mengen an Altglas, Papier und Pappe, Kunststoffe, usw.

Bedeutsam ist schließlich auch, inwieweit Wirtschaft und Gesellschaft Maßnahmen zum Schutz der Umwelt ergreifen und welche Ausgaben sie für diesen Zweck tätigen. Im Jahr 2003 beliefen sich die Umweltschutzausgaben des Staates, der privatisierten öffentlichen Versorgungsunternehmen und des produzierenden Gewerbes in Deutschland auf rund 34,1 Mrd. Euro, gegenüber 35,5 Mrd. Euro 1995. Dabei stand dem Rückgang der Investitionen ein Anstieg der laufenden Ausgaben gegenüber.

Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz im Jahr 2004¹⁾
nach Wirtschaftszweigen



1) Ohne Angaben zur Energie- und Wasserversorgung.

Die Erhebung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz untersucht die Umweltschutzkosten der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes in Deutschland. Von 1996 bis 2004 summierten sich die laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz der Unternehmen auf insgesamt 105 Mrd. Euro (ohne Angaben für den Bereich Energie- und Wasserversorgung im Jahr 2003 und 2004). Im Durchschnitt sind dies 11,7 Mrd. Euro pro Jahr.

Beispiele für laufende Aufwendungen für den Umweltschutz sind Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe, für Energie oder für Bruttolöhne und -gehälter, welche im Zusammenhang mit vorhandenen Umweltschutzanlagen entstehen.

Im Berichtsjahr 2004 beliefen sich die laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz des Produzierenden Gewerbes (ohne Angaben zur Energie- und Wasserversorgung) auf insgesamt 8,6 Mrd. Euro.

Dabei trug der Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ mit 1 998 Mill. Euro den größten monetären Anteil, gefolgt von den Wirtschaftszweigen „Metallerzeugung und -bearbeitung“ sowie Herstellung von Metallerzeugnissen“ mit 1 527 Mill. Euro. Im Bereich „Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen“ beliefen sich die laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz auf 1 069 Mill. Euro und im „Fahrzeugbau“ auf 988 Mill. Euro. Damit trugen die genannten Wirtschaftsbereiche zusammen etwa 65% der gesamten laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe (ohne Angaben zur Energie- und Wasserversorgung) im Jahr 2004.

Die umweltrelevanten Steuern beziehen sich auf die Umwelt belastende Aktivitäten, ihre Einnahmen sind aber nicht für den Umweltschutz zweckgebunden. Im Jahr 2006 betragen die Steuereinnahmen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2002	2003	2004
Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe)				
Wirtschaftszweige insgesamt	Mrd. EUR	12,28	9,33	8,57
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	Mrd. EUR	0,99	1,24	1,07
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mrd. EUR	2,41	2,28	2,00
Metallerzeugung und -bearbeitung; Herstellung von Metallerzeugnissen	Mrd. EUR	1,35 ¹⁾	1,99	1,53
Fahrzeugbau	Mrd. EUR	1,01	1,00	0,99
Energie- und Wasserversorgung	Mrd. EUR	3,00	-	-
Sonstige	Mrd. EUR	3,38	2,83	2,99

1) Ohne Angaben zur Herstellung von Metallerzeugnissen.

men (Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und Stromsteuer) insgesamt 55 Mrd. Euro, davon entfielen rund 40 Mrd. Euro auf die Mineralölsteuer, 9 Mrd. Euro auf die Kraftfahrzeugsteuer und 6 Mrd. Euro auf die Stromsteuer. Der Anteil dieser Steuern an den gesamten Steuereinnahmen lag damit bei rund 11%. Gegenüber 1998, dem Jahr vor Einführung der Ökosteuer, sind die umweltbezogenen Steuereinnahmen um rund 4% gestiegen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates besteht darin, für die Verwirklichung und Durchsetzung des von der Volksvertretung gesetzten Rechts zu sorgen. Bei einer von Gewaltenteilung bestimmten Verfassung wie dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland fällt diese Aufgabe in die Zuständigkeit der „dritten“ Gewalt, der Rechtsprechung.

Zu den Aufgaben der Justiz gehört aber nicht nur das Tätigwerden der Gerichte, in denen von unabhängigen Richterinnen und Richtern Recht gesprochen wird, sondern auch die Vollstreckung dessen, was für Recht befunden wurde. Auch die Ermittlungstätigkeit der Polizei in Strafsachen kann als ein Teil der Rechtspflege bezeichnet werden.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
Deutschland				
Tatermittlung¹⁾				
Bekannt gewordene Straftaten	Anzahl	6 572 135	6 633 156	6 391 715
Aufgeklärte Straftaten	Anzahl	3 486 685	3 596 963	3 518 567
Strafmündige Tatverdächtige	Anzahl	2 228 803	2 268 498	2 210 012
Männer	Anzahl	1 709 430	1 734 482	1 691 243
Frauen	Anzahl	519 373	534 016	518 769
Jugendliche	Anzahl	293 907	297 087	284 450
Heranwachsende	Anzahl	247 456	250 534	247 450
Erwachsene	Anzahl	1 687 440	1 720 877	1 678 112
Früheres Bundesgebiet²⁾				
Strafverfolgung				
Strafrichterlich Abgeurteilte	Anzahl	911 848	958 259	964 754
die verurteilt wurden	Anzahl	736 297	775 802	780 659
Männer	Anzahl	607 961	637 324	639 769
Frauen	Anzahl	128 336	138 478	140 890
Jugendliche	Anzahl	52 905	56 760	57 687
Heranwachsende	Anzahl	75 468	77 876	77 229
Erwachsene	Anzahl	607 924	641 166	645 743
Verurteilte nach Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren				
14 – 16	Anzahl	20 209	21 507	21 259
16 – 18	Anzahl	32 696	35 253	36 428
18 – 21	Anzahl	75 468	77 876	77 229
21 – 25	Anzahl	116 335	124 283	124 625
25 – 30	Anzahl	103 977	109 831	111 848
30 – 40	Anzahl	180 323	183 703	179 839
40 – 50	Anzahl	117 702	127 537	130 998
50 – 60	Anzahl	56 949	60 720	62 516
60 und mehr	Anzahl	32 638	35 092	35 917

1) Quelle: Bundeskriminalamt; ohne Straßenverkehrsdelikte. – 2) Einschl. Berlin.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2003	2004	2005
Früheres Bundesgebiet¹⁾				
Verurteilte wegen Straftaten				
(ohne solche im Straßenverkehr)	Anzahl	541 019	579 318	591 357
darunter:				
Diebstahl	Anzahl	117 917	118 250	111 471
Schwerer Diebstahl	Anzahl	22 693	23 980	23 673
Raub und Erpressung	Anzahl	9 514	10 187	9 843
Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	Anzahl	60 085	66 026	70 195
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	Anzahl	7 333	7 900	7 882
Mord und Totschlag	Anzahl	641	647	595
Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr	Anzahl	195 278	196 484	189 302
Verurteiltenziffern der Deutschen	Anzahl	558 461	596 001	600 519
Männer	Ziffer ²⁾	1 801	1 901	1 901
Frauen	Ziffer ²⁾	367	400	406
Jugendliche	Ziffer ²⁾	1 589	1 688	1 662
Heranwachsende	Ziffer ²⁾	3 077	3 207	3 120
Erwachsene	Ziffer ²⁾	943	1 006	1 012

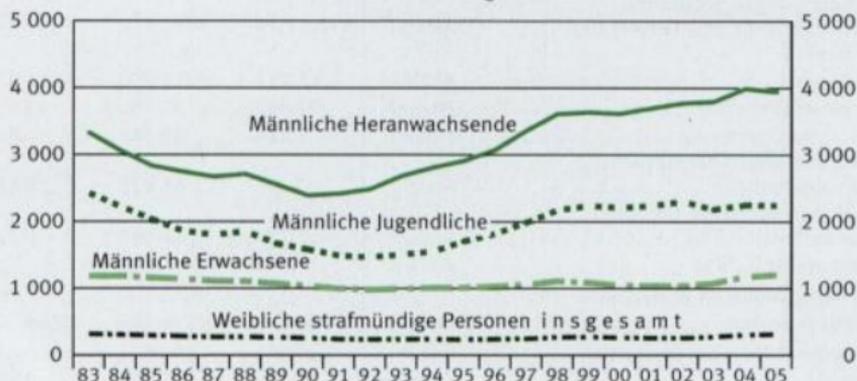
1) Einschl. Berlin. – 2) Verurteilte Deutsche je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe.

Dem gerichtlichen Strafverfahren geht in der Regel ein polizeiliches Ermittlungsverfahren voraus. Die polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts weist für das Jahr 2005 in Deutschland rund 6,4 Mill. bekannt gewordene und 3,5 Mill. aufgeklärte Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) aus. Als Tatverdächtige wurden im selben Jahr rund 2,3 Mill. Personen (einschl. der strafunmündigen – unter 14-jährigen – Tatverdächtigen) polizeilich registriert. Nur gegen einen Teil der Tatverdächtigen wird dann auch ein Strafverfahren eröffnet, das mit einer Verurteilung oder einem Freispruch der Angeklagten, aber auch mit einer Verfahrenseinstellung beendet werden kann.

Im Jahr 2005 wurden im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin rund 780 700 Personen, davon etwa 189 300 wegen Straßenverkehrsdelikten, verurteilt. Für 19% der knapp 964 800 strafgerichtlich Abgeurteilten endete das Verfahren dagegen mit einer Einstellung oder einem Freispruch.

Bezogen auf die deutsche Bevölkerung im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin wurden im Jahr 2005 insgesamt 1 125 je 100 000 strafmündige Einwohner verurteilt. Männer wurden mit 1 901 Personen je 100 000 männliche Einwohner etwa fünf Mal so oft verurteilt wie Frauen (406). Heranwachsende (3 120) etwa drei Mal so häufig wie Erwachsene (1 012)

Wegen Verbrechen und Vergehen¹⁾ verurteilte Deutsche
je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe
Früheres Bundesgebiet²⁾



1) Ohne Vergehen im Straßenverkehr. – 2) Seit 1995 einschl. Berlin-Ost.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0334

Gegenstand der Nachweisung

Einheit

2004

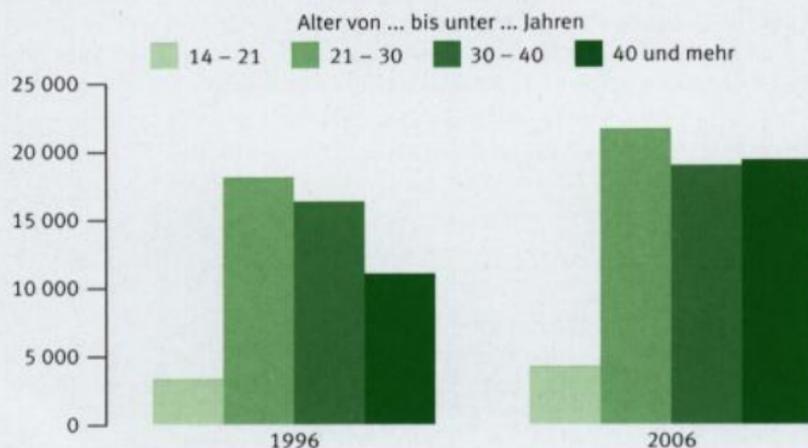
2005

2006

Deutschland

Einsitzende in Justizvollzugsanstalten¹⁾	Anzahl	79 452	78 664	76 629
Einzel-Unterbringung ²⁾	Anzahl	41 748	42 967	43 297
Gemeinsame Unterbringung ²⁾	Anzahl	37 003	35 023	32 649
nach Vollzugsarten				
Strafvollzug	Anzahl	60 486	60 555	60 744
Freiheitsstrafe	Anzahl	53 749	54 038	54 112
Jugendstrafe	Anzahl	6 737	6 517	6 632
Untersuchungshaft	Anzahl	15 783	15 228	13 330
Personen von ... bis unter ... Jahren				
14 – 18	Anzahl	685	652	597
18 – 21	Anzahl	1 586	1 547	1 319
21 und mehr	Anzahl	13 512	13 029	11 414
Sicherungsverwahrung und sonstiger				
Freiheitsentzug	Anzahl	3 183	2 881	2 555
dar.: Abschiebehaft	Anzahl	1 416	1 113	798

1) Stand jeweils 30. 11., ohne vorübergehend abwesende Personen (insbesondere Hafturlauber). – 2) Ohne Bremen.

Strafgefangene¹⁾ nach dem Alter

1) Stichtag: 31.3.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0335

und fast doppelt so häufig wie Jugendliche (1 662).

Die registrierte Kriminalität Jugendlicher im Alter von 14 bis 18 Jahren und Heranwachsender (18 bis 21 Jahre) ist höher als die der Erwachsenen. Insbesondere aufgrund ihrer (noch) lockeren sozialen und lebensgeschichtlichen Einbindung scheinen junge Menschen für Gesetzesverstöße besonders anfällig zu sein. Allerdings sind insbesondere die Straftaten Jugendlicher in der Regel weniger schwerwiegend als die der Erwachsenen. Im Jahr 2005 machte bei den Jugendlichen der sogenannte einfache Diebstahl (in der Regel Ladendiebstahl) 23% aller Aburteilungen aus; bei den älteren Verurteilten lag der entsprechende Anteil bei 13%. Ebenfalls jugendtypische Delikte

sind – gemessen an den Verurteiltenzahlen – Körperverletzungs- und Drogendelikte.

Wirtschaft



GESAMTWIRTSCHAFT

Das Bruttoinlandsprodukt misst die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft von der Produktionsseite her. Es setzt sich aus dem Wert sämtlicher im Inland in einem bestimmten Zeitraum produzierten Waren und Dienstleistungen zusammen, abzüglich der als Vorleistungen

verbrauchten Güter und der Importe. Im Jahr 2006 hat das Bruttoinlandsprodukt gegenüber 2005 preisbereinigt um 2,8% zugenommen. Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen lag im Jahr 2006 in Deutschland bei 2 309,1 Mrd. Euro, das waren 3,0% mehr als im Vorjahr.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004 ¹⁾	2005 ¹⁾	2006 ¹⁾
Bruttowertschöpfung²⁾	Mrd. EUR	1 994,2	2 022,5	2 081,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Mrd. EUR	24,3	19,9	20,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe dar.: Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. EUR	493,2	514,7	541,3
Baugewerbe	Mrd. EUR	449,7	470,0	492,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Mrd. EUR	82,8	78,7	82,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	Mrd. EUR	357,8	365,6	380,7
Öffentliche und private Dienstleister	Mrd. EUR	582,6	591,3	602,3
Bruttoinlandsprodukt²⁾	Mrd. EUR	453,6	452,2	454,2
Private Konsumausgaben	Mrd. EUR	2 207,2	2 241,0	2 309,1
Konsumausgaben des Staates	Mrd. EUR	1 302,9	1 321,1	1 348,7
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd. EUR	415,1	419,6	424,9
Ausrüstungen	Mrd. EUR	384,4	386,9	411,8
Bauten	Mrd. EUR	151,9	159,4	169,6
Sonstige Anlagen	Mrd. EUR	207,9	202,3	216,2
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	Mrd. EUR	24,7	25,2	25,9
Inländische Verwendung	Mrd. EUR	- 6,1	- 2,6	- 1,3
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Mrd. EUR	2 096,3	2 125,0	2 184,0
Exporte	Mrd. EUR	110,9	116,0	125,1
Importe	Mrd. EUR	844,1	912,3	1 040,3
Bruttonationaleinkommen²⁾	Mrd. EUR	733,2	796,3	915,2
Volkseinkommen²⁾	Mrd. EUR	2 209,4	2 248,2	2 335,0
Arbeitnehmerentgelt	Mrd. EUR	1 650,6	1 675,1	1 746,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	Mrd. EUR	1 136,8	1 129,3	1 145,7
Bruttolöhne und -gehälter (BLG)	Mrd. EUR	513,8	545,9	601,2
Verdienst (BLG je Arbeitnehmer)	EUR	914,3	911,4	925,3
Nettolöhne und -gehälter (NLG)	Mrd. EUR	2 204	2 210	2 228
Nettoverdienst (NLG je Arbeitnehmer)	EUR	603,1	601,4	603,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt .	2000=100	1 454	1 458	1 454
Veränderungsrate des BIP ³⁾	%	102,3	103,2	106,1
		1,2	0,9	2,8

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) In jeweiligen Preisen. – 3) Preisbereinigt, verkettet.

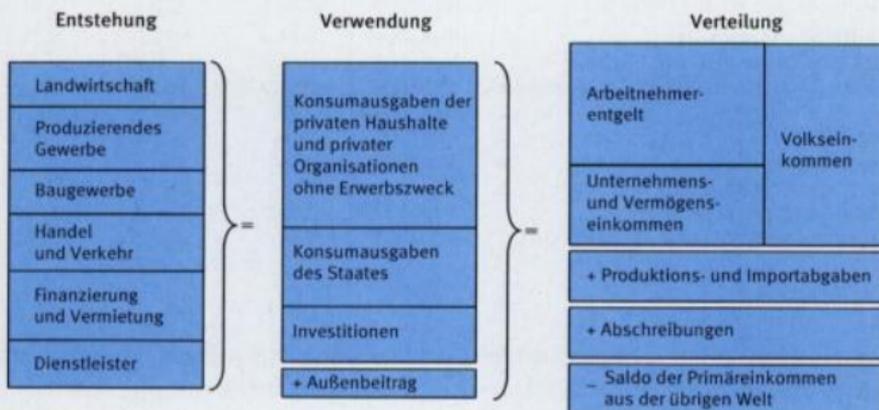
Das Bruttonationaleinkommen, das sich vom Bruttoinlandsprodukt um den Saldo der Primäreinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt unterscheidet, nahm im Jahr 2006 in Deutschland nominal um 3,9% auf 2 335,0 Mrd. Euro zu.

Bei einer Betrachtung der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen zeigt sich, dass auch im Jahr 2006 in Deutschland der Wirtschaftsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit 602,3 Mrd. Euro einen größeren Wertschöpfungsbeitrag leistete als das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe, das 541,3 Mrd. Euro erreichte. Es folgten mit etwas geringeren Anteilen öffentliche und private Dienstleister mit 454,2 Mrd. Euro und Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 380,7 Mrd. Euro, während das Baugewerbe

(82,5 Mrd. Euro) und vor allem die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (20,1 Mrd. Euro) deutlich geringere Anteile an der Wertschöpfung hatten.

Die Nachfrage der privaten Haushalte, der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, der Kapitalgesellschaften, des Staates und des Auslands bestimmen die Absatzchancen der Unternehmen. Diesen Zusammenhang bildet die Darstellung der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts ab. Im Jahr 2006 gab es in jeweiligen Preisen eine geringfügige Zunahme der Nachfrage aus dem Inland um insgesamt 2,8%. Mehr als die Hälfte des deutschen Bruttoinlandsprodukts wurde von privaten Haushalten und den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck für den Konsum nachgefragt. Die Zunahme bei den Konsumausgaben des Staa-

Das Bruttoinlandsprodukt



Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0336

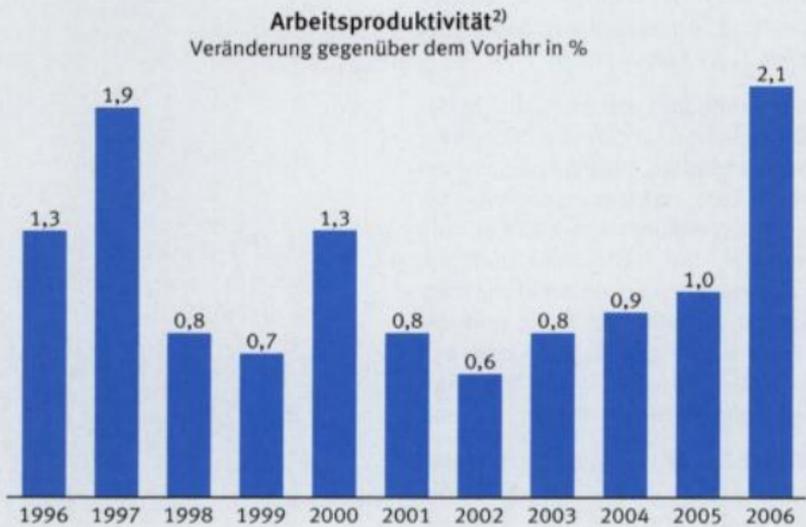
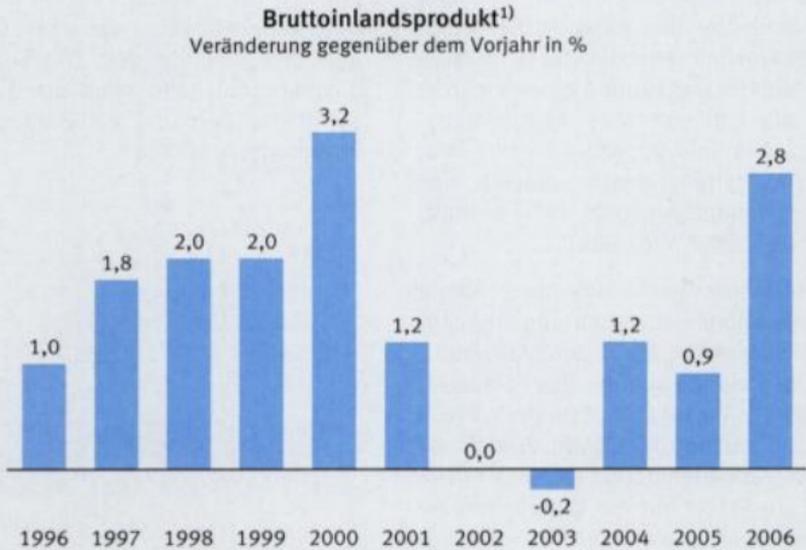
GESAMTWIRTSCHAFT

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004 ¹⁾	2005 ¹⁾	2006 ¹⁾
Erwerbstätige	1 000	38 875	38 823	39 090
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	873	850	846
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	8 019	7 883	7 805
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	1 000	7 633	7 506	7 434
Baugewerbe	1 000	2 254	2 165	2 157
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	9 797	9 764	9 787
Finanzierung, Vermietung und				
Unternehmensdienstleister	1 000	6 298	6 399	6 608
Öffentliche und private Dienstleister	1 000	11 634	11 762	11 887
Arbeitnehmer	1 000	34 653	34 467	34 698
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	457	441	441
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	7 703	7 560	7 486
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	1 000	7 318	7 184	7 116
Baugewerbe	1 000	1 838	1 738	1 720
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	8 562	8 521	8 569
Finanzierung, Vermietung und				
Unternehmensdienstleister	1 000	5 385	5 430	5 609
Öffentliche und private Dienstleister	1 000	10 708	10 777	10 873
Arbeitnehmerentgelt	Mrd. EUR	1 137,5	1 130,2	1 146,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Mrd. EUR	8,4	8,2	8,3
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Mrd. EUR	337,6	333,3	337,6
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. EUR	316,2	312,0	316,3
Baugewerbe	Mrd. EUR	53,8	50,6	50,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Mrd. EUR	224,1	224,1	227,0
Finanzierung, Vermietung und				
Unternehmensdienstleister	Mrd. EUR	181,4	185,2	192,3
Öffentliche und private Dienstleister	Mrd. EUR	332,1	329,0	330,9
Bruttolöhne und -gehälter	Mrd. EUR	914,6	912,0	925,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Mrd. EUR	6,9	6,8	6,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Mrd. EUR	269,3	268,2	272,0
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. EUR	253,7	252,5	256,5
Baugewerbe	Mrd. EUR	44,2	41,7	41,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Mrd. EUR	184,1	184,5	186,8
Finanzierung, Vermietung und				
Unternehmensdienstleister	Mrd. EUR	145,6	148,3	154,4
Öffentliche und private Dienstleister	Mrd. EUR	264,5	262,5	264,2

1) Vorläufiges Ergebnis.

tes lag im Jahr 2006 bei 1,2%, und die der privaten Konsumausgaben bei 2,1%. Positiv entwickelte sich die Nachfrage nach Ausrüstungen (Maschinen, Geräte und Fahrzeuge), die im Jahr 2006 um 6,4% zu-

nahm. Sonstige Anlagegüter (u. a. Computersoftware, Urheberrechte, Nutztiere und Nutzpflanzungen) wurden um 3,0% mehr nachgefragt als 2005. Die Bauinvestitionen nahmen um 6,9% zu.



1) Preisbereinigt, verkettet. — 2) Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je Erwerbstätigen.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0337

Neben der Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts ist auch die Verteilung der Einkommen in der Volkswirtschaft von Interesse. Das Bruttonationaleinkommen, die umfassendste Einkommensgröße, lag im Jahr 2006 bei 2 335,0 Mrd. Euro. Das Nettonationaleinkommen, das die Abschreibungen nicht mehr enthält, erreichte 2 000,6 Mrd. Euro.

Das Volkseinkommen, das durch Abzug der Produktions- und Importabgaben (abzüglich Subventionen) an den Staat ermittelt wird, stellt die Summe aller Faktorentgelte dar. Es lag im Jahr 2006 bei 1 746,9 Mrd. Euro, wovon 1 145,7 Mrd. Euro (66%) auf das Arbeitnehmerentgelt und 601,2 Mrd. Euro (34%) auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entfielen.

Die Lohnkosten der Inländer (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) lagen bei monatlich 2 759 Euro.

Die Bruttolöhne und -gehälter, die die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung nicht mehr enthalten, lagen insgesamt bei 925,3 Mrd. Euro, das war ein monatlicher Durchschnittsverdienst von 2 228 Euro je Arbeitnehmer. Die Nettolöhne und -gehälter, die nach Abzug der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und der Lohnsteuer verbleiben, lagen insgesamt bei 603,8 Mrd. Euro, was monatlich 1 454 Euro je Arbeitnehmer entsprach.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte enthält neben den Nettolöhnen und -gehältern auch den Betriebsüberschuss, die Selbstständigeneinkommen, die Vermögenseinkommen sowie die per saldo empfangenen Transfers der

privaten Haushalte. Es lag im Jahr 2006 bei 1 486,9 Mrd. Euro und damit um 1,9% über dem Vorjahreswert. Das Sparen der privaten Haushalte stieg um 1,7% auf 159,5 Mrd. Euro und die Sparquote blieb unverändert bei 10,6%.

Obwohl der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) mit 1,1% (2005) außerordentlich gering ist, können gut 80% des Nahrungsbedarfs in Deutschland aus heimischer Produktion gedeckt werden. Auch für die Beschäftigung spielt die Landwirtschaft eine untergeordnete Rolle. Im Jahr 2005 waren rund 1,3 Mill. Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Mit gut 744 000 Personen überwogen im Jahr 2005 im früheren Bundesgebiet nach wie vor die Familienarbeitskräfte, etwa ein Viertel von ihnen war vollbeschäftigt, während in den neuen Ländern die familienfremden Arbeitskräfte (rund 126 000 der insgesamt rund 165 000 Arbeitskräfte) dominierten. Hier lag der Anteil der Vollbeschäftigten bei knapp 50%.

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland bewirtschafteten im Jahr 2006 rund 17 Mill. ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), darunter rund 70% Ackerland, 29% Dauergrünland und rund 0,6% Rebland. In den letzten vier Jahren verringerte sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche geringfügig um 23 200 ha (0,1%), wobei sich im gleichen Zeitraum der Anteil des Ackerlandes um 4% erhöhte. Der Anteil des Dauergrünlandes sank um 1,8% und der Rebflächenanteil um knapp 2%. Auf dem Ackerland hat im Jahr 2006 der Getreideanbau mit rund 7 Mill. ha oder gut 57% der Fläche etwas an Bedeutung verloren. Hierbei belegt der ertragreiche Weizen mit einer Anbaufläche von mehr als 3 Mill. ha inzwischen über ein Viertel des Ackerlandes. Mit einem Anteil von 17% nimmt die Gerste

den zweiten Platz der wichtigsten Getreidearten ein.

Gemüse wurde im Jahr 2006 in Deutschland von mehr als 13 000 landwirtschaftlichen Betrieben auf einer Anbaufläche von 112 431 ha angebaut. Gegenüber dem Vorjahr ist bei der Anbaufläche ein Zuwachs von 1,5% oder 1 891 ha zu verzeichnen. Nach der Aufwärtsentwicklung des Gemüseanbaus in den letzten Jahren liegt auch die Gemüseernte 2006 mit rund 3,0 Mill. Tonnen (t) weiterhin auf einem hohen Niveau.

Insgesamt 12,7 Mill. Rinder, darunter 4,1 Mill. Milchkühe, und 26,5 Mill. Schweine, darunter 10,6 Mill. Mastschweine, wurden im Mai 2006 von den landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland gehalten. In der repräsentativen Viehbestandserhebung wurde zusätzlich ein um 3,1% gesunkenen Schafbestand von 2,6 Mill. Tieren ermittelt. Der Rinderbestand verringerte sich im Vergleich zum Mai 2005 um 268 600 Tiere oder 2,2%. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Rinder bundesweit um 19,1% gesunken. Auch der Schweinebestand nahm im Vergleich zum Mai 2005 um 336 500 Tiere oder 1,3% ab. Betrachtet man jedoch einen längeren Zeitraum, so wuchs seit 1995 der Schweinebestand um 3,1 Mill. Tiere oder 13,2%. Insgesamt unterlag der Schweinebestand seit 1996 immer wieder Schwankungen. Hauptursache hierfür waren Veränderungen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Schweinemäster.

Schweinefleisch hatte mit 4,6 Mill. t den Hauptanteil an der gewerblichen Fleisch-

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	17 020	17 035	16 951
darunter:				
Ackerland	1 000 ha	11 899	11 903	11 866
Dauergrünland	1 000 ha	4 913	4 929	4 882
Rebland	1 000 ha	98	97	97
Obstanlagen	1 000 ha	68	66	66
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte¹⁾	1 000	.	1 276	.
dar.: Familienarbeitskräfte	1 000	.	783	.
Ernte				
Getreide	1 000 t	51 097	45 980	43 475
Gemüse ²⁾	1 000 t	3 004	2 841	2 969
Obst (Markttobstbau)	1 000 t	1 300	1 132	1 293
Viehbestand				
Rinder	Mill.	13,2	13,0	12,7
Schafe	Mill.	2,7	2,6	2,6
Schweine	Mill.	25,7	26,9	26,5
Landwirtschaftliche Betriebe³⁾	1 000	402	397	380
mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha				
unter 2	1 000	29	31	27
2 – 10	1 000	123	120	114
10 – 20	1 000	73	73	69
20 – 30	1 000	38	37	36
30 – 50	1 000	53	52	49
50 – 100	1 000	55	54	55
100 and mehr	1 000	30	30	31

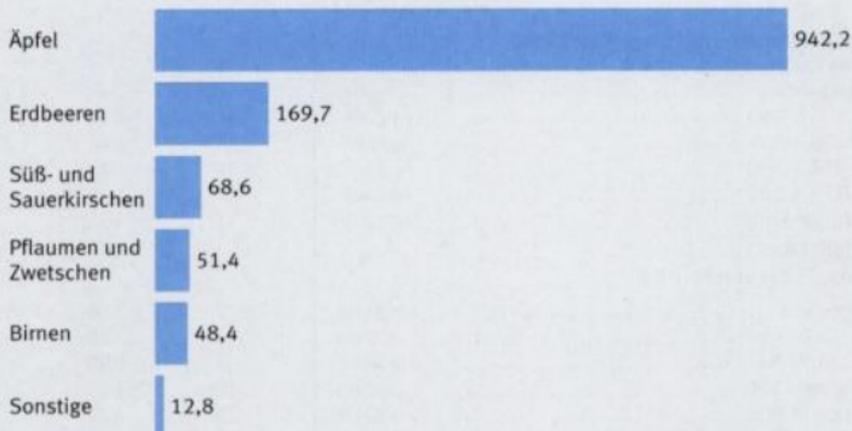
1) Im Betrieb beschäftigte Familienarbeitskräfte sowie ständige und nichtständige familienfremde Arbeitskräfte. –
2) Ausgewählte Gemüsearten auf dem Freiland und Anbau in Unterglasanlagen. – 3) 2006: Ergebnisse abgeleitet aus der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung.

erzeugung, die sich im Jahr 2006 auf insgesamt 6,9 Mill. t belief, gefolgt von Rindfleisch (1,1 Mill. t) und Geflügelfleisch (1 Mill. t). Die gesamte gewerbliche Produktion von Fleisch ist 2006 gegenüber dem Vorjahr um 2,8% gestiegen, was vor allem auf einen Anstieg der Schweineschlachtungen zurückzuführen ist. Auch die Zahl der geschlachteten Rinder erhöhte sich leicht um 56 000 Tiere oder 1,7% und die Erzeugung von Geflügelfleisch sank um 0,4%.

Im Jahr 2006 wurden in Betrieben von Unternehmen mit mehr als 3 000 Hennenhaltungsplätzen 9,9 Mrd. Eier erzeugt. Damit wurde das Ergebnis des Vorjahres mit einem Plus von 3,0% nur knapp übertroffen. Diese Unternehmen hielten am 1. Dezember 2006 insgesamt 32,5 Mill. Hennen, womit die verfügbaren Stallplätze zu 82,1% ausgelastet waren. Von den 39,6 Mill. in Deutschland vorhandenen Hennenhaltungsplätzen befanden sich rund 28 Mill. in Käfighaltung, 6,0 Mill. in

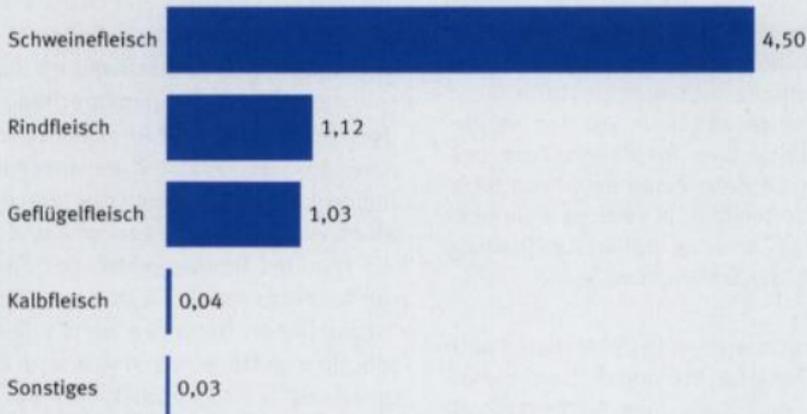
Obsternte 2006

1 000 t



Schlachtungen und Fleischerzeugung 2006¹⁾

Mill. t



1) Schlachtmenge aus gewerblichen Schlachtungen.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Staatsforsten	Körperschaftsforsten	Privatforsten
Forstbetriebe 2006				
Zahl der Betriebe mit einer Waldfläche von ... bis unter ... ha				
insgesamt	Anzahl	648	8 047	19 036
1 – 50	Anzahl	27	3 018	15 212
50 – 200	Anzahl	24	2 644	2 580
200 – 500	Anzahl	29	1 325	756
500 – 1 000	Anzahl	37	595	291
1 000 und mehr	Anzahl	531	465	197
Waldfläche von ... bis unter ... ha				
insgesamt	1 000 ha	3 577	2 166	1 669
1 – 50	1 000 ha	1	75	282
50 – 200	1 000 ha	3	283	251
200 – 500	1 000 ha	10	418	234
500 – 1 000	1 000 ha	29	422	203
1 000 und mehr	1 000 ha	3 534	969	699

Bodenhaltung und 5,7 Mill. in der Freilandhaltung. Die Mehrzahl der Hennen wurde auch 2006 in größeren Betrieben gehalten. So wurden gut 52% aller Hennen in Betrieben mit Platz für 100 000 und mehr Hennen gehalten. An den verfügbaren Stallplätzen für Käfighaltung hatten diese Betriebe einen Anteil von 62%. Bei der Bodenhaltung verfügten sie über knapp 23% und bei der Freilandhaltung über 35% der Stallkapazitäten.

Im Jahr 2005 wurden in Deutschland rund 13 600 Betriebe ökologisch bewirtschaftet, das sind 3,4% aller landwirtschaftlichen Betriebe. Dies entspricht einem Zuwachs von 42% (rund 4 000 Betriebe) gegenüber 1999. Der Umfang an ökologisch genutzter Fläche stieg um rund 293 000 ha gegenüber 1999 auf 782 000

ha LF. Dabei war im Jahr 2005 in den neuen Ländern der Anteil der Ökobetriebe an der Zahl der Landwirtschaftsbetriebe insgesamt doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet. Dementsprechend unterscheiden sich die Anteile der Ökoflächen an der gesamten bewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Fläche mit 6,2% in den neuen Ländern und 3,8% im früheren Bundesgebiet. Der Zuwachs an landwirtschaftlich genutzter Fläche in ökologischen Betrieben ist u. a. auf den deutlich gestiegenen Anteil von Dauergrünland (+73%) zurückzuführen. Auch die ökologisch bewirtschaftete Ackerfläche nahm zu, im Vergleich zu 1999 um 49%, während die Dauerkulturen im ökologischen Landbau einen vergleichsweise geringen Anstieg (+29%) aufwiesen.

PRODUZIERENDES GEWERBE

Auch wenn sich seine Bedeutung in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dienstleistungsbereich verringert hat, ist das Produzierende Gewerbe weiterhin ein zentraler Bereich der Volkswirtschaft.

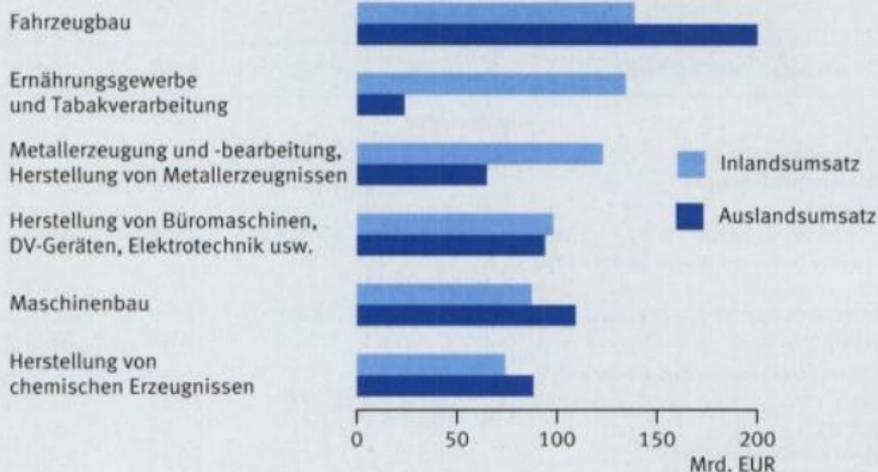
Es umfasst die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung (jeweils einschl. produzierendes Handwerk). In die

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Deutschland				
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe				
Originalwerte				
Produzierendes Gewerbe	2000 = 100	101,7	104,1	109,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2000 = 100	89,0	87,2	84,2
Verarbeitendes Gewerbe	2000 = 100	103,5	106,9	113,2
Energieversorgung	2000 = 100	104,9	104,7	105,9
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾²⁾				
Betriebe ³⁾	Anzahl	47 973	47 281	46 439
Beschäftigte ³⁾	1 000	6 015	5 928	5 893
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	9 322	9 184	9 205
Entgelte	Mrd. EUR	226	226	230
Umsatz	Mrd. EUR	1 423	1 488	1 589
dar.: Auslandsumsatz	Mrd. EUR	564	604	666
Index des Auftragseingangs (Volumen) für das Verarbeitende Gewerbe				
2000 = 100				
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²⁾				
Betriebe ⁴⁾	Anzahl	76 720	76 075	76 034
Beschäftigte ³⁾	1 000	767	717	710
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	887	816	838
Index des Auftragseingangs (Volumen)				
Hochbau	2000 = 100	66,8	64,4	67,2
Tiefbau	2000 = 100	85,4	84,6	85,2
Energie- und Wasserversorgung²⁾				
Betriebe ³⁾	Anzahl	1 747	1 748	1 740
Beschäftigte ³⁾	1 000	251	248	247
Entgelte	Mrd. EUR	10	11	11
Elektrizitätserzeugung	Mrd. kWh	533	532	540
Erdgasgewinnung im Inland	Mrd. kWh	184	181	188

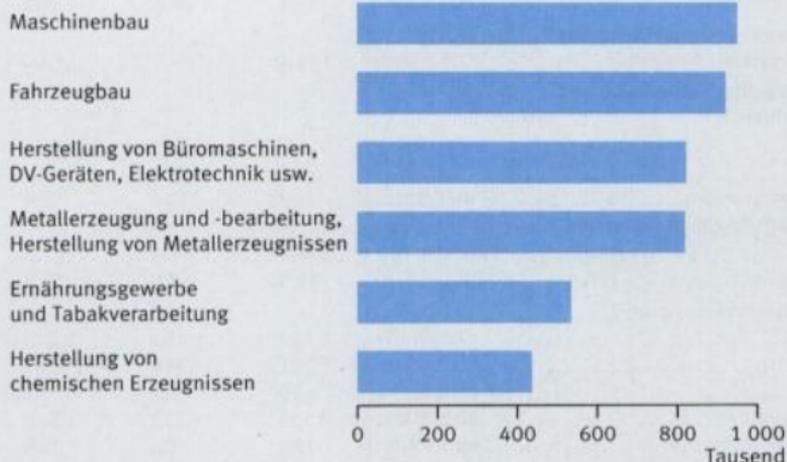
1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk. – 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 3) Durchschnitt aus 12 Monatswerten. – 4) Sämtliche Betriebe, Ergänzungserhebung jeweils Ende Juni.

Umsatz und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe 2006¹⁾ Ausgewählte Wirtschaftsgruppen²⁾

Umsatz³⁾



Beschäftigte



1) Sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden. – 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 3) Ohne Umsatzsteuer.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0340

PRODUZIERENDES GEWERBE

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Früheres Bundesgebiet				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾²⁾				
Betriebe ³⁾	Anzahl	39 628	38 476 ⁷⁾	37 745 ⁷⁾
Beschäftigte ³⁾	1 000	5 376	5 207 ⁷⁾	5 164 ⁷⁾
Geleistete Arbeiterstunden ⁴⁾	Mill. Std.	8 249	7 986 ⁷⁾	7 984 ⁷⁾
Lohn- und Gehaltssumme	Mrd. EUR	209	206 ⁷⁾	209 ⁷⁾
Umsatz	Mrd. EUR	1 303	1 331 ⁷⁾	1 414 ⁷⁾
dar.: Auslandsumsatz	Mrd. EUR	533	561 ⁷⁾	615 ⁷⁾
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²⁾⁵⁾				
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	53 700	52 981	53 052
Beschäftigte ³⁾	1 000	561	528	526
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	642	593	616
Neue Länder und Berlin-Ost				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾²⁾				
Betriebe ³⁾	Anzahl	8 345	8 806 ⁸⁾	8 693 ⁸⁾
Beschäftigte ³⁾	1 000	640	721 ⁸⁾	730 ⁸⁾
Geleistete Arbeiterstunden ⁴⁾	Mill. Std.	1 073	1 199 ⁸⁾	1 221 ⁸⁾
Lohn- und Gehaltssumme	Mrd. EUR	17	21 ⁸⁾	21 ⁸⁾
Umsatz	Mrd. EUR	120	158 ⁸⁾	175 ⁸⁾
dar.: Auslandsumsatz	Mrd. EUR	31	43 ⁸⁾	51 ⁸⁾
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²⁾⁵⁾				
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	23 020	23 094	22 982
Beschäftigte ³⁾	1 000	206	189	185
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	245	222	222

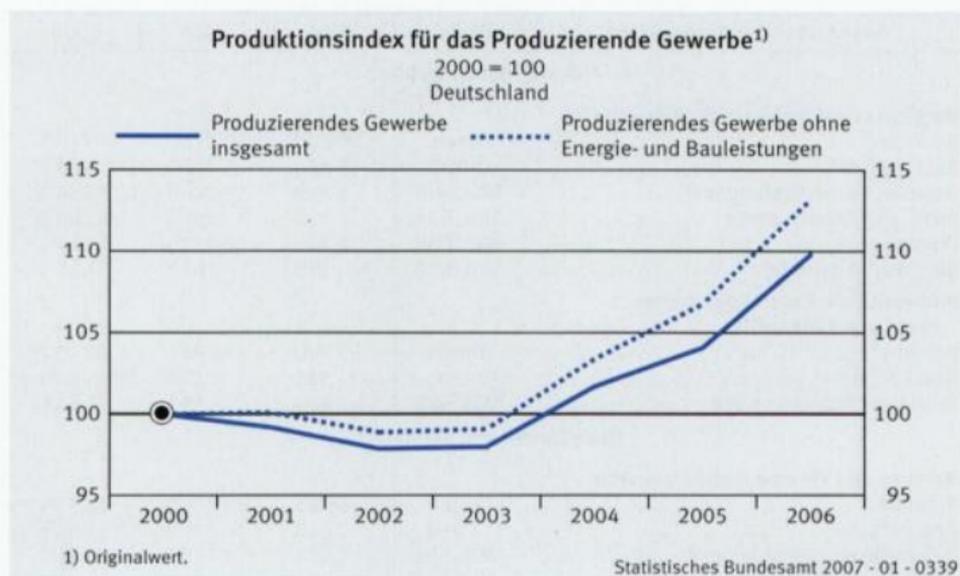
1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschl. Handwerk. – 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 3) Durchschnitt aus 12 Monatswerten. – 4) Ab 2003 geleistete Arbeitsstunden (aller Beschäftigten). – 5) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin, neue Länder und Berlin. – 6) Sämtliche Betriebe, Ergänzungserhebung jeweils Ende Juni. – 7) Ab Berichtsjahr 2005 ohne Berlin-West. – 8) Ab Berichtsjahr 2005 einschl. Berlin-West.

Erhebungen werden im Allgemeinen nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten und deren Betriebe einbezogen.

Im Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, der innerhalb des Produzierenden Gewerbes die bedeutendste Rolle spielt, gab es im Jahr 2006 in Deutschland rund 46 400 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und

mehr Beschäftigten, davon 81% (37 700 Betriebe) im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West). Bei diesen Betrieben waren in Deutschland 5,9 Mill. beschäftigt, von ihnen arbeiteten fast 88% im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West).

Im Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau gab es im Jahr 2006 in Deutschland 76 000 (–0,1%) Be-



triebe mit 0,7 Mill. Beschäftigten. 53 100 Betriebe mit 0,5 Mill. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) gezählt und gut 23 000 Betriebe mit 0,2 Mill. Beschäftigten in den neuen Ländern (mit Berlin).

In der Energie- und Wasserversorgung waren im Jahr 2006 in Deutschland in 1 740 Betrieben von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten rund 247 000 Menschen beschäftigt.

Ab dem 1. Januar 2004 ist das „Handwerk“ durch eine Änderung der Handwerksordnung neu strukturiert worden. Seitdem gibt es zum einen das zulassungspflichtige Handwerk und zum anderen das zulassungsfreie Handwerk. Nur im zulassungspflichtigen Handwerk bedarf es einer Eintragung in die Handwerksrolle aufgrund einer Meisterprüfung oder einer anerkannten vergleichbaren Qualifikation. Im Gegensatz dazu ist im zulassungsfreien Handwerk für die Selbstständigkeit kein Meisterbrief erforderlich.

Angaben über die aktuelle Entwicklung im zulassungspflichtigen Handwerk liefert die Vierteljährliche Handwerksberichterstattung, die auf einer Stichprobenerhebung basiert. Sie stellt zwar keine absoluten Werte bereit, dafür aber Messzahlen und Veränderungsraten, anhand derer die konjunkturelle Lage im zulassungspflichtigen Handwerk beurteilt werden kann.

Im Jahr 2006 waren im zulassungspflichtigen Handwerk 1,4% weniger Personen tätig als im Jahr 2005. Weniger

Beschäftigte gab es in allen sieben Gewerbegruppen des zulassungspflichtigen Handwerks. Am stärksten fiel der Personalabbau im Bauhauptgewerbe aus: Hier waren 3,1% weniger Personen beschäftigt als 2005. Der geringste Beschäftigtenrückgang mit einem Minus von 0,2% wurde in den Handwerken für den gewerblichen Bedarf beobachtet.

Zugleich lagen die Umsätze des zulassungspflichtigen Handwerks im Jahr 2006 um 6,0% über denen des Vorjahres. Die Umsätze waren in sechs der sieben Gewerbegruppen höher als im Vorjahr. Den stärksten Umsatzanstieg gab es mit 8,9% in den Handwerken für den gewerblichen Bedarf. Lediglich im Friseurgewerbe wurde ein Umsatzrückgang ermittelt (-2,2%).

Mit einer durchschnittlichen Größe von 11 Beschäftigten je Unternehmen gehört das Handwerk zu den typischen Bereichen des deutschen Mittelstandes. Diese und die folgenden Strukturangaben stammen aus der Handwerkszählung 1995,

Gewerbegruppe	Beschäftigte ¹⁾		Umsatz ²⁾	
	2005	2006	2005	2006
	30.9.2003 = 100		2003 = 100	
Insgesamt	91,7	90,4	96,8	102,5
Bauhauptgewerbe	84,1	81,5	90,2	95,5
Ausbaugewerbe	88,7	87,4	95,4	101,9
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	94,9	94,7	102,5	111,6
Kraftfahrzeuggewerbe	96,7	95,8	99,5	105,3
Nahrungsmittelgewerbe	96,7	96,4	99,8	101,1
Gesundheitsgewerbe	97,6	95,2	87,3	89,0
Friseurgewerbe	95,8	93,4	95,7	93,6

1) Durchschnitt errechnet aus 5 Vierteljahren. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

HANDWERK

Gewerbegruppe	Handwerks- unternehmen ¹⁾	Beschäftigte ²⁾	Umsatz ³⁾
	1 000		Mrd. EUR
Insgesamt	563,2	6 085,0	409,3
Bau- und Ausbaugewerbe	132,2	1 663,6	117,4
Elektro- und Metallgewerbe	212,5	2 084,7	196,1
Holzgewerbe	45,8	355,8	25,1
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe ...	24,7	95,0	4,9
Nahrungsmittelgewerbe	50,1	599,6	35,3
Gewerbe für Gesundheits- und Körper- pflege sowie chemische und Reinigungsgewerbe	79,0	1 160,7	21,8
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	19,0	125,6	8,7

1) Stand am 31.3.1995 mit Beschäftigten am 30.9.1994. – 2) Stand: 30.9.1994. – 3) Stand: 1994; ohne Umsatzsteuer.

einer Totalerhebung über das Handwerk, die in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wird.

Insgesamt waren 1995 gut 563 000 Unternehmen in die Handwerksrolle eingetragen. In ihnen waren knapp 6,1 Mill. Beschäftigte tätig, darunter 1,8 Mill. bzw. 30% Frauen. Von den sieben Gewerbegruppen, in die die insgesamt 127 Handwerksberufe (oder Gewerbe) nach der Handwerksordnung eingeteilt werden, war das Elektro- und Metallgewerbe mit fast 213 000 Unternehmen und knapp 2,1 Mill. Beschäftigten die bedeutendste. Zu dieser Gewerbegruppe gehören u.a. das Kfz-Mechanikergewerbe sowie die Gas- und Wasserinstallateure. Zweitgrößte Gruppe mit 132 000 Unternehmen und nahezu 1,7 Mill. Beschäftigten war das Bau- und Ausbaugewerbe, zu dem u.a. Maurer sowie Dachdecker zählen. Auch in den 79 000 Unternehmen der Gruppe der Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege

sowie chemische und Reinigungsgewerbe waren knapp 1,2 Mill. Beschäftigte tätig. Hier finden sich neben Augenoptikern, Friseuren u. a. auch das Gebäudereinigerhandwerk, in dem die hohe Zahl von Teilzeitkräften zu einer überdurchschnittlichen Zahl von Beschäftigten je Unternehmen führt (161).

Rund 661 600 Menschen in Deutschland bezogen 2001 ihre Einkünfte überwiegend aus freiberuflicher Tätigkeit. Sie erzielten ein durchschnittliches Einkommen von 56 490 Euro.

Zu diesen freiberuflich Tätigen werden Männer und Frauen gerechnet, die selbstständig einen wissenschaftlichen, künst-

lerischen, ärztlichen, beratenden und ähnlichen Beruf ausüben (nicht jedoch selbstständige Gewerbetreibende).

Eine Vorstellung über die Anzahl der freiberuflich Tätigen vermitteln die Angaben über die Einkommensteuerpflichtigen mit einem gesonderten Nachweis ausgewählter Freier Berufe.

Berufsgruppe ¹⁾	Steuerpflichtige ²⁾	
	Anzahl	Durchschnittliche Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit ³⁾ EUR
Insgesamt	661 585	56 490
darunter:		
Rechtsanwälte, Notare (einschl. Patentanwälte)	46 866	70 250
Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer	1 615	85 390
Steuerberater und Steuerbevollmächtigte .	29 805	83 340
Markt- und Meinungsforscher	1 322	27 470
Unternehmens- und Publicrelations-Berater	21 432	54 000
Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung .	11 860	52 740
Tätigkeiten im Bereich Werbung	8 799	25 580
Lehrertätigkeit	68 346	21 400
Ärzte (einschl. Fachärzte)	105 181	113 110
Zahnärzte (einschl. Dentisten)	42 014	112 390
Tierärzte	7 843	45 140
Heilpraktiker	11 121	20 830
Architekten, Innenarchitekten, Vermessungs- und Bauingenieure (ohne Film- und Bühnenarchitekten)	71 441	42 010
Sonstige Ingenieure und Techniker	34 097	47 820
Chemiker, Chemotechniker, Physiker	2 081	45 840
Künstlerische Berufe	66 484	22 290
Freiberufliche Tätigkeit im Bereich Journalismus	23 878	24 240
Freiberuflich tätige Fotografen	5 073	25 190
Übersetzer und Dolmetscher	10 128	23 120
Textil-, Schmuck- und Möbeldesigner	12 777	26 380

1) Mit der männlichen Berufsbezeichnung ist gleichberechtigt immer auch die weibliche gemeint. – 2) Quelle: Einkommensteuerstatistik 2001; nachgewiesen werden nur Personen, deren Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit die jeweiligen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus nichtselbstständiger Arbeit überwiegen. – 3) Nach Abzug der Betriebsausgaben.

In seiner Funktion als Mittler zwischen Herstellern und Verbrauchern nimmt der Handel eine zentrale Rolle in der Wirtschaft ein. In Deutschland gibt es heute schätzungsweise 720 000 Handelsunternehmen. Der zahlenmäßig größte Teilbereich ist der Einzelhandel mit 418 000 Unternehmen, gefolgt vom Großhandel (einschließlich Handelsvermittlung) mit 192 000 und dem Kfz-Handel mit 109 000. Im Jahr 2006 erwirtschaftete der Handel Umsätze in Höhe von 1,3 Billionen Euro (ohne Umsatzsteuer). Sein Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt, also zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, lag bei etwa 10%.

Trotz der fortschreitenden Konzentration des Umsatzes auf große Unternehmen, die sich besonders im Lebensmittel-einzelhandel bemerkbar macht, wird der Handel in vielen Branchen noch immer durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Neun von zehn Unternehmen beschäftigen weniger als zehn Personen, mehr als die Hälfte aller Unter-

nehmen verfügt nur über bis zu drei Beschäftigte.

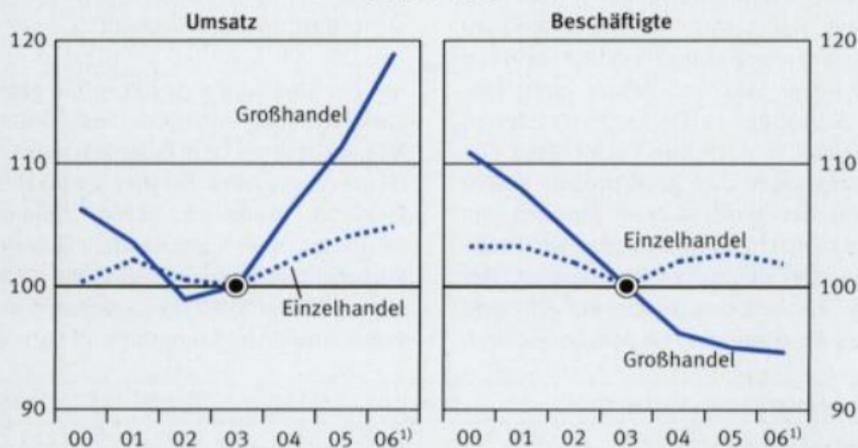
Der Handel ist mit insgesamt 4,5 Mill. Beschäftigten einer der wichtigsten Arbeitgeber in der Gesamtwirtschaft, insbesondere weil im Einzelhandel besonders viele Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigung bestehen. Etwa 57% aller Beschäftigten gehen hier mittlerweile einer Teilzeitbeschäftigung nach. Im Großhandel ist die Quote mit 21% dagegen wesentlich niedriger. Charakteristisch für den Handel ist auch der hohe Anteil von weiblichen Beschäftigten. Mehr als die Hälfte der tätigen Personen im Handel sind Frauen, im Einzelhandel sind es sogar zwei Drittel.

Der Einzelhandel verzeichnete ab dem Jahr 2004 Umsatzgewinne gegenüber dem jeweiligen Vorjahr: 2004 nominal 2,0%, real 2,1%; 2005 nominal 1,9% und real 1,4% und 2006 nominal 0,9%, real 0,3%. Im Großhandel wurde im Jahr 2004 ein Umsatzzuwachs von nominal 6,0% und real von 3,5% gegenüber 2003

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006 ¹⁾
Einzelhandel²⁾				
Beschäftigte	2003 = 100	102,0	102,6	101,8
davon:				
Vollzeitbeschäftigte	2003 = 100	99,2	96,9	94,9
Teilzeitbeschäftigte	2003 = 100	104,5	107,5	107,7
Umsatz	2003 = 100	102,0	103,9	104,8
Großhandel³⁾				
Beschäftigte	2003 = 100	96,2	95,0	94,6
davon:				
Vollzeitbeschäftigte	2003 = 100	96,1	94,7	94,0
Teilzeitbeschäftigte	2003 = 100	96,7	96,1	96,8
Umsatz	2003 = 100	106,0	111,3	118,8

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Ohne Kraftfahrzeughandel und ohne Tankstellen. – 3) Ohne Kraftfahrzeughandel.

Umsatz (nominal) und Beschäftigte des Einzel- und Großhandels 2003 = 100



1) Vorläufiges Ergebnis.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0341

erzielt. Auch in den Jahren 2005 (nominal 5,0% und real 2,8%) und 2006 (nominal 6,7%, real 3,2%) wurde mehr als im entsprechenden Vorjahr abgesetzt.

BANKEN, BAUSPARKASSEN, VERSICHERUNGEN

Im Rahmen einer hoch entwickelten Volkswirtschaft spielt die Geld- und Kreditwirtschaft und damit das Bankensystem eine zentrale Rolle. Als Kapitalsammelstellen und Finanzierungsinstitute erfüllen die Banken wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben. In Deutschland stehen die Banken – nach den Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) – unter der gemeinsamen Aufsicht des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen und der Deutschen Bundesbank. Am 1. Mai 2002 ist das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen mit den Bundesauf-

sichtsämtern für das Versicherungswesen und den Wertpapierhandel in der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) verschmolzen.

Mit der Einführung des Euro als gemeinsame Währung von elf der inzwischen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) – diese sind Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien – ging mit Wirkung vom 1. Januar 1999 die Verantwortung für eine einheitliche Geldpolitik im Euro-Wäh-

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Spareinlagen	Mill. EUR	613 015	611 877	594 858
Sparkassen (einschl. Landesbanken) ...	Mill. EUR	322 533	324 907	317 548
Kreditgenossenschaften (einschl. Genossenschaftlicher Zentralbanken) .	Mill. EUR	183 824	183 393	178 706
Kreditbanken ¹⁾	Mill. EUR	106 297	102 258	97 436
Übrige Kreditinstitute ²⁾	Mill. EUR	361	1 319	1 168
Wertpapiermärkte				
Bruttoabsatz				
Festverzinsliche Wertpapiere	Mill. EUR	990 399	988 911	925 863
Aktien	Mill. EUR	9 367	6 270	9 596
Umlaufrenditen (per annum)				
Hypothekendarlehen	%	3,6	3,1	3,8
Öffentliche Pfandbriefe	%	3,5	3,0	3,8
Anleihen der öffentlichen Hand	%	3,7	3,2	3,7
Versicherungen³⁾				
Bruttobeiträge	Mill. EUR	157 822	164 255	...
Lebensversicherungen	Mill. EUR	68 112	72 066	...
Pensions- und Sterbekassen	Mill. EUR	4 339	5 471	...
Krankenversicherungen	Mill. EUR	26 427	27 357	...
Schaden- und Unfallversicherungen ...	Mill. EUR	58 945	59 360	...
Kapitalanlagen	Mill. EUR	932 904	979 402	1 023 668 ⁴⁾
Lebensversicherungen	Mill. EUR	626 408	648 696	666 927 ⁴⁾
Pensions- und Sterbekassen	Mill. EUR	81 593	87 988	93 877 ⁴⁾
Krankenversicherungen	Mill. EUR	108 119	119 204	130 535 ⁴⁾
Schaden- und Unfallversicherungen ...	Mill. EUR	116 784	123 514	132 328 ⁴⁾

1) Einschl. Postbank. – 2) Ohne Postbank. – 3) Ohne Rückversicherungsunternehmen. – 4) Vorläufiges Ergebnis.

BANKEN, BAUSPARKASSEN, VERSICHERUNGEN

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Deutsche Bundesbank				
Gold und Goldforderungen	Mill. EUR	35 495	47 924	53 114
Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserve)	Mill. EUR	41 218	46 301	47 913
Banken				
Aktiva				
Bilanzsumme	Mill. EUR	6 663 797	6 903 169	7 187 714
Barreserven	Mill. EUR	56 388	63 262	65 895
Wechselbestand	Mill. EUR	3 492	2 966	2 502
Kredite an in- und ausländische Banken	Mill. EUR	1 835 961	1 956 772	2 089 342
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	3 005 935	3 020 110	3 050 739
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Mill. EUR	1 141 846	1 209 293	1 279 116
Sonstige Aktiva	Mill. EUR	620 175	650 766	700 120
Passiva				
Bilanzsumme	Mill. EUR	6 663 797	6 903 169	7 187 714
Einlagen von inländischen und ausländischen Banken	Mill. EUR	1 867 048	1 943 192	2 031 262
Einlagen von inländischen und ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 472 382	2 554 049	2 663 896
dar.: Sicht- und Termineinlagen	Mill. EUR	1 773 069	1 862 734	1 979 908
Spareinlagen	Mill. EUR	613 015	611 877	594 858
Verbriefte Verbindlichkeiten insgesamt	Mill. EUR	1 555 975	1 616 781	1 638 400
Eigenkapital insgesamt (gezeichnetes Kapital, Rücklagen, abzüglich ausgewiesenem Verlust)	Mill. EUR	245 788	260 168	287 845
Sonstige Passiva	Mill. EUR	522 604	528 979	566 311
Bausparkassen				
Verträge insgesamt	1 000	33 126	32 663	31 940
Neugeschäft im Jahr	1 000	4 035	3 734	3 496
Zugeteilte Verträge im Jahr	1 000	1 839	1 760	1 848
Bausparsumme aus zugeteilten Verträgen	Mill. EUR	33 197	32 536	35 975
Bauspareinlagen insgesamt	Mill. EUR	114 195	121 258	124 983
Hypotheken und Zwischenkredite insgesamt	Mill. EUR	100 395	96 867	97 007

ungsgebiet auf das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) über. Griechenland (seit 1. Januar 2001) und Slowenien (seit 1. Januar 2007) gehören ebenfalls zur Eurozone. Das ESZB, das aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten besteht, übernahm die Rolle der

„Hüterin des Euro“ und trägt somit die Verantwortung für die Stabilität der neuen Währung. Durch den Übergang der geldpolitischen Kompetenzen auf die EZB war eine Anpassung der Aufgaben der teilnehmenden nationalen Zentralbanken erforderlich. Sie haben an der Erfüllung der Aufgaben des ESZB mitzuwirken. Unver-

ändert bleibt ihre Aufgabe, für die bankmäßige Abwicklung des Zahlungsverkehrs im In- und mit dem Ausland zu sorgen. Die Deutsche Bundesbank ist damit zum Beispiel auch für den Bargeldumlauf verantwortlich.

Bei den Kreditinstituten (private und öffentlich-rechtliche) gibt die Bilanz als Gegenüberstellung von Forderungen (Aktiva) und Verbindlichkeiten (Passiva) zu einem bestimmten Stichtag Aufschluss über Umfang und Art der Geschäftstätigkeit. Wichtigster Aktivposten in der Bilanz ist die „Vergabe von Krediten an Nichtbanken“. Auf der Passivseite der Bilanz sind die Einlagen von Nichtbanken am bedeutungsvollsten. Die Statistiken des Geld- und Kreditwesens werden überwiegend von der Deutschen Bundesbank bearbeitet.

Die Angaben über die Geschäftsentwicklung der Bausparkassen beruhen auf den Statistiken der Verbände der privaten und öffentlichen Bausparkassen. Beim Bauspargeschäft stellen die Einlagen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen nur für den Wohnungsbau verwendet werden) eine besondere Form der Spareinlagen dar.

Die Versicherungswirtschaft bietet ein breit gefächertes Angebot, um die unterschiedlichsten Risiken materiell abzusichern. Dazu zählen private Kranken-, Unfall- und Schadenversicherungen (z. B. Feuer- und Haftpflichtversicherungen) sowie die Lebensversicherungen. Der Umfang der Geschäftstätigkeit wird insbesondere aus den Versicherungssummen

und der Zahl der Verträge ersichtlich. Aufsichtsbehörde für die Versicherungsunternehmen und zuständig für die Statistiken im Bereich der Versicherungen ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Im Jahr 2006 konnten die Beherbergungsbetriebe mit neun und mehr Betten in Deutschland (einschl. Campingplätze) 125,2 Mill. Gäste begrüßen. Das waren 3,9% mehr als im Vorjahr und damit liegt Deutschland im internationalen Trend. Das bisherige Rekordergebnis aus dem Jahr 2005 (120,6 Mill. Gäste) wurde erneut übertroffen und der höchste Wert seit 1992 erreicht. Gleichzeitig stieg die Zahl der Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahr um 2,1% auf 351,2 Mill., so dass auch hier der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2001 (347,4 Mill.) überflügelt wurde.

Maßgeblichen Anteil an der Entwicklung hatten erneut die Gäste aus dem Ausland. Bei dieser Gästegruppe stieg die Zahl der Ankünfte und der Übernachtungen weit überdurchschnittlich, was auch der Fuß-

ball-Weltmeisterschaft 2006 zu verdanken ist. Ankünfte und Übernachtungen von Gästen aus Deutschland nahmen demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr nur unterdurchschnittlich zu.

Von dieser für das deutsche Beherbergungsgewerbe erfreulichen Gesamtentwicklung konnten jedoch nicht alle Anbieter gleichermaßen profitieren. Denn wie bereits in den Vorjahren hat auch 2006 die „klassische“ längere Reise, der Erholungsurlaub in den traditionellen deutschen Ferienregionen, ganz offensichtlich an Bedeutung verloren. Kurzreisen, wie Wochenendreisen oder Geschäftsreisen, legten dagegen zu. So hat die durchschnittliche Dauer des Aufenthalts in einem Beherbergungsbetrieb 2006 im Vergleich zum Vorjahr erneut abgenommen, wenn auch nur geringfügig.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Übernachtungen¹⁾				
nach Bundesländern				
Deutschland	Mill.	338,77	343,98	351,22
Bayern	Mill.	73,66	74,57	74,69
Baden-Württemberg	Mill.	40,02	40,50	40,86
Nordrhein-Westfalen	Mill.	37,69	38,44	39,26
Niedersachsen	Mill.	34,49	34,28	34,88
Hessen	Mill.	24,85	25,17	25,97
Mecklenburg-Vorpommern	Mill.	24,39	24,49	24,77
Schleswig-Holstein	Mill.	22,13	22,36	23,04
Rheinland-Pfalz	Mill.	19,83	19,92	19,92
Sachsen	Mill.	15,23	15,40	16,38
Berlin	Mill.	13,26	14,62	15,91
Brandenburg	Mill.	9,26	9,38	9,55
Thüringen	Mill.	8,54	8,86	8,73
Hamburg	Mill.	5,95	6,44	7,18
Sachsen-Anhalt	Mill.	5,87	6,01	6,41
Saarland	Mill.	2,17	2,15	2,19
Bremen	Mill.	1,42	1,38	1,47

¹⁾ In Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten und auf Campingplätzen (Touristkamping).

TOURISMUS, GASTGEWERBE

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Übernachtungen¹⁾				
nach Herkunftsländern der Gäste				
Deutschland	Mill.	293,39	295,73	298,28
Ausland	Mill.	45,37	48,25	52,95
Europa	Mill.	33,60	35,91	39,02
darunter:				
Niederlande	Mill.	8,02	8,43	8,78
Vereinigtes Königreich	Mill.	3,77	3,97	4,53
Schweiz	Mill.	2,93	3,22	3,45
Italien	Mill.	2,48	2,68	2,85
Belgien	Mill.	1,94	2,08	2,25
Frankreich	Mill.	1,96	2,05	2,22
Österreich	Mill.	1,90	2,05	2,19
Dänemark	Mill.	1,58	1,77	1,96
Spanien	Mill.	1,22	1,46	1,57
Schweden	Mill.	1,37	1,40	1,52
Polen	Mill.	0,95	0,98	1,16
Afrika	Mill.	0,42	0,41	0,49
Amerika	Mill.	5,31	5,51	6,33
darunter:				
Vereinigte Staaten	Mill.	4,32	4,42	4,65
Kanada	Mill.	0,41	0,44	0,50
Asien	Mill.	4,36	4,65	5,02
dar.: Japan	Mill.	1,29	1,31	1,38
Australien und Ozeanien	Mill.	0,42	0,46	0,61
Nicht näher bezeichnetes Ausland	Mill.	1,26	1,30	1,49

1) In Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten und auf Campingplätzen (Touristkamping).

Dieser Trend hat Auswirkungen auf die Reiseziele. Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern konnten überproportionale Zunahmen bei Ankünften (+7,2%) und Übernachtungen (+7,0%) verbuchen. Dazu trugen nicht zuletzt die Gäste aus dem Ausland bei, für die Großstädte zu den bevorzugten Zielen zählen – Ankünfte und Übernachtungen dieser Gästegruppe entfielen in etwa zur Hälfte auf Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern. Weitere Marktanteile verloren haben dagegen die sogenannten Gemeinden mit Prädikat (z. B. Heil- und Seebäder, Luftkurorte).

Vom Boom beim Städtetourismus profitierten die Stadtstaaten Hamburg und Berlin, die 2006 die höchsten Zuwachsraten bei der Zahl der Übernachtungen unter allen Bundesländern aufwiesen. Bayern war wiederum unter den Flächenländern wichtigstes Touristenziel in Deutschland: jede fünfte Übernachtung fand im Freistaat statt.

Unter den Beherbergungsbetrieben verbuchten die Hotels garnis (+6,1%) und die Hotels (+3,6%) – das heißt Betriebe, für die eine kurze Aufenthaltsdauer typisch ist – eine überproportionale Zunahme von Übernachtungen. Im „sonstigen

TOURISMUS, GASTGEWERBE

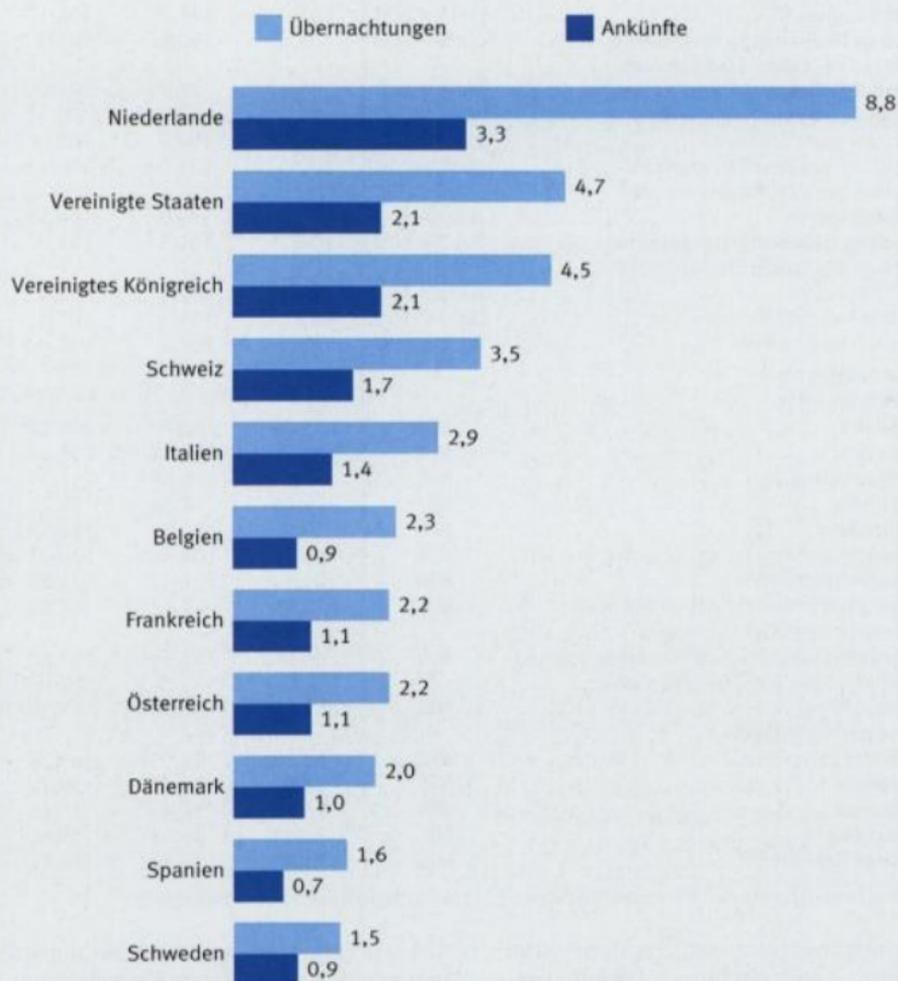
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Gastgewerbe				
Umsatzentwicklung (nominal)	2003 = 100	98,3	97,9	99,2
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	2003 = 100	101,1	102,0	106,1
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	2003 = 100	99,6	100,6	101,9
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	2003 = 100	96,2	94,7	94,0
Sonstiges Gaststättengewerbe	2003 = 100	94,5	90,6	90,3
Kantinen und Caterer	2003 = 100	101,6	104,6	108,0
Entwicklung der Beschäftigtenzahl	2003 = 100	100,8	101,2	101,1
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	2003 = 100	98,8	99,0	100,5
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	2003 = 100	101,1	101,6	101,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	2003 = 100	100,8	100,8	99,4
Sonstiges Gaststättengewerbe	2003 = 100	103,6	105,4	105,4
Kantinen und Caterer	2003 = 100	103,5	104,5	106,6
Übernachtungen¹⁾				
nach Betriebsarten				
Hotellerie	Mill.	195,05	200,77	208,18
Hotels	Mill.	126,30	131,38	136,14
Hotels garnis	Mill.	37,73	38,89	41,25
Gasthöfe	Mill.	18,06	17,88	18,21
Pensionen	Mill.	12,97	12,61	12,58
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	Mill.	100,23	100,44	100,37
dar.: Campingplätze	Mill.	21,41	21,73	21,55
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	Mill.	43,49	42,77	42,68
nach Gemeindegrößenklassen				
Gemeinden bis unter 100 000 Einwohner ..	Mill.	260,94	261,44	262,88
Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern	Mill.	77,82	82,55	88,35
nach Gemeindegruppen				
Heilbäder	Mill.	66,20	65,60	65,38
Seebäder	Mill.	38,93	38,92	39,31
Luftkurorte	Mill.	25,56	26,40	25,75
Erholungsorte	Mill.	36,21	36,23	35,26
Sonstige Gemeinden	Mill.	171,88	176,83	185,53

1) In Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten und auf Campingplätzen (Touristikcamping).

Beherbergungsgewerbe“, zu dem unter anderem Campingplätze, Ferienhäuser und -wohnungen sowie Erholungs- und Ferienheime gehören, blieb die Zahl der Übernachtungen auf dem Niveau des Vorjahres. Hier glichen sich zunächst Einbu-

ßen bei Ferienzentren sowie bei Jugendherbergen und Hütten und Einbußen, aus, ebenso wie bei Ferienhäusern und -wohnungen sowie bei Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen. Der Kurtourismus verlor im Jahr 2006 leicht an Bedeutung.

Herkunftsländer der Gäste im internationalen Reiseverkehr 2006¹⁾ Mill.



1) In Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten und auf Campingplätzen (Urlaubscamping).

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0342

Der moderne Staat setzt nicht nur die Rahmenbedingungen für ein geordnetes Zusammenleben seiner Bürgerinnen und Bürger, sondern er erbringt auch zahlreiche Leistungen, die Voraussetzung für ihre gesicherte Existenz sind.

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben gaben die öffentlichen Haushalte im Jahr 2006 rund 1 003,1 Mrd. Euro aus (bereinigt um Zahlungen der öffentlichen Haushalte untereinander). Die meisten Ausgaben tätigte die Sozialversicherung mit 467,0 Mrd. Euro, gefolgt vom Bund (282,8 Mrd. Euro), den Ländern (258,7 Mrd. Euro) und den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Gv.) (155,7 Mrd. Euro). Der Rest entfiel auf die Zweckverbände, die deutschen Finanzanteile an der Europäischen Union sowie die Sondervermögen des Bundes. Gegenüber 2005 sind die Ausgaben insgesamt nahezu unverändert.

Das notwendige Geld zur Finanzierung seiner Aufgaben erhält der Staat über Steuern, Gebühren, Beiträge, Erlöse aus dem Verkauf von Vermögen u. a. oder über Kredite, wenn die Einnahmen nicht ausreichen, um die Ausgaben einer Periode zu decken. Insgesamt beliefen sich die Einnahmen der öffentlichen Haushalte (ohne Kredite) im Jahr 2006 auf 987,9 Mrd. Euro (+ 4,4%). Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Bundesrepublik Deutschland lagen 2006 bei 526,3 Mrd. Euro und damit um 37,1 Mrd. Euro über dem Vorjahreswert von 489,2 Mrd. Euro. Den größten Anteil hieran hatten Gemeinschaftsteuern (366,8 Mrd. Euro), wovon die Lohnsteuer (ohne Abzug des Kindergeldes) mit 157,7 Mrd. Euro am wichtigsten war. Es folgten

die Bundessteuern (84,2 Mrd. Euro), wobei die Mineralölsteuer (39,9 Mrd. Euro) den höchsten Steuerertrag brachte. Von den Gemeindesteuern (49,6 Mrd. Euro) hatte die Gewerbesteuer mit 38,4 Mrd. Euro und bei den Landessteuern (21,8 Mrd. Euro) die Kraftfahrzeugsteuer mit 8,9 Mrd. Euro den größten Stellenwert. Nach den Steuern und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit erbrachten die Einnahmen aus Gebühren und sonstigen Entgelten mit 26,7 Mrd. Euro im Jahr 2005 den höchsten Ertrag.

Als Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben (einschl. des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen) einer Periode errechnet sich der Finanzierungssaldo (+ = Finanzierungsüberschuss; - = Finanzierungsdefizit). Im Jahr 2006 ergab sich für alle öffentlichen Haushalte ein Finanzierungsdefizit von -15,2 Mrd. Euro, die Länder verzeichneten ein Defizit von -10,0 Mrd. Euro (Vorjahr: -24,1 Mrd. Euro) und die Gemeinden/Gv. in Höhe von -3,0 Mrd. Euro. Ende 2006 betrug der Schuldenstand -1 480,6 Mrd. Euro (+ 2,6% gegenüber 2005). Der Hauptteil der Schulden lastete mit 61,9% auf dem Bund (60,9%) und seinen Sondervermögen (1,0%). Die Länder trugen 32,4% aller öffentlichen Schulden, die Gemeinden/Gv. 5,5%.

FINANZEN UND STEUERN

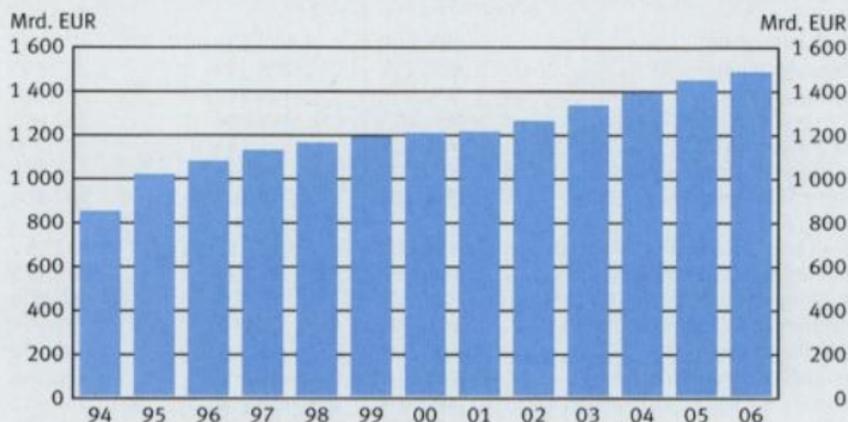
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005 ¹⁾	2006 ¹⁾
Bereinigte Ausgaben²⁾	Mill. EUR	1 003 170	1 003 095
Bund ³⁾	Mill. EUR	281 483	282 788
ERP-Sondervermögen ⁴⁾	Mill. EUR	3 747	5 169
Bundeseisenbahnvermögen	Mill. EUR	7 864	7 635
Erblastentilgungsfonds	Mill. EUR	307	197
Entschädigungsfonds	Mill. EUR	367	383
EU-Anteile	Mill. EUR	21 036	21 181
Sozialversicherung	Mill. EUR	470 283	467 004
Länder	Mill. EUR	259 299	258 718
Gemeinden/Gv.	Mill. EUR	153 346	155 705
Zweckverbände	Mill. EUR	5 170	5 450
Bereinigte Einnahmen²⁾	Mill. EUR	946 245	987 884
Bund ³⁾	Mill. EUR	250 043	254 548
ERP-Sondervermögen ⁴⁾	Mill. EUR	7 647	4 506
Bundeseisenbahnvermögen	Mill. EUR	7 853	7 619
Erblastentilgungsfonds	Mill. EUR	442	331
Entschädigungsfonds	Mill. EUR	369	403
EU-Anteile	Mill. EUR	21 036	21 181
Sozialversicherung	Mill. EUR	466 995	487 489
Länder	Mill. EUR	235 301	248 731
Gemeinden/Gv.	Mill. EUR	151 060	158 642
Zweckverbände	Mill. EUR	5 235	5 569
Finanzierungssaldo	Mill. EUR	- 57 003	- 15 180
Bund ³⁾	Mill. EUR	- 31 402	- 28 205
ERP-Sondervermögen ⁴⁾	Mill. EUR	3 900	- 664
Bundeseisenbahnvermögen	Mill. EUR	- 11	- 16
Erblastentilgungsfonds	Mill. EUR	134	134
Entschädigungsfonds	Mill. EUR	2	21
Sozialversicherung	Mill. EUR	- 3 299	20 511
Länder	Mill. EUR	- 24 109	- 10 038
Gemeinden/Gv.	Mill. EUR	- 2 273	- 2 959
Zweckverbände	Mill. EUR	60	118

1) Ergebnisse teilweise geschätzt. – 2) Bereinigt um Zahlungen der öffentlichen Haushalte untereinander. – 3) Ab 1.1.2005 einschl. Lastenausgleichsfonds und Fonds „Deutsche Einheit“. – 4) Einschl. Versorgungsrücklage des Bundes und einschl. Fonds „Aufbauhilfe“.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005 ¹⁾	2006 ¹⁾
Bereinigte Ausgaben²⁾	Mill. EUR	1 003 170	1 003 095
darunter:			
Personalausgaben	Mill. EUR	185 621	183 329
Laufender Sachaufwand	Mill. EUR	225 565	230 900
Zinsausgaben	Mill. EUR	64 547	65 121
Renten und Unterstützungen	Mill. EUR	368 908	363 641
Baumaßnahmen	Mill. EUR	25 143	25 350
Vermögensübertragungen	Mill. EUR	38 758	38 714
Bereinigte Einnahmen²⁾	Mill. EUR	946 245	987 884
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben ..	Mill. EUR	827 216	882 252
Gebühren, sonstige Entgelte	Mill. EUR	26 721	26 779
Einnahmen aus wirtschaftl. Tätigkeit ...	Mill. EUR	17 429	17 504
Einnahmen der Kapitalrechnung	Mill. EUR	41 795	28 936
Nettokreditaufnahme	Mill. EUR	49 537	33 292
Kassenmäßige Steuereinnahmen³⁾	Mill. EUR	489 166	526 254
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	338 510	366 832
Lohnsteuer ³⁾	Mill. EUR	153 629	157 727
Veranlagte Einkommensteuer ⁴⁾	Mill. EUR	9 766	17 566
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ⁴⁾ ..	Mill. EUR	12 075	14 357
Zinsabschlag	Mill. EUR	6 990	7 595
Körperschaftsteuer ⁴⁾	Mill. EUR	16 338	22 899
Umsatzsteuer	Mill. EUR	108 440	111 318
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	31 273	35 370
Bundessteuern	Mill. EUR	83 508	84 215
darunter:			
Versicherungsteuer	Mill. EUR	8 750	8 775
Tabaksteuer	Mill. EUR	14 273	14 387
Kaffeesteuer	Mill. EUR	1 003	973
Branntweinsteuer	Mill. EUR	2 142	2 160
Schaumweinsteuer	Mill. EUR	424	421
Mineralölsteuer	Mill. EUR	40 101	39 916
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	10 315	11 277
Landessteuern	Mill. EUR	20 600	21 764
darunter:			
Vermögensteuer	Mill. EUR	97	27
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	4 097	3 763
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	4 812	6 161
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	8 673	8 937
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	1 813	1 775
Biersteuer	Mill. EUR	777	779
Gemeindesteuern	Mill. EUR	43 170	49 563
dar.: Gewerbesteuer	Mill. EUR	32 129	38 369

1) Ergebnisse teilweise geschätzt. – 2) Bereinigt um Zahlungen der öffentlichen Haushalte untereinander. – 3) Vor Abzug von Kindergeld (Familienkassen- und steuerliches Kindergeld). – 4) Vor Abzug von Erstattungen durch das Bundesamt für Finanzen.

Entwicklung des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte¹⁾



1) Zum 31.12. des jeweiligen Jahres. – Kreditmarktschulden i. w. S.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0343

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2002	2003	2004
Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach ausgewählten Aufgabenbereichen				
Insgesamt	Mill. EUR	992 688	1 003 307	993 125
Verteidigung	Mill. EUR	24 523	24 409	23 740
Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz	Mill. EUR	32 102	32 141	32 392
Schulen, Hochschulen, übriges Bildungswesen	Mill. EUR	76 932	77 122	77 448
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	Mill. EUR	9 441	9 445	9 305
Kultur, kirchliche Angelegenheiten	Mill. EUR	8 470	8 355	8 207
Soziale Sicherung	Mill. EUR	555 344	566 076	562 944
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung ¹⁾	Mill. EUR	15 389	15 079	14 727
Wirtschaftsförderung ²⁾	Mill. EUR	24 868	23 436	22 626
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	Mill. EUR	28 020	34 393	26 888
	Mill. EUR	22 956	22 265	21 977

1) Einschl. kommunaler Gemeinschaftsdienste. – 2) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen.

Gegenstand der Nachweisung	2004	2005 ¹⁾	2006 ¹⁾
----------------------------	------	--------------------	--------------------

Einnahmen nach Ländern²⁾
EUR je Einwohner³⁾

Baden-Württemberg	3 999	4 016	4 297
Bayern	4 076	4 102	4 375
Berlin	5 264	5 423	5 494
Brandenburg	4 402	4 437	4 694
Bremen	5 114	4 650	4 829
Hamburg	5 551	5 554	5 856
Hessen	4 190	4 429	4 788
Mecklenburg-Vorpommern	4 565	4 661	4 911
Niedersachsen	3 625	3 507	3 901
Nordrhein-Westfalen	3 824	3 956	4 071
Rheinland-Pfalz	3 523	3 559	3 744
Saarland	3 654	3 415	3 690
Sachsen	4 500	4 467	4 993
Sachsen-Anhalt	4 526	4 455	4 736
Schleswig-Holstein	3 632	3 575	3 868
Thüringen	4 185	4 169	4 439
Deutschland	3 983	4 029	4 280

Ausgaben nach Ländern²⁾
EUR je Einwohner³⁾

Baden-Württemberg	4 157	4 200	4 296
Bayern	4 132	4 148	4 220
Berlin	6 122	6 363	6 015
Brandenburg	4 737	4 600	4 786
Bremen	6 464	6 254	6 059
Hamburg	6 040	5 769	5 792
Hessen	4 665	4 591	4 781
Mecklenburg-Vorpommern	4 882	4 893	4 899
Niedersachsen	3 936	3 910	3 911
Nordrhein-Westfalen	4 284	4 426	4 307
Rheinland-Pfalz	3 918	3 887	4 025
Saarland	4 171	4 166	4 455
Sachsen	4 506	4 442	4 623
Sachsen-Anhalt	4 957	4 918	4 882
Schleswig-Holstein	4 021	4 173	4 167
Thüringen	4 546	4 491	4 568
Deutschland	4 315	4 348	4 364

1) Ergebnisse teilweise geschätzt. – 2) Bereinigte Einnahmen bzw. Ausgaben der Länder, Gemeinden/Gv. und Zweckverbände. – 3) Einwohnerzahlen jeweils zum 30.6. jedes Jahres.

FINANZEN UND STEUERN

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006 ¹⁾
Länderfinanzausgleich²⁾				
Baden-Württemberg	Mill. EUR	- 2 170	- 2 235	- 2 047
Bayern	Mill. EUR	- 2 315	- 2 234	- 2 085
Berlin	Mill. EUR	+ 2 703	+ 2 456	+ 2 701
Brandenburg	Mill. EUR	+ 534	+ 588	+ 608
Bremen	Mill. EUR	+ 331	+ 366	+ 416
Hamburg	Mill. EUR	- 578	- 383	- 618
Hessen	Mill. EUR	- 1 529	- 1 606	- 2 411
Mecklenburg-Vorpommern	Mill. EUR	+ 403	+ 433	+ 472
Niedersachsen	Mill. EUR	+ 446	+ 363	+ 241
Nordrhein-Westfalen	Mill. EUR	- 213	- 490	- 131
Rheinland-Pfalz	Mill. EUR	+ 190	+ 294	+ 344
Saarland	Mill. EUR	+ 116	+ 113	+ 115
Sachsen	Mill. EUR	+ 930	+ 1 020	+ 1 071
Sachsen-Anhalt	Mill. EUR	+ 532	+ 587	+ 588
Schleswig-Holstein	Mill. EUR	+ 102	+ 146	+ 123
Thüringen	Mill. EUR	+ 517	+ 581	+ 613
Ausgleichsvolumen	Mill. EUR	6 805	6 948	7 292
Bundesergänzungszuweisungen³⁾				
Baden-Württemberg	Mill. EUR	-	-	-
Bayern	Mill. EUR	-	-	-
Berlin	Mill. EUR	+ 2 565	+ 2 814	+ 2 881
Brandenburg	Mill. EUR	+ 1 833	+ 1 978	+ 1 982
Bremen	Mill. EUR	+ 468	+ 181	+ 196
Hamburg	Mill. EUR	-	-	-
Hessen	Mill. EUR	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	Mill. EUR	+ 1 368	+ 1 460	+ 1 470
Niedersachsen	Mill. EUR	+ 695	+ 197	+ 119
Nordrhein-Westfalen	Mill. EUR	-	-	-
Rheinland-Pfalz	Mill. EUR	+ 421	+ 199	+ 223
Saarland	Mill. EUR	+ 444	+ 116	+ 118
Sachsen	Mill. EUR	+ 3 182	+ 3 476	+ 3 486
Sachsen-Anhalt	Mill. EUR	+ 1 995	+ 2 119	+ 2 115
Schleswig-Holstein	Mill. EUR	+ 248	+ 133	+ 120
Thüringen	Mill. EUR	+ 1 829	+ 1 956	+ 1 962
Ausgleichsvolumen	Mill. EUR	15 050	14 629	14 671

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) + = Ausgleichsempfänger, - = Ausgleichszahler. - 3) Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006
Kreditmarktschulden				
Bund ¹⁾	Mill. EUR	802 994	872 653	902 054
Sondervermögen des Bundes ²⁾	Mill. EUR	57 250	15 367	14 556
Länder	Mill. EUR	442 922	468 214	479 489
Gemeinden/Gv.	Mill. EUR	84 257	83 804	81 877
Zweckverbände ³⁾	Mill. EUR	7 531	2 642	2 649

1) Einschl. der am 1. Juli 1999 mit übernommenen Schulden, und zwar: Ab 1. Juli 1999 des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und des Erblastentilgungsfonds sowie ab 1. Januar 2005 des Fonds „Deutsche Einheit“. – 2) ERP-Sondervermögen, Entschädigungsfonds und Fonds „Deutsche Einheit“. (2004). – 3) Nur kameral buchende Zweckverbände (außer 2004 in Bayern und Nordrhein-Westfalen).

Deutschland und die Welt



Laut Welthandelsstatistik der WTO für den Warenhandel führte Deutschland die Exportländer in der Weltrangfolge vor den Vereinigten Staaten an. Bei den Importen nimmt Deutschland hinter den Vereinigten Staaten den zweiten Platz ein. Der Anteil Deutschlands an den weltweiten Exporten betrug im Jahr 2006 9,3% (1 125,8 Mrd. US-Dollar), während die Vereinigten Staaten mit 1 037,3 Mrd. US-Dollar für 8,6% aller Exporte aufkamen. Auf der Importseite nahmen die Vereinigten Staaten mit 1 919,6 Mrd. US-Dollar bzw. 15,5% der weltweiten Einfuhren den ersten Platz ein mit deutlichem Abstand vor Deutschland, das Waren im Wert von 919,1 Mrd. US-Dollar einfuhrte und damit auf 7,4% kam. In der weiteren Weltrangfolge hat sich China durch die starke Ausweitung seines Handels inzwischen sowohl bei den Im- als auch bei den Exporten auf den 3. Platz vorgeschoben und damit u. a. die Exportnation Japan überholt.

Nach vorläufigen Berechnungen wurden im Jahr 2006 von Deutschland Waren im Wert von 896,0 Mrd. Euro exportiert und für 731,5 Mrd. Euro importiert. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Ausfuhr um 14,0% und die Einfuhr um 16,5% zu. Der Überschuss in der Handelsbilanz wies einen Saldo in Höhe von 164,6 Mrd. Euro aus. Das ist der höchste Ausfuhrüberschuss in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Wie schon in den Vorjahren waren die europäischen Länder, insbesondere die Partnerländer der Europäischen Union (EU-25), die wichtigsten ausländischen Abnehmer für deutsche Produkte. Der

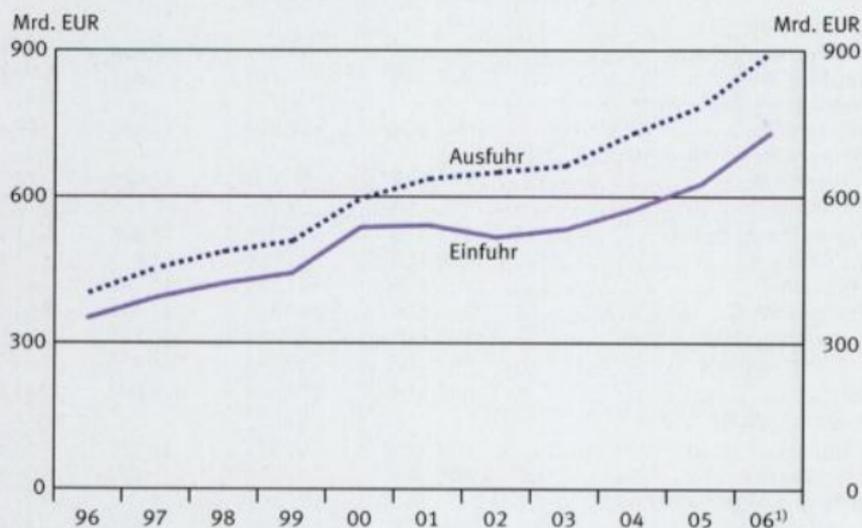
Anteil der Exporte Deutschlands in die EU-Mitgliedstaaten betrug im Jahr 2006 62,3%. Auf den Hauptabnehmer Frankreich entfiel ein Anteil von 9,6% der gesamten deutschen Exporte, auf das Vereinigte Königreich 7,3%, auf Italien und auf die Niederlande 6,7 bzw. 6,2%. In die Länder der Eurozone wurden im Jahr 2006 Waren im Wert von 376,5 Mrd. Euro ausgeführt. Das waren 42,0% der deutschen Gesamtexporte.

Neben den europäischen Kunden partizipierten die Abnehmer in den Vereinigten Staaten (8,7%) sowie China (3,1%) am stärksten an der deutschen Gesamtausfuhr. Der Anteil der Exporte mit Ziel Afrika sowie Australien und Ozeanien betrug 1,9 bzw. 0,7%.

Auch das Gros der nach Deutschland eingeführten Waren stammt aus den europäischen Ländern (71,1%). 57,6% der Importwaren wurden im Jahr 2006 aus Mitgliedstaaten der EU eingeführt. Frankreich blieb mit einem Importanteil von 8,7% auch im Jahr 2006 der wichtigste Handelspartner, gefolgt von den Niederlanden (8,3%), China (6,7%) und den Vereinigten Staaten (6,6%). Aus den Ländern der Eurozone wurden Waren im Wert von 284,0 Mrd. Euro (38,8%) eingeführt.

16,5% der Importe hatten ihren Ursprung in Asien. Eine untergeordnete Rolle spielen in dieser Verkehrsrichtung auch die Wareneingänge aus Afrika sowie Australien und Ozeanien, die am deutschen Einfuhrgeschäft mit 2,2 bzw. 0,3% teilhatten.

Entwicklung des Außenhandels



Ausfuhrüberschuss

Mrd. EUR



1) Vorläufiges Ergebnis.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0344

DEUTSCHLAND ALS HANDELSPARTNER

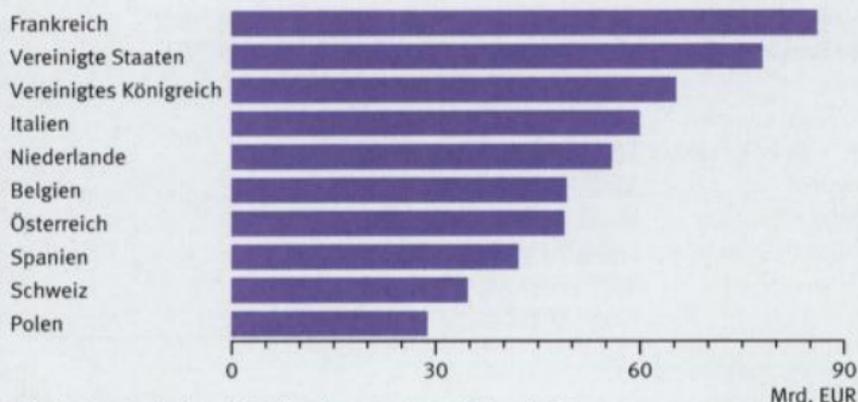
Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006 ¹⁾
Ausfuhr	Mill. EUR	731 544	786 266	896 048
nach Warengruppen				
Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	33 811	37 064	37 895
Lebende Tiere	Mill. EUR	758	811	681
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	Mill. EUR	11 656	12 640	12 617
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	Mill. EUR	16 103	17 076	17 745
Genussmittel	Mill. EUR	5 294	6 537	6 851
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. EUR	684 335	733 625	811 981
Rohstoffe	Mill. EUR	8 760	8 433	8 689
Halbwaren	Mill. EUR	31 737	37 781	48 279
Fertigwaren	Mill. EUR	643 838	687 411	755 012
Vorerzeugnisse	Mill. EUR	92 894	100 156	114 430
Enderzeugnisse	Mill. EUR	550 944	587 255	640 582
Einfuhr	Mill. EUR	575 448	628 087	731 479
nach Warengruppen				
Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	45 211	47 165	47 689
Lebende Tiere	Mill. EUR	639	802	788
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	Mill. EUR	12 066	12 670	12 652
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	Mill. EUR	26 494	27 199	27 428
Genussmittel	Mill. EUR	6 013	6 494	6 821
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. EUR	508 674	559 682	624 393
Rohstoffe	Mill. EUR	47 458	63 487	80 448
Halbwaren	Mill. EUR	40 100	48 401	60 799
Fertigwaren	Mill. EUR	421 115	447 795	483 146
Vorerzeugnisse	Mill. EUR	61 894	66 660	75 345
Enderzeugnisse	Mill. EUR	359 221	381 135	407 801
Ausfuhrüberschuss	Mill. EUR	156 096	158 179	164 569

1) Vorläufiges Ergebnis.

Deutschland ist umgekehrt wichtigster Handelspartner für viele Mitgliedstaaten der EU. Beim Warenaustausch zwischen den 27 EU-Mitgliedern (sog. Intra-EU-Handel) führte Deutschland 2006 sowohl bei den Warenlieferungen als auch den -einkäufen die Länderliste in Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Polen, der Tschechischen Republik, Schweden,

Ungarn, Dänemark, der Slowakei, Finnland, Griechenland und Slowenien an (geordnet nach der Höhe der deutschen Warenlieferungen). Für das Vereinigte Königreich, Spanien, Rumänien, Bulgarien, Litauen und Lettland war Deutschland das bedeutendste Lieferland sowie für Belgien das bedeutendste Abnehmerland innerhalb der EU.

Ausfuhr 2006¹⁾ Die zehn wichtigsten Bestimmungsländer²⁾



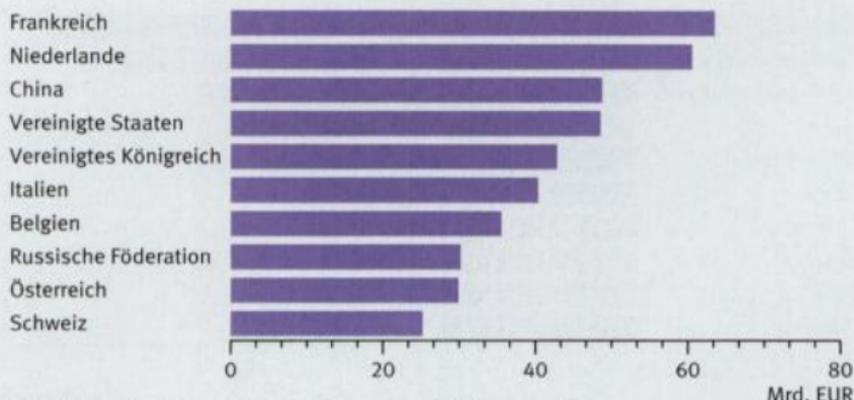
1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Anteil an der gesamten Ausfuhr = 61,3%.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0345

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006 ¹⁾
Ausfuhr	Mill. EUR	731 544	786 266	896 048
Wichtige Bestimmungsländer				
Frankreich	Mill. EUR	74 360	79 039	86 093
Vereinigte Staaten	Mill. EUR	64 860	69 299	78 011
Vereinigtes Königreich	Mill. EUR	59 986	60 394	65 341
Italien	Mill. EUR	51 479	53 855	59 971
Niederlande	Mill. EUR	46 730	49 033	55 877
Belgien	Mill. EUR	40 308	43 613	49 249
Österreich	Mill. EUR	40 244	43 305	48 921
Spanien	Mill. EUR	36 249	40 018	42 159
Schweiz	Mill. EUR	27 917	29 629	34 726
Polen	Mill. EUR	18 776	22 349	28 820

1) Vorläufiges Ergebnis.

Einfuhr 2006¹⁾
Die zehn wichtigsten Ursprungsländer²⁾



1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Anteil an der gesamten Einfuhr = 58,1%.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0346

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2004	2005	2006 ¹⁾
Einfuhr	Mill. EUR	575 448	628 087	731 479
Wichtige Ursprungsländer				
Frankreich	Mill. EUR	51 535	53 700	63 490
Niederlande	Mill. EUR	46 204	51 823	60 519
China	Mill. EUR	32 791	40 845	48 751
Vereinigte Staaten	Mill. EUR	40 709	41 798	48 517
Vereinigtes Königreich	Mill. EUR	34 466	39 069	42 829
Italien	Mill. EUR	35 676	36 349	40 326
Belgien	Mill. EUR	26 525	28 849	35 500
Russische Föderation	Mill. EUR	16 335	22 284	30 182
Österreich	Mill. EUR	24 020	26 048	29 895
Schweiz	Mill. EUR	21 445	22 620	25 206

1) Vorläufiges Ergebnis.

Mit Abstand an der Spitze der im Jahr 2006 aus Deutschland ausgeführten Güter standen Kraftwagen und Kraftwagenteile (165,8 Mrd. Euro), Maschinen (126,2 Mrd. Euro) und chemische Erzeugnisse (117,4 Mrd. Euro). Obwohl diese Gütergruppen auch auf der Einfuhrseite dominieren, erzielte Deutschland hier erhebliche Exportüberschüsse (+95,2 Mrd. Euro; +76,9 Mrd. Euro; +36,6 Mrd. Euro). Einfuhrüberschüsse ergaben sich vor allem bei Rohstoffen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie bei Textilien und Bekleidung. Mit -7,6 Mrd. Euro war auch die Bilanz beim grenzüberschreitenden Handel mit Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen negativ.

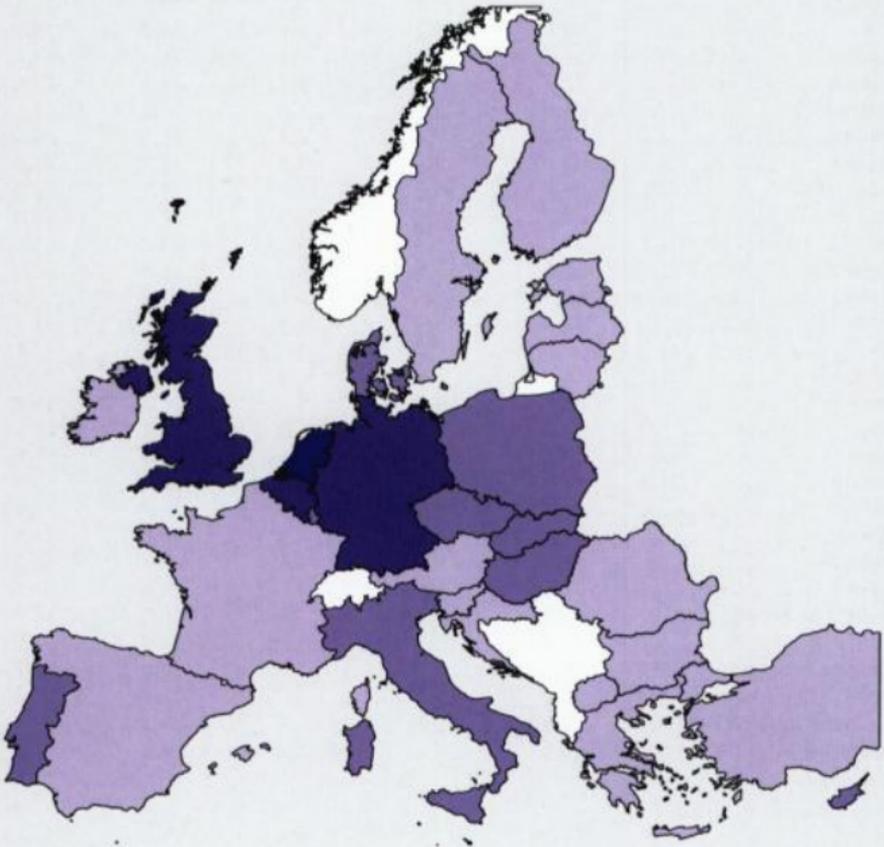
DEUTSCHLAND IN EUROPA*)

Land	Fläche	Bevölkerung	Einwohner	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)
	1 000 km ²	Mill.	je km ²	je 1 000 Einw.
Deutschland	357,1	82,5	231	- 1,8
Belgien	30,5	10,5	343	+ 1,4
Bulgarien	111,0	7,7	70	- 5,5
Dänemark	43,1	5,4	126	+ 1,7
Estland	43,7	1,3	31	- 2,2
Finnland	338,1	5,2	16	+ 1,9
Frankreich	632,8	62,7	99	+ 4,1 ¹⁾
Griechenland	132,0	11,1	84	+ 0,2
Irland	69,8	4,2	60	+ 8,1
Italien	301,3	58,6	194	- 0,6
Lettland	64,6	2,3	36	- 4,9
Litauen	65,3	3,4	52	- 3,9
Luxemburg	2,6	0,5	177	+ 3,8
Malta	0,3	0,4	1 279	+ 1,8
Niederlande	41,5	16,3	393	+ 3,2
Österreich	83,9	8,2	98	+ 0,4
Polen	312,7	38,2	122	- 0,1
Portugal	92,1	10,5	115	+ 0,2
Rumänien	238,4	21,6	91	- 1,9
Schweden	441,4	9,0	20	+ 1,1
Slowakei	49,0	5,4	110	+ 0,2
Slowenien	20,3	2,0	99	- 0,3
Spanien	506,0	43,4	86	+ 1,8
Tschechische Republik	78,9	10,2	130	- 0,6
Ungarn	93,0	10,1	108	- 3,8
Vereinigtes Königreich	243,1	60,2	248	+ 2,3
Zypern ²⁾	5,7	0,8	133	+ 3,7
Europäische Union (EU-27) ..	4 398,2	491,9	112	+ 0,6
Europäische Union (EU-15) ..	3 315,3	388,4	117	+ 0,8
Nachrichtlich:				
Beitrittskandidaten zur EU				
Kroatien	56,6	4,4	79	- 2,1
Mazedonien	25,7	2,0	79	+ 2,0
Türkei	783,6	72,1	92	+ 12,6

*) 2005, Jahresmittel. – 1) Nur Kontinentalfrankreich. – 2) Nur griechisch-zypriotischer Teil.

Einwohner je km² nach Ländern 2005

≥ 350
 349 – 200
 199 – 100
 < 100



© Eurostat, Europäische Kommission, Luxemburg/Brüssel.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0347

DEUTSCHLAND IN EUROPA*)

Land	Erwerbs- quote ¹⁾	Erwerbs- losen- quote	Erwerbstätige ²⁾		
			Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzie- rendes Gewerbe	Dienst- leistungs- bereich
	%	% der Erwerbstätigen			
Deutschland	64,7	8,4	2,3	29,7	68,1
Belgien	58,9	8,2	1,9	24,7	73,3
Bulgarien	56,2	9,0	8,1	34,5	57,4
Dänemark	72,4	3,9	3,1	23,3	73,6
Estland	65,8	5,9	5,0	33,6	61,5
Finnland	67,2	7,7	4,7	25,7	69,6
Frankreich	62,0	9,4	3,9	24,2	71,8
Griechenland	58,7	8,9	11,9	22,1	66,0
Irland	66,9	4,4	5,6	27,5	66,9
Italien	54,9	6,8	4,2	30,2	65,6
Lettland	64,5	6,8	11,2	26,8	62,0
Litauen	60,5	5,6	12,4	29,7	57,9
Luxemburg	59,1	4,7	1,8	16,7	81,4
Malta	53,6	7,3	1,8	28,1	70,1
Niederlande	70,2	3,9	3,3	20,2	76,5
Österreich	65,8	4,8	5,4	28,2	66,4
Polen	57,7	13,8	15,6	30,1	54,3
Portugal	67,5	7,7	10,5	31,0	58,5
Rumänien	58,9	7,3	30,6	30,7	38,7
Schweden	70,9	7,0	2,2	21,9	75,9
Slowakei	62,8	13,4	4,4	38,8	56,8
Slowenien	63,8	6,0	9,1	35,7	55,2
Spanien	63,2	8,5	4,8	29,6	65,7
Tschechische Republik	63,7	7,1	3,8	40,0	56,2
Ungarn	55,0	7,5	4,8	32,4	62,9
Vereinigtes Königreich	68,3	5,3	1,3	22,0	76,7
Zypern ³⁾	67,3	4,7	4,1	22,7	73,2
Europäische Union (EU-27) ..	62,8	7,9	5,8	27,7	66,5
Europäische Union (EU-15) ..	63,5	7,4	3,6	26,5	69,9
Nachrichtlich:					
Beitrittskandidaten zur EU					
Kroatien ⁴⁾	54,2	12,6	16,8	28,8	54,4
Mazedonien ⁵⁾	55,1	36,0	20,1	32,6	47,3
Türkei ⁴⁾⁵⁾	48,3	10,3	29,5	24,7	45,8

*) 2006, Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren. – 1) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung der gleichen Altersgruppe. – 2) Soweit den genannten Wirtschaftsbereichen eindeutig zuzuordnen. – 3) Nur griechisch-zyprischer Teil. – 4) 2005. – 5) Nationale Angaben, Personen im Alter von 15 und mehr Jahren.

DEUTSCHLAND IN EUROPA

Land	Mobilfunk- teilnehmer ¹⁾	Internet- nutzer (User) ¹⁾	Personen- kraft- wagen ¹⁾	Primär- energie- ver- brauch ²⁾	CO ₂ - Emissio- nen ³⁾
	je 1 000 Einwohner			t RÖE ⁴⁾ je Einw.	Mill. t CO ₂
Deutschland	961	455	559	3,93	848,6
Belgien	900	457	462	6,65 ⁵⁾	116,1
Bulgarien	809	206	314 ³⁾	2,62	45,4
Dänemark	1 004	526	362	3,17	50,9
Estland	1 075	513	367	.	16,6
Finnland	1 003	533	462	4,88	68,9
Frankreich	788	428	493	4,31	386,9
Griechenland	922	180	368 ³⁾	3,02	93,9
Irland	1 014	333	385 ³⁾	3,58	41,4
Italien	1 229	477	590	3,14	462,3
Lettland	816	449	324	.	7,2
Litauen	1 279	361	428	2,43	12,7
Luxemburg	1 567	686	669	. ⁶⁾	11,3
Malta	801	314	510	.	2,5
Niederlande	969	738	434	5,80	185,7
Österreich	1 046	484	503	4,20	75,1
Polen	764	262	323	2,40	296,1
Portugal	1 083	278	389 ³⁾	2,18	60,3
Rumänien	618	208 ³⁾	149 ³⁾	1,84	91,5
Schweden	1 004	762	459	5,50	52,2
Slowakei	842	353	242	3,38	37,7
Slowenien	878	544	471	.	15,6
Spanien	976	415	463	3,40	329,8
Tschechische Republik	1 149	269	386	4,34	118,8
Ungarn	925	298	287	2,47	56,8
Vereinigtes Königreich	1 107	472	504 ³⁾	3,77	537,1
Zypern	938	425	463	.	6,9
Europäische Union (EU-27) ..	966	.	.	.	4 028,3
Europäische Union (EU-15) ..	1 005	460	.	3,90	3 320,5
Nachrichtlich:					
Beitrittskandidaten zur EU					
Kroatien	822	331	312	.	20,6
Mazedonien	619	78	148 ⁷⁾	.	8,2
Türkei	601	154	75 ³⁾	1,24	209,5

1) Stand: Jahresende 2005. – 2) Kommerzielle Energie, errechnet aus Produktion plus Einfuhr minus Ausfuhr plus/minus Lagerbestandsveränderung 2005. – 3) 2004. – 4) 1 Tonne Rohöleinheit (t RÖE) = 41 860 kJ HU/kg (unterer Heizwert/kg). – 5) Einschl. der Angaben für Luxemburg. – 6) Die Angaben für Luxemburg sind bei Belgien einbezogen. – 7) 2003.

DEUTSCHLAND IN EUROPA*)

Land	Produktion ausgewählter Erzeugnisse			Landwirtschaftliche Erzeugnisse	
	Elektrizität ¹⁾	Rohstahl	Personenkraftwagen	Getreide ²⁾	Kartoffeln
	1 000 GWh	1 000 t	1 000	1 000 t	
Deutschland	619	44 524	5 350	45 980	11 624
Belgien	86	10 422	642	2 818	2 781
Bulgarien	44	1 969	–	5 839	375
Dänemark	37	–	–	9 283	1 576
Estland	10	1	–	760	210
Finnland	71	4 738	21	4 058	743
Frankreich	575	19 481	3 113	64 196	6 681
Griechenland	60	2 266	–	4 411	850
Irland	26	–	–	1 945	409
Italien	302	29 350	726	21 505	1 754
Lettland	5	550	–	1 314	658
Litauen	15	–	–	2 811	786
Luxemburg	4	2 194	–	161	19
Malta	2	–	–	–	25
Niederlande	100	6 919	115	1 875	6 777
Österreich	66	7 031	196	4 898	763
Polen	157	8 444	540	26 928	10 369
Portugal	47	1 400	128	792	570
Rumänien	59	6 235	175	19 345	3 739
Schweden	159	5 726	289	5 051	947
Slowakei	31	4 485	176	3 585	301
Slowenien	15	583	138	576	145
Spanien	295	17 826	2 098	14 113	2 604
Tschechische Republik	83	6 189	597	7 660	1 013
Ungarn	36	1 960	149	16 212	657
Vereinigtes Königreich	399	13 248	1 596	21 037	5 815
Zypern	5 ³⁾	–	–	70	150
Europäische Union (EU-27) ..	3303⁴⁾	195 541	16 048	287 206⁵⁾	62 341
Europäische Union (EU-15) ..	2 847	165 125	14 274	202 104	43 913
Nachrichtlich:					
Beitrittskandidaten zur EU					
Kroatien	13	73	–	3 039	273
Mazedonien	7 ³⁾	310	–	645	187
Türkei	162	20 961	454	34 050 ³⁾	4 170

*) 2005. – 1) Bruttoerzeugung. – 2) Einschl. Reis. – 3) 2004. – 4) Ohne Angaben für Zypern. – 5) Ohne Angaben für Malta.

DEUTSCHLAND IN EUROPA*)

Land	Einfuhr und Eingänge		Ausfuhr und Versendungen		Saldo
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR
Deutschland	731 479	8 881	896 048	10 879	+ 164 569
Belgien	281 714	26 708	294 016	27 874	+ 12 302
Bulgarien	15 316	1 995	11 706	1 524	- 3 610
Dänemark	68 588	12 615	73 656	13 547	+ 5 068
Estland	10 271	7 636	7 488	5 567	- 2 783
Finnland	54 853	10 416	61 351	11 650	+ 6 498
Frankreich	425 511	6 733	389 871	6 169	- 35 640
Griechenland	50 363	4 531	16 613	1 495	- 33 750
Irland	57 882	13 610	89 480	21 039	+ 31 598
Italien	348 348	5 918	326 992	5 555	- 21 356
Lettland	9 077	3 967	4 872	2 129	- 4 205
Litauen	15 371	4 529	11 240	3 312	- 4 131
Luxemburg	21 229	45 950	18 194	39 381	- 3 035
Malta	3 166	7 798	2 123	5 229	- 1 043
Niederlande	331 670	20 297	368 278	22 537	+ 36 608
Österreich	111 706	13 519	111 817	13 532	+ 111
Polen	99 443	2 608	87 543	2 296	- 11 900
Portugal	53 057	5 011	34 503	3 258	- 18 544
Rumänien	40 746	1 888	25 850	1 198	- 14 896
Schweden	100 784	11 098	117 387	12 927	+ 16 603
Slowakei	36 533	6 777	33 228	6 164	- 3 305
Slowenien	19 197	9 560	18 523	9 225	- 674
Spanien	252 030	5 719	163 631	3 713	- 88 399
Tschechische Republik	74 217	7 237	75 759	7 388	+ 1 542
Ungarn	61 296	6 086	59 317	5 890	- 1 979
Vereinigtes Königreich	482 959	7 978	355 070	5 866	- 127 889
Zypern	5 517	7 165	1 062	1 379	- 4 455
Europäische Union (EU-27) ..	3 762 323	7 621	3 655 618	7 405	- 106 705
Europäische Union (EU-15) ..	3 372 173	8 638	3 316 907	8 497	- 55 266
Nachrichtlich:					
Beitrittskandidaten zur EU					
Kroatien	16 972	3 820	8 161	1 837	- 8 811
Mazedonien	2 987	1 467	1 907	937	- 1 080
Türkei ¹⁾	93 362	1 277	61 156	837	- 32 206

*) 2006, - 1) 2005.

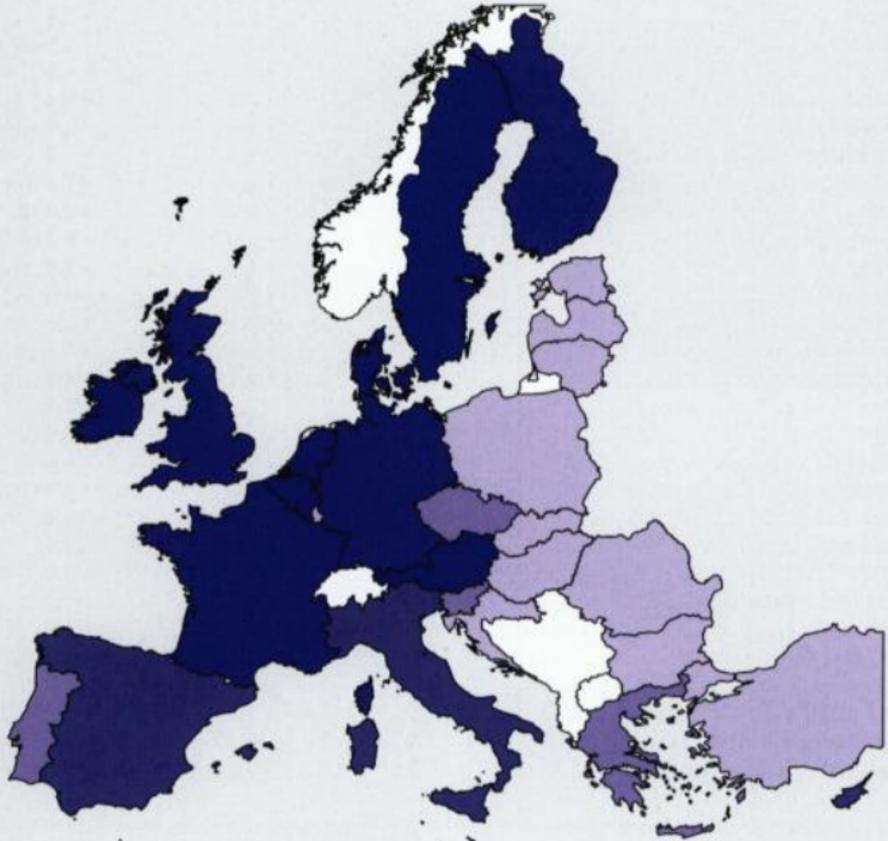
DEUTSCHLAND IN EUROPA*)

Land	Bruttoinlandsprodukt (BIP)			BIP unter Berücksichtigung der Kaufkraft	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr (real) ¹⁾	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf
	Mrd. EUR	%	EUR	Mrd. KKS ²⁾	KKS ²⁾
Deutschland	2 309,1	+ 2,8	28 030	2 231,2	27 090
Belgien	314,1	+ 3,2	29 780	305,3	28 950
Bulgarien	25,1	+ 6,1	3 270	66,0	8 600
Dänemark	219,5	+ 3,2	40 380	163,1	30 000
Estland	13,1	+ 11,4	9 720	21,5	15 980
Finnland	167,9	+ 5,5	31 890	146,3	27 780
Frankreich	1 792,0	+ 2,0	28 360	1 663,4	26 320
Griechenland	195,2	+ 4,3	17 560	232,7	20 930
Irland	175,8	+ 6,0	41 330	146,1	34 360
Italien	1 475,4	+ 1,9	25 070	1 438,7	24 440
Lettland	16,2	+ 11,9	7 070	30,0	13 090
Litauen	23,7	+ 7,5	7 000	45,7	13 480
Luxemburg	33,1	+ 6,2	71 550	29,2	63 170
Malta	5,1	+ 3,3	12 550	7,4	18 280
Niederlande	527,9	+ 2,9	32 310	504,2	30 850
Österreich	256,4	+ 3,1	31 030	249,5	30 200
Polen	269,7	+ 5,8	7 070	480,4	12 600
Portugal	155,3	+ 1,3	14 670	183,3	17 310
Rumänien	97,1	+ 7,7	4 500	190,6	8 830
Schweden	306,0	+ 4,2	33 700	258,4	28 460
Slowakei	43,9	+ 8,3	8 150	79,7	14 790
Slowenien	29,7	+ 5,2	14 810	41,3	20 540
Spanien	976,2	+ 3,9	22 150	1 056,4	23 970
Tschechische Republik	113,1	+ 6,1	11 020	191,3	18 660
Ungarn	89,2	+ 4,0	8 850	155,7	15 460
Vereinigtes Königreich	1 892,2	+ 2,8	31 260	1 741,6	28 770
Zypern	14,5	+ 3,8	18 860	16,7	21 730
Europäische Union (EU-27) ..	11 536,5	+ 3,0	23 370	11 536,5³⁾	23 370
Europäische Union (EU-15) ..	10 796,1	+ 2,8	27 660	10 349,3	26 510
Nachrichtlich:					
Beitrittskandidaten zur EU					
Kroatien	34,2	+ 4,8	7 700	54,0	12 160
Mazedonien	5,0	+ 3,1	2 430	13,0	6 390
Türkei	309,2	+ 6,1	4 230	504,3	6 900

*) 2006. – 1) Errechnet aus Angaben in Landeswährung. – 2) „Kaufkraftstandards“: Durch die Darstellung in Kaufkraftstandards werden Preisniveaunterschiede zwischen den einzelnen Ländern ausgeschaltet. – 3) Einschl. einer statistischen Differenz.

Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftstandards)
je Einwohner 2006 nach Ländern
EU = 100

≥ 120
 119 – 110
 109 – 90
 89 – 70
 < 70



© Eurostat, Europäische Kommission, Luxemburg/Brüssel.

Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0348

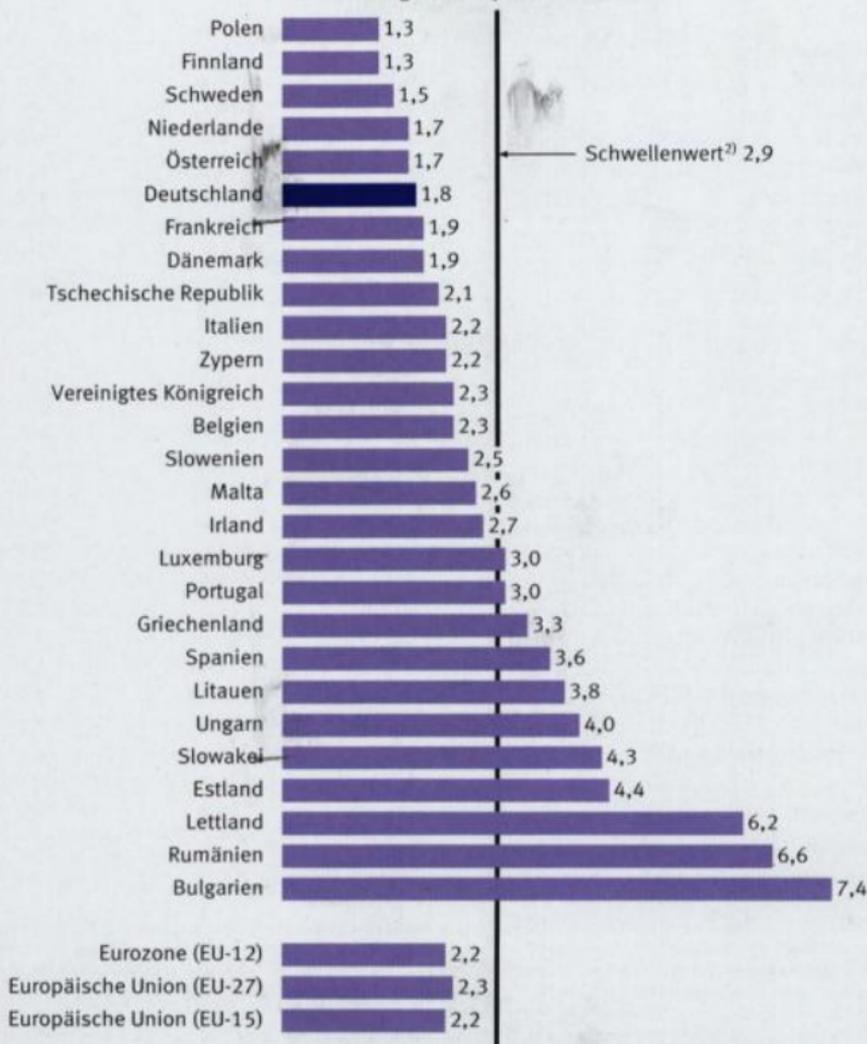
EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION*)

Land	2004	2005	2006
Verbraucherpreisindex Veränderung zum Vorjahr in %			
Schwellenwert¹⁾	+2,2	+2,5	+2,9
Deutschland	+1,8	+1,9	+1,8
Belgien	+1,9	+2,5	+2,3
Bulgarien	+6,1	+6,0	+7,4
Dänemark	+0,9	+1,7	+1,9
Estland	+3,0	+4,1	+4,4
Finnland	+0,1	+0,8	+1,3
Frankreich	+2,3	+1,9	+1,9
Griechenland	+3,0	+3,5	+3,3
Irland	+2,3	+2,2	+2,7
Italien	+2,3	+2,2	+2,2
Lettland	+6,2	+6,9	+6,2
Litauen	+1,2	+2,7	+3,8
Luxemburg	+3,2	+3,8	+3,0
Malta	+2,7	+2,5	+2,6
Niederlande	+1,4	+1,5	+1,7
Österreich	+2,0	+2,1	+1,7
Polen	+3,6	+2,2	+1,3
Portugal	+2,5	+2,1	+3,0
Rumänien	+11,9	+9,1	+6,6
Schweden	+1,0	+0,8	+1,5
Slowakei	+7,5	+2,8	+4,3
Slowenien	+3,7	+2,5	+2,5
Spanien	+3,1	+3,4	+3,6
Tschechische Republik	+2,6	+1,6	+2,1
Ungarn	+6,8	+3,5	+4,0
Vereinigtes Königreich	+1,3	+2,1	+2,3
Zypern	+1,9	+2,0	+2,2
Eurozone (EU-12)²⁾	+2,1	+2,2	+2,2
Europäische Union (EU-27)	+2,3	+2,3	+2,3
Europäische Union (EU-15)	+2,0	+2,1	+2,2

*) Quelle: Eurostat. Die hier ausgewiesenen Daten sind aktuelle Angaben bzw. Schätzungen der EU-Kommission mit Stand Juni 2007. Es handelt sich um harmonisierte Indizes für internationale Preisvergleiche. – 1) Der Schwellenwert wurde auf der Basis der EU-27 berechnet. – 2) Zum 1.1.1999 wurde als Vollzug der dritten Stufe der im „Vertrag von Maastricht“ vereinbarten Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) die zunächst aus 11 EU-Staaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) bestehende Eurozone gegründet, die seit diesem Zeitpunkt den Euro als gemeinsame Währung eingeführt hat. Am 1.1.2001 trat Griechenland der Eurozone bei. Das zum 1.1.2007 als 13. Mitglied beigetretene Slowenien ist bei den dargestellten Eurozonen-Ergebnissen noch nicht berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex¹⁾ 2006

Veränderung zum Vorjahr in %



1) Quelle: Eurostat; Stand: Juni 2007. – Harmonisierte Indizes für internationale Preisvergleiche. – Vorläufige Angaben. – 2) Schwellenwert wurde auf der Basis der EU-27-Staaten berechnet.

EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION*)

Land	2004	2005	2006
Langfristiger Zinssatz			
%			
Schwellenwert ¹⁾	6,3	5,4	6,2
Deutschland	4,0	3,4	3,8
Belgien	4,2	3,4	3,8
Dänemark	4,3	3,4	3,8
Estland	4,4	4,0	4,3
Finnland	4,1	3,4	3,8
Frankreich	4,1	3,4	3,8
Griechenland	4,3	3,6	4,1
Irland	4,1	3,3	3,7
Italien	4,3	3,6	4,1
Lettland	4,9	3,9	4,1
Litauen	4,5	3,7	4,1
Luxemburg	4,2	3,4	3,9
Malta	4,7	4,6	4,3
Niederlande	4,1	3,4	3,8
Österreich	4,2	3,4	3,8
Polen	6,9	5,2	5,2
Portugal	4,1	3,4	3,9
Schweden	4,4	3,4	3,7
Slowakei	5,0	3,5	4,4
Slowenien	4,7	3,8	3,9
Spanien	4,1	3,4	3,8
Tschechische Republik	4,8	3,5	3,8
Ungarn	8,2	6,6	7,1
Vereinigtes Königreich	4,9	4,5	4,4
Zypern	5,8	5,2	4,1
Eurozone (EU-12)²⁾	4,1	3,4	3,8
Europäische Union (EU-25)³⁾	4,6	3,7	...
Europäische Union (EU-15)³⁾	4,3	3,6	...

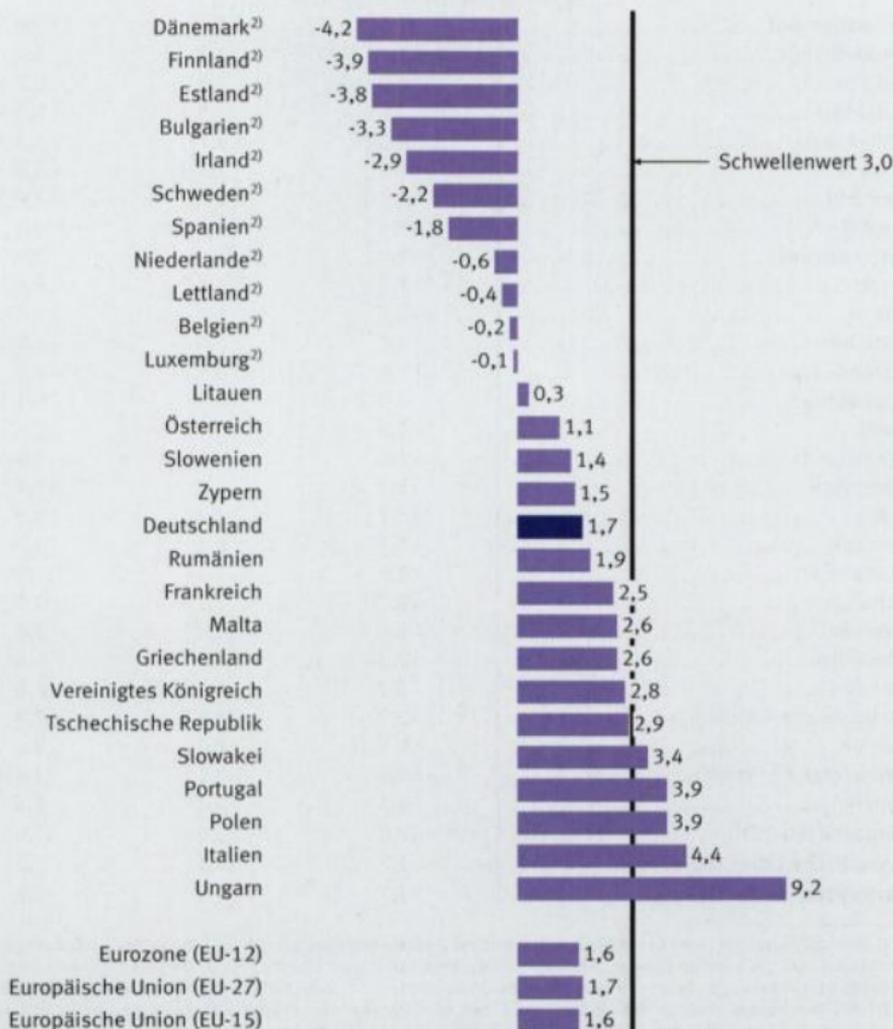
*) Quelle: Eurostat. Die hier ausgewiesenen Daten sind aktuelle Angaben bzw. Schätzungen der EU-Kommission mit Stand Juni 2007. Es handelt sich – außer bei Estland und Luxemburg – um harmonisierte langfristige Zinssätze des Maastricht-Kriteriums. Bei Estland und Luxemburg wurden die derzeit am ehesten vergleichbaren Indikatoren genommen. Sie sind noch nicht vollständig harmonisiert. – 1) Schwellenwert wurde auf der Basis der EU-25 berechnet. – 2) Zum 1.1.1999 wurde als Vollzug der dritten Stufe der im „Vertrag von Maastricht“ vereinbarten Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) die zunächst aus 11 EU-Staaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) bestehende Eurozone gegründet, die seit diesem Zeitpunkt den Euro als gemeinsame Währung eingeführt hat. Am 1.1.2001 trat Griechenland der Eurozone bei. Das zum 1.1.2007 als 13. Mitglied beigetretene Slowenien ist bei den dargestellten Eurozonen-Ergebnissen noch nicht berücksichtigt. – 3) Mit dem Bruttoinlandsprodukt gewichteter Durchschnitt.

EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION*)

Land	2004	2005	2006
Defizit des Staatshaushalts in % des Bruttoinlandsprodukts			
Schwellenwert	3,0	3,0	3,0
Deutschland	3,7	3,2	1,7
Belgien	0,0	2,3	- 0,2 ¹⁾
Bulgarien	- 2,2 ¹⁾	- 1,9 ¹⁾	- 3,3 ¹⁾
Dänemark	- 2,0 ¹⁾	- 4,7 ¹⁾	- 4,2 ¹⁾
Estland	- 2,3 ¹⁾	- 2,3 ¹⁾	- 3,8 ¹⁾
Finnland	- 2,3 ¹⁾	- 2,7 ¹⁾	- 3,9 ¹⁾
Frankreich	3,6	3,0	2,5
Griechenland	7,9	5,5	2,6
Irland	- 1,4 ¹⁾	- 1,0 ¹⁾	- 2,9 ¹⁾
Italien	3,5	4,2	4,4
Lettland	1,0	0,2	- 0,4 ¹⁾
Litauen	1,5	0,5	0,3
Luxemburg	1,2	0,3	- 0,1 ¹⁾
Malta	5,0	3,1	2,6
Niederlande	1,8	0,3	- 0,6 ¹⁾
Österreich	1,2	1,6	1,1
Polen	5,7	4,3	3,9
Portugal	3,3	6,1	3,9
Rumänien	1,5	1,4	1,9
Schweden	- 0,8 ¹⁾	- 2,1 ¹⁾	- 2,2 ¹⁾
Slowakei	2,4	2,8	3,4
Slowenien	2,3	1,5	1,4
Spanien	0,2	- 1,1 ¹⁾	- 1,8 ¹⁾
Tschechische Republik	2,9	3,5	2,9
Ungarn	6,5	7,8	9,2
Vereinigtes Königreich	3,1	3,1	2,8
Zypern	4,1	2,3	1,5
Eurozone (EU-12)²⁾	2,8	2,5	1,6
Europäische Union (EU-27)	2,7	2,4	1,7
Europäische Union (EU-15)	2,7	2,3	1,6

*) Quelle: Eurostat. Die hier ausgewiesenen Daten sind aktuelle Angaben bzw. Schätzungen der EU-Kommission mit Stand Juni 2007, basierend auf den jüngsten verfügbaren nationalen Statistiken. Sie decken sich nicht immer mit anderen offiziellen Einschätzungen zum Stand der Konvergenz- und Stabilitätskriterien. – 1) Überschuss. – 2) Zum 1.1.1999 wurde als Vollzug der dritten Stufe der im „Vertrag von Maastricht“ vereinbarten Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) die zunächst aus 11 EU-Staaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) bestehende Eurozone gegründet, die seit diesem Zeitpunkt den Euro als gemeinsame Währung eingeführt hat. Am 1.1.2001 trat Griechenland der Eurozone bei. Das zum 1.1.2007 als 13. Mitglied beigetretene Slowenien ist bei den dargestellten Eurozonen-Ergebnissen noch nicht berücksichtigt.

Defizit des Staatshaushalts¹⁾ 2006 in % des Bruttoinlandsprodukts



1) Quelle: Eurostat; Stand: Juni 2007. – Vorläufige Angaben. – 2) Überschuss.

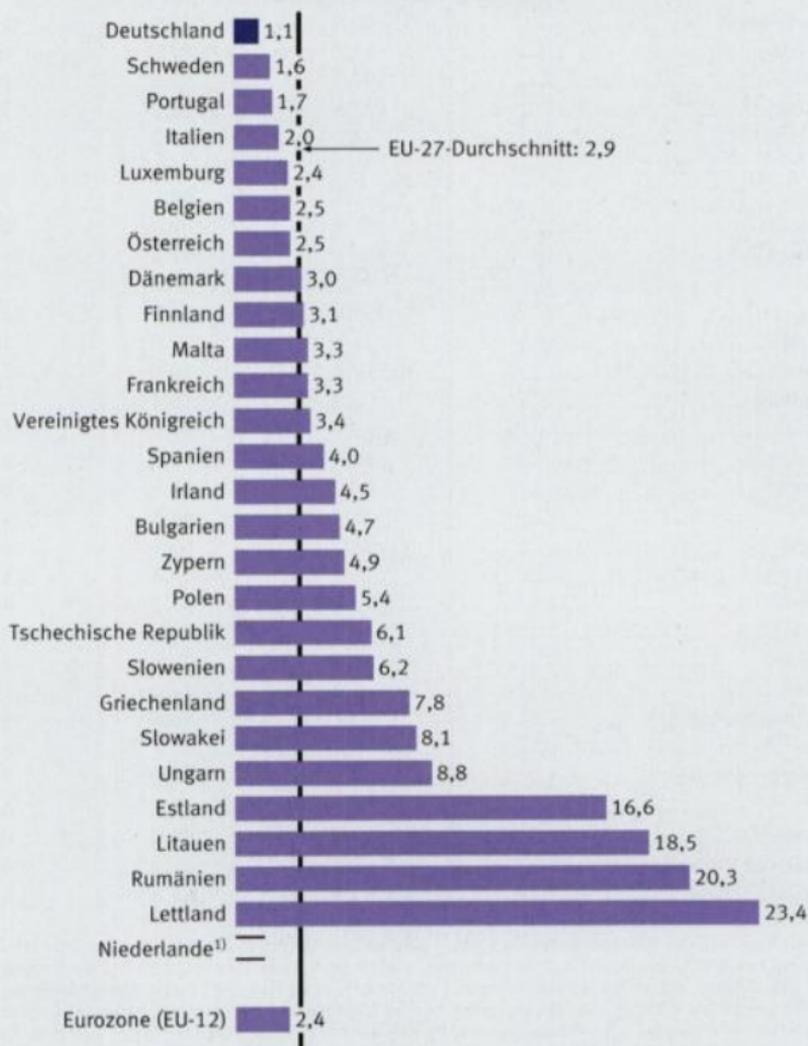
Statistisches Bundesamt 2007 - 01 - 0350

EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION*)

Land	2004	2005	2006
Verschuldung des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts			
Schwellenwert	60,0	60,0	60,0
Deutschland	65,7	67,9	67,9
Belgien	94,3	93,2	89,1
Bulgarien	37,9	29,2	22,8
Dänemark	44,0	36,3	30,2
Estland	5,2	4,4	4,1
Finnland	44,1	41,4	39,1
Frankreich	64,3	66,2	63,9
Griechenland	108,5	107,5	104,6
Irland	29,7	27,4	24,9
Italien	103,8	106,2	106,8
Lettland	14,5	12,0	10,0
Litauen	19,4	18,6	18,2
Luxemburg	6,6	6,1	6,8
Malta	73,9	72,4	66,5
Niederlande	52,6	52,7	48,7
Österreich	63,9	63,5	62,2
Polen	45,7	47,1	47,8
Portugal	58,2	63,6	64,7
Rumänien	18,8	15,8	12,4
Schweden	52,4	52,2	46,9
Slowakei	41,5	34,5	30,7
Slowenien	28,9	28,4	27,8
Spanien	46,2	43,2	39,9
Tschechische Republik	30,7	30,4	30,4
Ungarn	59,4	61,7	66,0
Vereinigtes Königreich	40,3	42,2	43,5
Zypern	70,3	69,2	65,3
Eurozone (EU-12)¹⁾	69,8	70,6	69,1
Europäische Union (EU-27)	62,2	62,9	61,7
Europäische Union (EU-15)	63,3	64,4	63,3

*) Quelle: Eurostat. Die hier ausgewiesenen Daten sind aktuelle Angaben bzw. Schätzungen der EU-Kommission mit Stand Juni 2007, basierend auf den jüngsten verfügbaren nationalen Statistiken. Sie decken sich nicht immer mit anderen offiziellen Einschätzungen zum Stand der Konvergenz- und Stabilitätskriterien. – 1) Zum 1.1.1999 wurde als Vollzug der dritten Stufe der im „Vertrag von Maastricht“ vereinbarten Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) die zunächst aus 11 EU-Staaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) bestehende Eurozone gegründet, die seit diesem Zeitpunkt den Euro als gemeinsame Währung eingeführt hat. Am 1.1.2001 trat Griechenland der Eurozone bei. Das zum 1.1.2007 als 13. Mitglied beigetretene Slowenien ist bei den dargestellten Eurozonen-Ergebnissen noch nicht berücksichtigt.

Entwicklung der Arbeitskosten in der Europäischen Union¹⁾ 2006 je geleistete Stunde in der jeweiligen Landeswährung gegenüber Vorjahr in %



1) Quelle: Eurostat; Stand: Juni 2007. Angabe für Niederlande fehlt. – Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Statistischen Bundesamt

Auskünfte zu methodischen und fachlichen Fragen der einzelnen Kapitel erhalten Sie bei folgenden Personen und unter den angegebenen Telefonnummern.

Sachgebiet	Name	Rufnummer
Ausstattung privater Haushalte	Kristina Kott	0 18 88-644-82 40
Banken, Bausparkassen, Versicherungen	Jürgen Angele	06 11-75 29 78
Bauen und Wohnen		
Wohnen	Detlef Geisler	06 11-75 23 36
Bautätigkeit	Kerstin Kortmann	06 11-75 47 40
Bevölkerung		
Natürliche Bevölkerungsbewegung	Dieter Emmerling	06 11-75 28 61
Bevölkerungsfortschreibung,		
Wanderungen	Dr. Claire Gröbecker	06 11-75 31 78
Ausländerstatistiken	Dr. Gunter Brückner	06 11-75 43 65
Haushalte und Familien	Mikrozensus-Info-Team	0 18 88-644-89 55
Bildung		
Schulen, Berufsbildung	Marianne Renz	06 11-75 41 41
Hochschulen	Pia Brugger	06 11-75 41 40
Bildung (außer Schulen, Hochschulen)	Christiane Krüger-Hemmer	06 11-75 41 52
Deutschland als Handelspartner	Albrecht Krockow	06 11-75 20 60
Deutschland in Europa und der Welt		
EU-Statistiken	EDS Europäischer Datenservice	0 18 88-644-94 27
Internationale Statistiken	Infoservice International	0 18 88-644-84 73
Europäische Währungsunion	EDS Europäischer Datenservice	0 18 88-644-94 27
Europa, Europäische Statistiken	EDS Europäischer Datenservice	0 18 88-644-94 27
Einnahmen, Ausgaben und Geldvermögen privater Haushalte	Kristina Kott	0 18 88-644-82 40
Arbeitsmarkt		
Mikrozensus	Mikrozensus-Info-Team	0 18 88-644-89 55
Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt	Margrit Thiele	06 11-75 26 73
Finanzen und Steuern		
Finanzen	Klaus Kleinjung	06 11-75 41 73
Steuern	Klaus-Jürgen Hammer	06 11-75 23 80
Geographie und Klima		
Bodennutzung	Michael Deggau	06 11-75 27 30
Gesamtwirtschaft	Albert Braakmann	06 11-75 25 29

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Statistischen Bundesamt

Auskünfte zu methodischen und fachlichen Fragen der einzelnen Kapitel erhalten Sie bei folgenden Personen und unter den angegebenen Telefonnummern.

Sachgebiet	Name	Rufnummer
Gesundheitswesen	Torsten Schelhase	0 18 88-644-81 09
Schwangerschaftsabbrüche	Hans Jürgen Heilmann	0 18 88-644-81 45
Handel		
Handel und Gastgewerbe/ Querschnitt	Elmar Wein	06 11- 75 31 28
Einzelhandel	Elmar Wein	06 11- 75 31 28
Großhandel	Michael Wollgramm	06 11-75 24 23
Handwerk	Ute Hahn	06 11-75 21 65
Justiz	Stefan Brings	06 11-75 24 46
Kultur	Christiane Krüger-Hemmer	06 11-75 41 52
Landwirtschaft und Fischerei	Infodienst Landwirtschaft	0 18 88-644-86 60
Löhne und Gehälter	Alfred Höpfl	06 11-75 21 98
Produzierendes Gewerbe		
Bergbau, Produzierendes Gewerbe	Klaus Schübler	06 11-75 35 42
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	Gerd Walter	06 11-75 29 67
Energie, Wasserversorgung	Franka Lenz	06 11-75 33 86
Soziale Sicherung		
Sozialhilfe, Wohngeld, Leistungen an Asylbewerber	Thomas Haustein	0 18 88-644-81 34
Jugendhilfe	Franz-Josef Kolvenbach	0 18 88-644-81 52
Pflegeversicherung, Schwerbehinderte, Kriegsopferfürsorge, Sonstige Sozialleistungen	Heiko Pfaff	0 18 88-644-81 06
Tourismus	Elmar Wein	06 11 75- 31 28
Gastgewerbe	Michael Wollgramm	06 11-75 24 23
Umwelt		
Umweltökonomische Gesamt- rechnungen	Ursula Lauber	06 11-75 27 37
Verbraucherpreise	Hotline der Verbraucherpreisstatistik	06 11-75 47 77
Verkehr		
Verkehr	Raimund Götz	06 11-75 24 24
Verkehrsunfälle	Ingeborg Vorndran	06 11-75 45 47
Wahlen	Karina Schorn	06 11-75 23 17

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33
70049 Stuttgart
Tel.: Frau Hackl 07 11 /6 41 28 33,
Fax: 07 11 /6 41 29 73
www.statistik-bw.de
E-Mail: auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

80288 München
Tel.: Herr Dotzauer 089/2 11 92 18
Fax: 089/2 11 91 58 0
www.statistik.bayern.de
E-Mail: info@statistik.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Standort Berlin

10306 Berlin
Tel.: Herr Gödicke 030/90 21 36 57
Fax: 030/90 21 36 55
www.statistik-berlin-brandenburg.de
E-Mail: info@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen

An der Weide 14-16
28195 Bremen
Tel.: Herr Mammen 04 21/3 61 64 84
Fax: 04 21/4 96 64 84
www.statistik.bremen.de
E-Mail: Bibliothek@statistik.bremen.de

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Standort Hamburg

20453 Hamburg
Tel.: Frau Sehnert 040/4 28 31 15 78
Fax: 040/4 28 31 13 33
www.statistik-nord.de
E-Mail: info-hh@statistik-nord.de

Hessisches Statistisches Landesamt

65175 Wiesbaden
Tel.: Frau Blank 06 11/3 80 28 02
Fax: 06 11/3 80 28 90
www.statistik-hessen.de
E-Mail: info@statistik-hessen.de

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

Postfach 12 01 35
19018 Schwerin
Tel.: Frau Rascher 03 85/48 01 44 67
Fax: 03 85/48 01 44 16
www.statistik-mv.de
E-Mail: statistik.auskunft@statistik-mv.de

Niedersächsisches Landesamt für Statistik

Postfach 91 07 64
30427 Hannover
Tel.: Frau Hoffmann 05 11/98 98 11 32
Fax: 05 11/98 98 41 32
www.nls.niedersachsen.de
E-Mail: auskunft@nls.niedersachsen.de

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Postfach 10 11 05
40002 Düsseldorf
Tel.: Herr Zentarra 02 11/94 49 24 95
Fax: 02 11/94 49 21 04
www.lds.nrw.de
E-Mail: statistik-info@lds.nrw.de

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems
Tel.: Herr Schmidt 0 26 03/71 44 44
Fax: 0 26 03/71 19 44 44
www.statistik.rlp.de
E-Mail: info@statistik.rlp.de

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

**Landesamt für Zentrale Dienste
Statistisches Amt Saarland**
Postfach 10 30 44
66030 Saarbrücken
Tel.: Herr Tussing 06 81/5 01 59 01
Fax: 06 81/5 01 59 15
www.statistik.saarland.de
E-Mail: presse.statistik@lzd.saarland.de

**Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen**
Postfach 1105
01911 Kamenz
Tel.: Frau Recknagel 0 35 78/33 19 13
Fax: 0 35 78/33 19 21
www.statistik.sachsen.de
E-Mail: auskunft@statistik.sachsen.de

**Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt**
Postfach 20 11 56
06012 Halle (Saale)
Tel.: Frau Schöne 03 45/2 31 87 77
Fax: 03 45/2 31 89 13
www.statistik.sachsen-anhalt.de
E-Mail: info@stala.mi.sachsen-anhalt.de

**Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
Standort Potsdam**
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: Frau Seltmann 03 31/3 95 75
Fax: 03 31/3 94 18
www.statistik-berlin-brandenburg.de
E-Mail: info@statistik-bbb.de

**Statistisches Amt für Hamburg und
Schleswig-Holstein, Standort Kiel**
Postfach 71 30
24171 Kiel
Tel.: Frau Zahn 04 31/68 95 92 78
Fax: 04 31/68 95 93 72
www.statistik-nord.de
E-Mail: info-sh@statistik-nord.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Postfach 9001 63
99104 Erfurt
Tel.: Frau Thomas 03 61/3 78 46 42
Fax: 03 61/3 78 46 99
www.statistik.thueringen.de
E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de

Statistisches Bundesamt
65180 Wiesbaden
Infoservice: 06 11/75 24 05
Fax: 06 11/75 33 30
www.destatis.de
E-Mail: www.destatis.de/kontakt